



Psychologie

Wie Narzissmus unsere Gesellschaft prägt 30

Stadtentwicklung

Leitbild „15-Minuten-Holzbau-Stadt“ 35

Potenziale entfalten

Eine Partei ist wie ein Ruderboot 56

Ökologie Politik



RENTE MIT 70?

UMSCHAU

Ökolumne: Beendet endlich die kraftlose Klimapolitik!	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	7

TITELTHEMA: RENTE MIT 70?

Umlageverfahren: „Zukunftsfähig und robust gegen Krisen“ Interview mit Reiner Heyse	8
Aktien als Altersvorsorge: „Für die große Mehrheit der Bevölkerung sinnlos“ Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	12
Soziale Ungleichheit: „Kämpfen statt auf Aktienkurse glotzen!“ Interview mit Dr. Werner Rügemer	14
Eltern kontra Kinderlose: Woran krankt unsere gesetzliche Rentenversicherung? von Dr. Johannes Resch	21
Eckpfeiler des neuen ÖDP-Rentenkonzepts: Die g.u.t.e. Rente: gerecht, unbürokratisch, transparent, existenzsichernd von Kurt Rieder	26

GESELLSCHAFT & KULTUR

Eigennutz kontra Gemeinwohlorientierung: „Die innerseelische Situation ist das eigentliche Motiv“ Interview mit Dr. Hans-Joachim Maaz	30
--	----

BAUEN & VERKEHR

Stadtentwicklung Leitbild „15-Minuten-Holzbau-Stadt“ von Günther Hartmann	35
--	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder – von Christian Rechholz	42
Aus dem Europaparlament – von Manuela Ripa	46
Bundesverband	47
Landesverbände	48
Zur Wahl von kleinen Parteien: Rote Karte beim Klimaschutz von Dr. Claudio Caballero	52
Sprout-Zukunftsfestival: Erstes Zukunftsfestival der JÖ: „Sprout 2021“ war ein voller Erfolg! von Anastasia Kühn	54
Potenziale entfalten: Ab und zu ein Paddelschlag? von Jan Altnickel	56
Mitgliedergeschichten: Enttäuscht nach der Wahl? von Jan Altnickel	59
Bundesarbeitskreise	60
Regionale Wirtschaft stärken von Fenya Kirst	63
Presseticker	64
Impressum/Vorschau/Termine	67

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie haben sich wahrscheinlich sehr gewundert, dass unsere August-Ausgabe erst Mitte Oktober in Ihren Briefkästen war. Dabei ging sie Ende Juli wie geplant in Druck. Doch dann kündigte plötzlich der Versanddienstleister den Vertrag und es dauerte Wochen, bis eine Lösung gefunden wurde. Und hierauf mussten alle Hefte zuerst noch neu etikettiert werden. Das dauerte, tut uns sehr leid und kommt hoffentlich nie wieder vor!

Diese Ausgabe widmet sich der Rentenpolitik. Die ist in den öffentlichen Debatten gar kein so großes Thema. Das liegt wohl daran, dass die Rente für die Beitragszahler erst in der Zukunft relevant wird – und für die Rentner das Ergebnis irreversibler Weichenstellungen in der Vergangenheit ist. Deshalb schaut da wohl kaum jemand genau hin. Auch unsere Leitmedien nicht. Dabei gibt es hier viel Seltsames zu entdecken.

Seit Ende der 1980er-Jahre wird das Umlageverfahren des staatlichen Rentensystems als nicht zukunftsfähig kritisiert. Der demografische Wandel würde angeblich dazu führen, dass die Beiträge zu hoch oder die Renten zu niedrig ausfallen. An der Argumentation ist schon mal seltsam, dass ja das Bruttoinlandsprodukt bis zur Corona-Pandemie stetig wuchs – und damit auch der „Kuchen“, der an Beitragszahler und Rentner gleichermaßen verteilt werden kann.

Seltsam ist weiterhin, dass die Kritiker des Umlageverfahrens zwar vehement vor immer höheren Beitragserhöhungen warnen, weil diese angeblich viele Beitragszahler bald finanziell völlig überfordern, als Ausweg dann aber immer eine private Zusatzversicherung vorschlagen – wie wenn diese nichts kosten und viele Beitragszahler nicht überfordern würde.

Zwar trafen die düsteren Prognosen der Kritiker in der Realität nie ein, doch nachdem bereits die rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder das staatliche Rentensystem zu demontieren begann, zeichnet sich nun der nächste große Schritt ab: Bei ihren Sondierungsgesprächen einigten sich SPD, FDP und Grüne darauf, die „Aktienrente“ einzuführen. Bereits 2022 sollen 10 Mrd. Euro irgendwie an irgendwelchen Kapitalmärkten angelegt werden.

Weg vom Umlageverfahren, hin zur „Aktienrente“ – was hat das für Konsequenzen? Ist der Hintergedanke vielleicht, in der Bevölkerung eine „wirtschaftsfreundliche“ Gesinnung zu erzeugen? Wird künftig strengerer Umweltschutz mit der Begründung verhindert, dadurch würden die Renten sinken? Diesen und vielen anderen Fragen geht diese Ausgabe der ÖkologiePolitik nach. Viel Spaß beim Lesen, Nachdenken und Diskutieren!

Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihre

Günther Hartmann

Jan Altnickel



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Jan Altnickel
Stellvertretender
verantwortlicher
Redakteur

Ökolumne von Ulrich Brehme



Beendet endlich die kraftlose Klimapolitik!

Bereits Mitte der 2000er-Jahre setzte die EU international das 2-Grad-Ziel durch, doch die Verpflichtungen der Staaten blieben unverbindlich. Und Deutschland war in der Klimapolitik kein Vorbild. Die Energiewende wurde mit „Abstandsregeln“ und dem „Solardeckel“ beendet, der Ausstieg aus der Kohleverbrennung auf die ferne Zukunft verschoben. Wir brauchen bei den CO₂-Emissionen harte Obergrenzen.

Vom deutschen Gesamtenergieverbrauch wurden 2020 nicht ganz 20% aus erneuerbaren Energien gedeckt – am meisten mit 45% beim Stromverbrauch. Dieser Anteil muss weiter steigen. Die Anlagen müssen auf die 4- bis 6-fache Kapazität von heute ausgebaut werden. Das Stromversorgungsnetz sollte mehr Speicheroptionen und eine lastabhängige Preissteuerung bekommen, um die Klimaziele kosteneffizient zu erreichen. In Energieerzeugungsstrukturen muss langfristig investiert werden. Und die Anlagen müssen lange laufen, damit die Energiekosten niedrig bleiben.

Seit 2005 gibt es in der EU den Handel mit Emissionszertifikaten. Die Preise dafür blieben niedrig, da nur ein sehr kleiner Teil davon versteigert wurde. Erst 2021 stieg er auf 50 Euro pro Tonne CO₂. Die tatsächlichen Kosten der CO₂-Emissionen

liegen jedoch bei 180 Euro pro Tonne CO₂. Ab 2030 brauchen wir einen Preis zwischen 130 bis 150 Euro, um die Emissionsziele erreichen zu können. Solange kein Mindestpreis in diesem System gesetzlich durchgesetzt wird, funktioniert der Emissionshandel nicht gut.

Mit höheren CO₂-Preisen werden die erneuerbaren Energien im Vergleich zu den fossilen Konkurrenz-

fähiger. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel sollten vollständig für die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft verwendet werden. Ein Grenzausgleichsmechanismus ist ein sinnvolles Mittel, um Umweltdumping zu verhindern und um finanzielle Ressourcen für die internationale Klimafinanzierung bereitzustellen.

Beim Weltklimagipfel 2010 in Cancún wurde das 2-Grad-Ziel erstmals durch eine UN-Vertragsstaatenkonferenz beschlossen. In Paris wurde es auf 1,5 Grad verschärft. Ob

wir es noch einhalten können, ist fraglich. Doch wir sollten alles tun, um die 1,5-Grad-Grenze nicht zu durchbrechen. Denn dann sind Kippeffekte im Klimasystem unwahrscheinlicher.

Aber die Welt ist auf dem Weg in Richtung einer Erwärmung um 2,4 Grad. Und selbst bei 2,4 Grad bleibt es nur dann, wenn die Länder ihre freiwilligen Verpflichtungen auch einhalten. Bisher hat kein einziges Land kurzfristige Maßnahmen umgesetzt, um sich tatsächlich auf den Pfad der Klimaneutralität zu begeben. Es droht der massive Verlust unserer Lebensgrundlagen. Große Gebiete werden unbewohnbar. 2020 haben über 30 Mio. Menschen ihre Heimat durch Naturkatastrophen verloren.

China und Indien fördern und verbrennen weltweit am meisten Kohle und wollen erst nach 2050 klimaneutral werden. Weltweit wurden 2020 zur Subventionierung fossiler Brennstoffe 5,9 Bio. Dollar gezahlt.

„Dieser langsame und schmerzhaft Tod hat keine Würde. Sie könnten auch einfach unsere Inseln bombardieren.“

Surangel Whipps, Präsident der Palau-Inseln, auf der Klimakonferenz in Glasgow

Die wohlhabenden Länder sollten ihr Versprechen der Klimafinanzierung über jährlich 100 Mrd. Dollar einhalten. Wir müssen die armen Länder des Südens dabei unterstützen, Ersatz für ihre Kohlekraftwerke zu schaffen. Weltweit muss sich die Solarenergie ver Hundertfachen.

Der ökologische Strukturwandel unserer Industriegesellschaft muss jetzt umgesetzt werden. Ein Teil der Wirtschaft muss sich stark verändern. Und die neue Bundesregierung muss hier gegen die Bremser Fortschritte durchsetzen.

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Mikroplastik lässt gefährliche Pilze gedeihen

Viele krankheitserregende Pilzarten finden auf Mikroplastik-Partikeln im Erdboden neue Lebensräume und



könnten damit eine der Ursachen für den Anstieg von Pilzinfektionen sein. Bodenproben zeigten, dass einige für den Menschen gefährliche Arten, darunter Schwärzelpilze und kryptokokkale Hefepilze, auf den Oberflächen der Mikroplastik-Partikel in höheren Konzentrationen vorhanden sind als im umgebenden Boden.

» www.t1p.de/akyn

Ölkonzerne wollen mehr Plastik produzieren

Um den erwarteten Rückgang beim Ansatz fossiler Brennstoffe auszugleichen, planen Exxon, Shell, Saudi Aramco, Formosa und Borealis, die Produktion von Plastik bis 2025 um 30% zu steigern. Laut Prognosen der Industrie soll sich die weltweite Plastikproduktion bis 2050 verdreifachen. Die damit verbundenen CO₂-Emissionen würden bis zu 13% des zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels global verbleibenden CO₂-Budgets aufbrauchen.

» www.t1p.de/y9z6

EU-Agrarpolitik sabotiert EU-Umweltziele

Nach langen Verhandlungen einigten sich EU-Parlament und EU-Rat auf eine gemeinsame Agrarpolitik für die nächsten 7 Jahre. Doch mit dem Ergebnis entfernt sich die Agrarpolitik noch weiter von den EU-Zielen zu Biodiversität, zu Pestizid- und Düngereinsatz oder zum Naturschutz. Bis 2027 wird ein Drittel des EU-Haushalts, 387 Mrd. Euro,

nicht an die Ziele des Green Deal gebunden sein, die dringend notwendige Agrarwende aufgeschoben.

» www.t1p.de/fsq7

„Bienen und Bauern retten“ erfolgreich

Die entscheidende Hürde von 1 Mio. Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ wurde geschafft. Nun muss das Anliegen in einer



öffentlichen Anhörung im europäischen Parlament behandelt werden und danach die EU-Kommission offiziell darauf antworten, wie sie auf die Forderungen nach einer giftfreien Landwirtschaft reagieren will. Getragen wird die Initiative von einem europäischen Bündnis aus über 220 Organisationen.

» www.savebeesandfarmers.eu/deu/

Bayerische 10H-Regelung verfassungswidrig

Der Windkraftausbau ist in Bayern durch die 10H-Regelung zum Erliegen gekommen. Eine Klage dagegen wies der



Bayerische Verfassungsgerichtshof 2016 ab. Ein neues Rechtsgutachten des Leipziger Umweltrechtsexperten Prof. Kurt Faßbender kommt jedoch zu dem Ergebnis,

dass die 10H-Regel angesichts des Klimaschutz-Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

» www.t1p.de/Ou02

Anti-Windkraft-Politik zerstört 60.000 Arbeitsplätze

In den letzten vier Jahren gingen in der deutschen Windkraft-Branche 60.000 Arbeitsplätze verloren. Von 1997 bis 2007 war Deutschland bei der Installation von Windkraftanlagen weltweit führend, inzwischen ist es China. Die Konsequenz: Waren in Deutschland 2016 noch 160.000 Beschäftigte in der Windkraft-Branche tätig, sind es inzwischen nur noch 100.000.

» www.t1p.de/f2fr

Mindestens 100-mal mehr Photovoltaik nötig

Eine Studie des Fraunhofer-Instituts stellt fest: Kosteneffizienter Klimaschutz erfordert die Installation von mindestens 100-mal mehr Photovoltaik als die Ende 2020 installierten 707 GWp. Weil das zum Erreichen des 1,5-Grad-Ziels verbleibende CO₂-Budget knapp ist, soll-



te die Photovoltaik so schnell wie möglich kosteneffizient sein. Dafür braucht es die Entwicklung emissionsarmer Technologien, einen raschen Ausbau der Flachglasproduktion und Recyclinganlagen zur Bewältigung der enormen Materialströme.

» www.t1p.de/ch88

Kosten der Klimaerwärmung werden viel teurer

Die Folgen der Klimaerwärmung beeinträchtigen die Volkswirtschaften sechsmal stärker als bisher gedacht. Die meisten Berechnungsmodelle blendeten die dauerhaften Schäden aus. Die Kosten belaufen sich nach neuen Berechnungen auf mehr als 2.500 Euro pro Tonne CO₂.



Foto: PublicDomainPictures/pixabay.com

Im EU-Emissionshandel liegt der CO₂-Preis pro Tonne derzeit bei rund 60 Euro, in Deutschland wird Sprit und Heizenergie seit Anfang 2021 mit 25 Euro bepreist.

» www.t1p.de/615i

CO₂-Preis entfaltet zu geringe Wirkung

Wenn wir uns allein auf den CO₂-Preis verlassen, werden die Klimaziele verfehlt, sagt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag von Greenpeace. Wirksam wird der CO₂-Preis erst, wenn er auf über 130 Euro pro Tonne steigt. Deshalb muss der CO₂-Preis von ordnungsrechtlichen Maßnahmen flankiert werden. Vor allem sind klimaschädliche Subventionen rasch abzubauen.

» www.t1p.de/91nj

Verkehrswende braucht stärkere Anreize

Im Gegensatz zu den anderen Sektoren schaffte es der Verkehrssektor bislang nicht, seine CO₂-Emissionen gegenüber 1990 zu senken. Ein schlüssiges Konzept, wie er dies schaffen könnte, hat die Politik nicht. Das Umweltbundesamt plädiert deshalb für einschneidende



Foto: Günther Hartmann

Maßnahmen: höhere Benzinpreise, eine Abschaffung der Pendlerpauschale, ein Tempolimit sowie eine Pkw-Maut. Im Gegenzug soll es einen sozialen Ausgleich sowie einen massiven Ausbau von Bussen und Bahnen geben.

» www.t1p.de/cv4c

Bücher

Natur & Menschlichkeit

Pierre Leonhard Ibisch, Jörg Sommer
Das ökohumanistische Manifest
Unsere Zukunft in der Natur
Hirzel, Oktober 2021
173 Seiten, 15,00 Euro
978-3-7776-3042-7



Den Ursachen unserer globalen Probleme und den oft naiven Lösungskonzepten setzen die beiden Autoren einen radikalen Lösungsansatz entgegen. Sie plädieren dafür, unser Denken völlig neu auszurichten: von der Natur ausgehend zum Menschen hin. Ihr leidenschaftliches Manifest verknüpft die Akzeptanz planetarer Grenzen mit dem Ziel einer gerechten Welt und einem guten Leben – pointiert zusammengefasst in 10 Thesen: (1.) Zwischen Mensch und Natur herrscht kein Widerspruch. (2.) Die Weisheit ist in uns allen. (3.) Die Natur hat immer recht. (4.) Es gibt kein Eigentum. (5.) Wirtschaft ist ein Werkzeug. (6.) Technik ist keine Befreiung. (7.) Glauben ist keine Handlungsanweisung. (8.) Menschlichkeit ist eine Kompetenz. (9.) Die Politik sind wir. (10.) Alles ist eine Frage der Prinzipien. (gh)

Evolution & Destruktion

Gunther Mair
Dilemma
Warum wir unsere Ressourcen zerstören, obwohl wir es doch besser wissen
Tredition, Juli 2021
248 Seiten, 23,00 Euro
978-3-347-30522-9



Das Buch führt faktenreich vor Augen, warum und wie der Mensch seit jeher immer wieder seinen Lebensraum zerstört, indem er die Ressourcen und die Natur plündert – bis nichts mehr geht. Um zu klären, warum der Mensch so ist, wie er ist, dringt der Autor in die tiefsten Schichten des menschlichen Gehirns ein. Und er redet Klartext, zeigt immer wieder Alternativen auf und gibt unermüdlich Beispiele, wie der Mensch es vielleicht doch noch schaffen könnte, das Ruder herumzureißen, um nicht am schon sichtbaren Eisberg zu zerschellen. Letztendlich überlässt er es aber jedem selbst, darüber nachzudenken, ob es sinnvoll ist, so weiterzumachen oder doch einmal zumindest vor der eigenen Haustüre zu kehren. (kr)

Existenz & Wahrheit

J. Paul Holmes
Versuch einer Wahrheitsmetaphysik
Ein Dreizack der Grundbegriffe
Wahrheit, Freiheit, Sinn
Utzverlag, Mai 2021
196 Seiten, 17,95 Euro
978-3-8316-2258-0



Unsere Gesellschaft zerfällt in viele Teile. Und jeder Teil lebt in seiner „eigenen Welt“, erlebt die Wirklichkeit nur noch gefiltert und verzerrt. Oder erschafft sich seine eigene Wirklichkeit. Wahrheitssuche sieht anders aus. Wie – das beschreibt dieses Buch. Ein Interview mit dem Autor erschien im September 2021 auf der ÖP-Website: www.t1p.de/h1zm (gh)

Landwirtschaft & Biodiversität

Vandana Shiva
Wer ernährt die Welt wirklich?
Das Versagen der Agrarindustrie und die notwendige Wende zur Agrarökologie
Neue Erde, Juni 2021
256 Seiten, 18,00 Euro
978-3-89060-798-6



Zwar stammen nur 30 % unserer Lebensmittel aus industriellen Großbetrieben, doch die sind zu 75 % für die Zerstörung unseres Bodens, Wassers und der Biodiversität verantwortlich. Das zeigt faktenreich, wie die Agrarwirtschaft unseren Planeten plündert, die Umwelt kaputt macht und unsere Gesundheit untergräbt – und wie es anders ginge. (gh)

Tiere & Menschen

Rainer Pal
Die zwei Tigerbrüder
Auf einer abenteuerlichen Suche
Romeon, Oktober 2021
188 Seiten, 12,95 Euro
978-3-96229-294-2



Ein Kinderbuch über eine Tigerfamilie, wo eines Tages die Mutter verschwindet, über die abenteuerliche Suche nach ihr im Dschungel, über einen Wilderer, der sie gefangen hat, und eine Umweltaktivistin. Ein Interview mit dem Autor erschien im November 2021 auf der ÖP-Website: www.t1p.de/mfrv (gh)

Umlageverfahren

„Zukunftsfähig und robust gegen Krisen“

Eine gute und sichere Altersversorgung für alle ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe. Das Umlageverfahren funktioniert bis heute, wird aber wegen des demografischen Wandels seit den 1990er-Jahren heftig kritisiert. Es kam zu einem Paradigmenwechsel. Und aktuell wird auffällig oft für eine aktienbasierte Rente plädiert. Warum eigentlich?

Interview mit Reiner Heyse

ÖkologiePolitik: Herr Heyse, ist unser staatliches Rentensystem mit Umlageverfahren angesichts des demografischen Wandels zukunftsfähig?

Reiner Heyse: Das umlagefinanzierte Rentensystem ist gerade angesichts der demografischen Entwicklung zukunftsfähig. Es ist verlässlich und nachhaltig wie kein anderes System. Es ist darüber hinaus auch robust gegen zukünftige Krisen fast jeder Art. Sollte die demografische Entwicklung nennenswerte Probleme verursachen, würden sich die mit Sicherheit besser durch gesellschaftliche solidarische Lösungen als durch die Finanzmärkte bewältigen lassen. Leider ist Letzteres die erklärte Absicht der Parteien, welche die künftige Bundesregierung stellen werden.

Der demografische Wandel wird aber gemeinhin als ganz großes Problem bezeichnet.

Vor was seit über 30 Jahren in schrillen Tönen gewarnt wird, sind die etwa 15 geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1970, die in zunehmender Zahl bis 2037 in Rente gehen werden. Die Gegner des umlagefinanzierten Rentensystems be-

haupten, die Kosten würden dadurch explodieren, das System stünde vor dem Ruin und ihm drohe der Kollaps. Das sind gezielt in die Welt gesetzte Behauptungen, die Verunsicherung

erzeugen sollen. Die realen Zahlen bieten keinen Anlass zum Alarmismus: Die letzte sogenannte „mittlere Bevölkerungsprognose“ sieht einen Zuwachs der Rentenjahrgänge um 1,4 Mio. bis 2030 und dann um weitere 2,3 Mio. bis 2040. Das ist eine Steigerung um 21% von 2021 bis 2040. Danach bleiben die Zahlen bis 2060 stabil. Wenn man davon ausgeht, dass die Rentenleistungen entsprechend wachsen müssten, kämen wir nach heutigen Werten auf Mehrausgaben von 70 Mrd. Euro im Jahr 2040. Auf den Zeitraum von 19 Jahren gleichmäßig verteilt, ergäbe das eine jährliche Ausgabensteigerung von 3,7 Mrd. Euro – rund 1,1% pro

Jahr. Solche Größenordnungen sind politisch mit Sicherheit zu bewältigen, ohne den Katastrophenfall ausrufen zu müssen. Doch das erfährt man in den Medien nicht. Stattdessen fak-

„Die Gegner des umlagefinanzierten Rentensystems behaupten, die Kosten würden explodieren, das System stünde vor dem Ruin, ihm drohe der Kollaps.“

tenfreie Behauptungen und Angst-mache. Es hat schon eine gewisse Komik, dass ein Vorgang, der 20 Jahre dauert, als „Explosion“ bezeichnet wird. Und absurd ist die Behauptung, die marode Umlagefinanzierung müsste durch Privatvorsorge ergänzt oder gar ersetzt werden. Dass darüber sogar Generationengerechtigkeit hergestellt würde, hat schon orwellsche Neusprech-Dimension.

Wieso?

Die selbsternannten Verfechter der „Generationengerechtigkeit“ sprechen sich für eine Entlastung der jüngeren Generationen aus. Was aber nach ihren Rezepten passiert, ist Folgendes: Ausgerechnet in den Jahren

mit der höchsten Altersvorsorge-Belastung sollen die Versicherten über die Beitragsabgaben hinaus noch Lohnanteile für die private Altersvorsorge wegsparen. Diese Spargelder sind sozialpolitisch totes Kapital. Kein Cent kann für die Altersversorgung der Babyboom-Rentnerinnen und -Rentner verwendet werden. Wenn die jetzt Jungen dann in Rente gehen, so in 20 bis 40 Jahren, sind die Babyboom-Jahrgänge längst nicht mehr am Leben. Hinzu kommt: Wenn die heute Jungen in Rente gehen, sollen sie, das ist die zweite Säule der Rentengerechtigkeit, bis zum 69. oder gar 70. Lebensjahr gearbeitet haben. Und natürlich kommt als Drittes zur Entlastung der Jungen hinzu, dass das Rentenniveau weiter abgesenkt wird. Wen wird das wohl mit brutaler Wucht treffen? Diese faktischen Mehrbelastungen der Jungen als „Entlastung“ zu betiteln und damit keinen Sturm der Entrüstung auszulösen, ist ein starkes Stück in der Disziplin Neusprech: „Mehrbelastung ist Entlastung“.

Welche Falschinformationen sind denn im Umlauf?

Die Behauptung, das Umlageverfahren sei unfinanzierbar, weil es zu viele Alte und zu wenig Junge gebe, beherrscht bis heute die Seiten und Sendeminuten der Hauptmedien. Als Mutter dieser Erzählung kann man wohl das Prognos-Gutachten zur Zukunft der deutschen Rentenversicherung von 1987 ansehen. In ihm wurde ein Rentenversicherungsbeitrag von 40% für das Jahr 2030 vorausberechnet. Grundlage war eine düstere Bevölkerungsprognose, nach der wir heute nur noch eine Bevölkerung von rund 65 Mio. hätten. Tatsächlich haben wir heute aber 83 Mio. Die Horror-Zahlen des Gutachtens waren der Anstoß für die Rentenverschlechterungen in den 1990er-Jahren und letztlich auch für den Paradigmenwechsel Anfang der 2000er-Jahre.

Was für ein Paradigmenwechsel?



Reiner Heyse, Jahrgang 1949, studierte Nachrichtentechnik und arbeitete anschließend als Ingenieur in einem mittelständischen Betrieb. Dort war er viele Jahre Betriebsrat und in der Industriegewerkschaft Metall Tarifkommissionsmitglied. 2016 gründete er die Initiative „Seniorenaufrüstung“ mit und ist deren Sprecher. Seit 2021 gibt er das Informationsportal „RentenZukunft“ heraus.

www.seniorenaufstand.de

2001 wurde mit dem Altersvermögensgesetz das bis dahin geltende Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung, für auskömmliche Renten zu sorgen, beerdigt. Seitdem galt es, die Kosten zu deckeln. Man spricht da von der Ablösung der Leistungsdurch die Beitragsorientierung. Aus-

„Das sind gezielt in die Welt gesetzte Behauptungen, die Verunsicherung erzeugen sollen. Die realen Zahlen bieten keinen Anlass zum Alarmismus.“

drücklich steht in dem Gesetz: Wer seinen erarbeiteten Lebensstandard im Alter halten will, der muss zusätzlich privat vorsorgen. Das sollte die sogenannte „Riester-Rente“ gewährleisten, doch heute pfeifen die Spatzen von den Dächern: Riester ist gescheitert. Dafür ist das Rentenniveau

der gesetzlichen Rente um 10% gesenkt worden und die Altersarmut in den letzten 15 Jahren um über 70% angestiegen.

Gibt es noch weitere Falschinformationen?

Ja. Angeblich sind die sogenannten „Lohnnebenkosten“ zu hoch und verteuern dadurch die deutschen Produkte auf den Weltmärkten, so dass sie nicht mehr konkurrenzfähig seien, was die hiesige Arbeitslosigkeit befördert. Doch „Lohnnebenkosten“ sind in den Büchern der Firmen natürlich ganz gewöhnliche Lohnkosten. Bei der Kampagne zur Senkung der Lohnnebenkosten geht es in Wirklichkeit um die Senkung der Löhne. Das ist mit der Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge wie mit der Agenda-2010-Politik insgesamt hervorragend gelungen. Über die internationale Kritik am deutschen Lohndumping und an der deutschen Exportweltmeisterschaft liest man allenfalls etwas im „Handelsblatt“, sonst nirgendwo.

Wieso war die Manipulation der öffentlichen Meinung so einfach?

Wichtige Informationen wurden unterdrückt: die Erwerbstätigenquote, die einen viel größeren Einfluss auf das Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentenempfängern hat als die Altenquote. Oder die Produktivitätsentwicklung, die es grundsätz-

lich ermöglicht, immer mehr Anteile der Einkommen für Sozialausgaben zu verwenden und gleichzeitig den Lebensstandard der aktiv Beschäftigten weiter zu steigern.

Es gibt nirgendwo eine Erklärung, warum die Ausgaben für die Rentnerinnen und Rentner auf das Niveau

von vor 30 Jahren zurückgegangen sind, obwohl ihre Zahl um 6 Mio., das sind rund 40%, gestiegen ist. Entgegen aller Alarmprognosen von vielzitierten Rentenexperten sind die Beiträge auf 18,6% gesunken und die Reserven der Rentenversicherung auf den Rekordwert von 40 Mrd. Euro gestiegen. Nicht informiert wird auch über die Finanzierung von versicherungsfremden Leistungen durch Beitragszahler. Der Bund veranlasste z. B. im Jahr 2019 die Rentenversicherung, 103 Mrd. Euro für Rentenleistungen auszugeben, für die kein Cent Beitrag geleistet wurde.

„Ein Netzwerk von Wissenschaftlern wurde aufgebaut, die vor der demografischen Katastrophe warnten und die Rente aus Kapitalerträgen forderten.“

Zur Deckung dieser Summe überweist der Finanzminister aber lediglich 68 Mrd. Die Unterdeckung von 35 Mrd. wurde von der Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Rentenversicherung scharf kritisiert. Eine entsprechende Pressemitteilung ging an alle Agenturen und Medien, doch das war denen keine Zeile oder Sendeminute wert. 35 Mrd. Euro! Jahr für Jahr! Nicht der Rede oder auch nur der Nachfrage wert? Was passiert da eigentlich in der Medienlandschaft? Ein Thema für die Medienforschung!

Wer setzte die Fehlinformationen in die Welt?

In die Welt gesetzt wurden sie durch neoliberale Ökonomen und Unternehmerverbände. Die Weltbank veröffentlichte 1994 ein Grundsatzzpapier, in dem Umlagesysteme als überholt bezeichnet werden. Als Ersatz „empfahl“ sie Mehssäulen-Modelle, in denen die kapitalbasierte Säule die Hauptkomponente bilden sollte. Diese wurden in der Praxis zu handfesten Bedingungen bei den Kreditvergaben. Die EU geht

da ähnlich vor, wenn es um die Einhaltung von Konvergenzkriterien im Euro-Raum und die Vergabe von Fördergeldern geht. In Deutschland wurde, parallel zu diesen internationalen Entwicklungen, ein Netzwerk von Wissenschaftlern aufgebaut, die vor der demografischen Katastrophe warnten und die Rente aus Kapitalerträgen forderten. Prototyp ist Axel Börsch-Supan, der von Anfang an dabei war. Er wurde medial zum Top-Experten in Sachen Altersvorsorge aufgebaut. Überprüft wird nichts. Und Behauptungen oder Berechnungen, die sich nachträglich als falsch he-

rausstellen, werden nirgendwo korrigiert. Initiiert oder betrieben werden diese Netzwerke durch die Versicherungsbranche, Finanzkonzerne und Unternehmerverbände.

Warum spielte die Politik beim „Paradigmenwechsel“ so bereitwillig mit? Zunächst war er sogar hoch umstritten. Sozialpolitiker wie Herbert Ehrenberg, Norbert Blüm, Rudolf Dressler, Winfried Schmähl, Albrecht Müller und verschiedene Vertreter der Rentenversicherung hielten dagegen. Erst die SPD unter Bundeskanzler Gerhard Schröder schaltete ganz auf neoliberalen Kurs um und machte die Wünsche der Versicherungen, Banken und Unternehmerverbände zur politischen Richtschnur. Sozialpolitiker wurden versenkt, Wirtschafts- und Finanzpolitiker beherrschten das Feld: Bert Rürup, Peter Hartz, Bodo Hombach, Frank-Walter Steinmeier, Olaf Scholz, Hans Eichel. Walter Riester war als Gewerkschafter nur Alibi.

Dient die Kopplung der Rente an die Aktienkurse auch dazu, in der Be-

völkerung eine „wirtschaftsfreundliche“ Grundhaltung zu erzeugen?

Das wäre sicher ein gewünschter Nebeneffekt und könnte bei jungen, noch unerfahrenen Menschen hier und da verfangen. Massenwirksam wird das wohl nicht mehr. Zu präsent ist immer noch der Absturz der Volksaktienkampagne, an der Spitze mit Manfred Krug für die T-Aktie, die zusammen mit der Dotcom-Blase platzte. Der Aktiencrash im Zuge der Finanzkrise 2008/09 gab der Aktienuphorie wohl den Rest. Die Erfahrungen in Schweden mit 20 Jahren aktienbasierter Prämienrente zeigen auch deutlich, dass die Neigung der Massen, sich am Spekulationsgeschehen der Börsen zu beteiligen, sehr begrenzt ist.

Warum machen unsere Leitmedien bei der Manipulation mit?

Da kann ich auch nur spekulieren. Natürlich sind die Fragen „Wem gehören die Medien?“ und „Wer kontrolliert sie?“ ein Schlüssel zur Wahrheit. Aber es ist auch so, dass Journalisten immer weniger Zeit für eigene Recherchen haben. Und da stoßen die neoliberalen Thinktanks rein und überhäufen sie mit druck- und sendereifen Inhalten. Studien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), der Bertelsmann-Stiftung oder von Versicherungen und Finanzkonzernen werden unhinterfragt wiedergegeben. Zudem sind für die sozialpolitische Berichterstattung fast immer die Wirtschaftsredaktionen zuständig – und die folgen ganz dem wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream.

Ist Schweden bei der Rentenpolitik ein Vorbild?

Schweden wird oft als Vorbild genannt. Gemeint ist dabei aber immer der kleine Teil der Aktienrente. Das Gesamtsystem bleibt ausgeblendet. So befinden sich in Schweden alle Erwerbstätigen ab dem 16. Lebensjahr in der staatlichen Rentenversiche-

rung. Die Schweden erhalten eine Garantierente, die etwa 800 Euro beträgt, und zusätzlich Wohnkostenzuschüsse von bis zu 700 Euro. Die schwedischen Unternehmen zahlen 60% der Rentenversicherungsbeiträge, die Beschäftigten lediglich 40%. Betriebsrenten erhalten in Schweden 90% der Versicherten, die Beiträge betragen bis zur Beitragsbemessungsgrenze 4,5% des Bruttoeinkommens, darüber sogar 30%. Finanziert werden diese Betriebsrenten zu 100% durch die Unternehmen. Von all dem könnten wir uns eine Scheibe abschneiden. Aber nichts von dem meinen FDP, Grüne, CDU/CSU und SPD. Sie meinen die Prämienrente. Für die werden 2,5% des Bruttoeinkommens in Aktien angelegt – mit vollem Kursrisiko, ohne jegliche staatliche Absicherung. Das kann unmöglich ein Vorbild sein, jedenfalls nicht für eine Sozialpolitik.

Ist Österreich bei der Rentenpolitik ein Vorbild?

Ja, unbedingt! Das österreichische Rentensystem ähnelt stark dem unseren, ist aber viel leistungsstärker und sozialer. Die österreichische Altersversorgung ist durch eine garantierte Leistungszusage geprägt. Eine jähr-

„Überprüft wird nichts. Und Behauptungen oder Berechnungen, die sich nachträglich als falsch herausstellen, werden nirgendwo korrigiert.“

liche Anwartschaftssteigerung von 1,78% des Bruttoeinkommens ergibt nach 45 Jahren für Neurentnerinnen und Neurentner ein Nettorentenniveau von 90%: bei den Männern durchschnittlich 2.200 Euro und damit rund 80% mehr als für Rentner in Deutschland, bei den Frauen durchschnittlich 1.400 Euro und damit 60% mehr als für Rentnerinnen in Deutschland – wobei die Einkommen

beider Länder auf etwa dem gleichen Niveau liegen. Zudem erhalten die Österreicherinnen und Österreicher eine Mindestversorgung, die nach Beitragsjahren gestaffelt zwischen 1.170 und 1.560 Euro für Einzelhaushalte beträgt. Zur Finanzierung sind die Österreicherinnen und Österreicher mit ganz wenigen Ausnahmen in einem einheitlichen Versiche-

„In Österreich werden rund 14% des Bruttoinlandsprodukts in die gesetzliche Altersversorgung einbezahlt, in Deutschland nur rund 10%.“

rungssystem organisiert. Der Beitrag beträgt seit 30 Jahren stabil 22,8%. Wenn die Beiträge nicht ausreichen, um die Leistungsgarantie zu finanzieren, ergänzt sie der Staat durch eine sogenannte Ausfallhaftung aus Steuermitteln.

Wie sollte unser Rentensystem reformiert werden?

Das gegenwärtige System, das durch eine perfide Rentenformel dafür sorgt, dass das Rentenniveau in den nächsten 30 Jahren um weitere 15% sinkt, ist nicht reformierbar. Es muss vollständig ersetzt werden. Ein Reset ist erforderlich, der an

die gesetzliche Rente von vor 1990 anknüpft. Das reformierte Rentensystem sollte drei fundamentale Elemente haben:

(1.) Ein Versorgungsniveau, das eine Rentenhöhe von mindestens 75% der durchschnittlich im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommen garantiert. Das kann erreicht werden, indem pro Jahr 1,5% des Bruttoeinkommens als Rentenanwartschaft

angesammelt wird. Nach 45 Jahren wäre dann ein Brutto-Rentenniveau von 67,5% erreicht, was zu einem Netto-Rentenniveau von etwa 75 bis 80% führt. Übrigens waren die 1,5% von 1957 bis 1990 fester Bestandteil der Rentenformel.

(2.) Eine Gewährleistung, dass Altersarmut verhindert wird. Um das zu erreichen, sollte durch ergänzende

Mittel des Sozialstaates eine Mindestrente gezahlt werden, welche die jährlich von Destatis ermittelte Armutgefährdungsschwelle nicht unterschreitet – aktuell 1.200 Euro.

(3.) Eine Finanzierung durch alle Erwerbstätigen, die nach gleichen Regeln Beiträge leisten und eine Altersversorgung erhalten. Ab einer bestimmten Höhe steigen die Renten dabei nur noch degressiv. Ergänzt werden können die Beiträge durch staatliche Leistungen, um das garantierte Versorgungsniveau einzuhalten. Für die gesetzlich Rentenversicherten ist dieses Konzept eine deutliche Verbesserung, für die anderen wie z. B. Beamte wären nur leichte Einbußen zu erwarten. Mit diesen Reformschritten wären wir sehr nah an dem guten österreichischen Rentensystem

Ist das finanzierbar?

In Österreich werden rund 14% des Bruttoinlandsprodukts in die gesetzliche Altersversorgung einbezahlt, in Deutschland nur rund 10%. Dabei ist die deutsche Volkswirtschaft die stärkste in der EU. Wieso sollte sie nicht etwa 150 Mrd. Euro mehr für den Unterhalt der älteren Generation verkraften können?

Herr Heyse, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Aktien als Altersvorsorge

„Für die große Mehrheit der Bevölkerung sinnlos“

Viele investieren ihr Geld lieber in Aktien als in eine Rentenversicherung. Weil diese Anlageform transparent ist. Weil dabei kein Versicherungskonzern hohe Verwaltungsgebühren einschiebt. Und weil sich die Aktienkurse seit Jahren überwiegend positiv entwickeln. Handelt es sich hier also tatsächlich um eine lukrative Altersvorsorge?

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, die Wirtschaft leidet unter der Corona-Pandemie, die Aktienkurse steigen. Warum?

Prof. Dr. Christian Kreiß: Hauptsächlich wegen der Geldflut, d. h. den seit 2008 historisch einzigartig niedrigen Zinsen und dem vielen frisch

mobilen und Aktien. Die Wirtschaft leidet kaum mehr unter Corona, das Wachstum ist stark und die Unternehmensgewinne sind deutlich gestiegen. In den USA sind sie so hoch wie noch nie. In Aktien zu investieren, erscheint auch von der Gewinnsei-

„Wenn man heute beginnen würde, für die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner Aktien zu kaufen, triebe das nur die Aktienkurse und damit die Vermögen der Großrentner in die Höhe.“

te her lukrativ. Weil die Zinsen aber schon seit über 10 Jahren historisch einzigartig niedrig sind, haben die Aktienpreise mittlerweile neue Rekordwerte erreicht. Der führende Aktienindex der USA ist momentan mehr als doppelt so teuer wie in den

letzten 150 Jahren – gemessen am Kurs-Gewinn-Verhältnis. Wenn die Bewertungen in der Vergangenheit so hoch waren, kam jedes Mal ein Börsenabsturz. Wie wirkt sich die aktuelle Entwicklung auf unsere Gesellschaft und das Gemeinwohl aus? Wer profitiert? Wer verliert?



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich 9 Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon 7 Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Er veröffentlichte mehrere neoliberalismuskritische Bücher.

[www.menschengerechtwirtschaft.de](http://www.menschengerechsetwirtschaft.de)

Durch die Lockdowns wurde der stärkste Wirtschaftsabschwung seit Kriegsende ausgelöst, Ökonomen sprechen von einer Jahrhundertrezession. Besonders hart hat es Selbstständige sowie kleinere und mittlere Unternehmen getroffen. Dagegen sind die Gewinne und die Aktienkurse der Großkonzerne

und damit die Vermögen von deren Eigentümern so stark gestiegen wie selten in der Geschichte. Es gab eine starke Vermögensverschiebung zu

wenn eine Umverteilung von Aktienvermögen in großem Stil stattfände. Wenn man heute beginnen würde, für die große Mehrheit der zukünftigen Rentnerinnen und Rentner Aktien zu kaufen, triebe das nur die Aktienkurse und damit die Vermögen der Großrentner in die Höhe. So-

„Solange die Großrentner von Aktien nicht real etwas von dem Vermögen abgeben, sind Aktien keine sinnvolle Altersvorsorge für alle.“

den besonders Reichen und damit auch eine starke Machtverschiebung zu den Multimilliardären. Die meisten Arbeitnehmer haben wenig gelitten, weil es historisch einzigartig hohe staatliche Transferzahlungen an untere und mittlere Einkommensbezieher gab. Die riesigen Staatsausgaben wurden über neue Schulden finanziert, die wiederum von den Notenbanken durch frisch gedrucktes Geld eingetauscht wurden. Wir haben also Schecks bzw. Wechsel auf die Zukunft in geschichtlich einzigartigem Umfang gezogen. Die Rechnung wird noch kommen, vielleicht in Form von Inflation oder einer Schulden- und Finanzmarktkrise, wenn sich herausstellt, dass all die Schulden unmöglich zurückgezahlt werden können. Aber irgendwer wird all die offenen Rechnungen bezahlen müssen.

Sind Aktien eine sinnvolle Altersvorsorge?

Grundsätzlich ja, wenn das Aktieneigentum breit gestreut würde. Davon kann aber keine Rede sein. In Deutschland besitzen über 80 % der Bevölkerung überhaupt keine Aktien. 2012 kontrollierten in Deutschland 0,02 % der Haushalte über 50 % des gesamten Betriebsvermögens. Daran dürfte sich bis heute wenig geändert haben. Solange eine derart starke Ungleichverteilung von Unternehmenseigentum in Deutschland vorliegt, sind Aktien als Altersvorsorge für die große Mehrheit der Bevölkerung sinnlos. Das würde nur Sinn machen,

steigen oder sogar sinken würden. Dadurch könnte die äußerst niedrige Wohneigentumsquote in Deutschland maßgeblich erhöht werden.

„Es sollten nicht nur die Arbeitseinkommen, sondern vor allem die 550 Mrd. Euro pro Jahr hohen leistungslosen Einkommen herangezogen werden.“

lange die Großrentner von Aktien nicht real etwas von dem Vermögen abgeben, sind Aktien keine sinnvolle Altersvorsorge für alle.

Sind Bitcoins eine sinnvolle Altersvorsorge?

Kryptowährungen haben eine große Zukunft, aber nicht Bitcoin. Bitcoin verbraucht viel zu viel Strom und die Stromrechnung wird über immer neu nachkommende Neuanleger bezahlt. Bleiben die Neuanleger aus, bricht das Bitcoin-System zusammen. Aber andere Kryptowährungen, die mit viel niedrigerem Stromverbrauch arbeiten, dürften eine große Zukunft vor sich haben, möglicherweise auch für die Altersvorsorge. Aber Stand heute ist der gesamte Marktwert der Kryptowährungen mit ungefähr 1 % aller Finanzaktiva noch zu gering, um für eine große Mehrheit als Altersvorsorge ins Gewicht zu fallen.

Ist unser klassisches Rentensystem also doch sinnvoll?

Ich glaube, ja. Letztlich müssen die Renten immer durch die Arbeitenden finanziert werden.

Wie sollte es reformiert werden, damit es zukunftsfähig und gerecht ist?

Es sollten nicht nur die Arbeitseinkommen, sondern vor allem die in Deutschland rund 550 Mrd. Euro pro Jahr hohen leistungslosen Einkommen herangezogen werden. Das könnte man beispielsweise über eine progressive Abgabe auf Großgrundbesitz von 1 bis 3 % vom Marktwert machen. Solch eine Abgabe auf leistungslose Einkommen würde Dutzende Milliarden Euro mobilisieren und hätte den segensreichen Nebeneffekt, dass die Bodenpreise langsamer

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

ONLINETIPPS

Christian Kreiß
Sichere Renten: so könnte es klappen
Telepolis, 14.08.2021
www.heise.de/-6163775

Christian Kreiß
Der Bitcoin-Crash ist programmiert
Telepolis, 15.07.2021
www.heise.de/-6138995

Christian Kreiß
Run auf die Börsen: Warum die Demokratisierung von Aktienvermögen ein Traum bleibt
Telepolis, 11.07.2021
www.heise.de/-6134120

Christian Kreiß
Welt der Zombie-Gläubiger
Telepolis, 31.01.2021
www.heise.de/-5040440



Foto: Pexels/pixabay.com

Soziale Ungleichheit

„Kämpfen statt auf Aktienkurse glotzen!“

Ein Kernproblem unseres umlagebasierten Rentensystems ist die zunehmende Verarmung weiter Bevölkerungskreise. Denn dadurch wird immer weniger einbezahlt. Finanz- und Versicherungskonzerne bieten deshalb private Altersvorsorgen an, doch die sind keine gemeinwohlorientierte Lösung, sondern verschärfen die Problematik.

Interview mit Dr. Werner Rügemer

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Rügemer, ist unser staatliches Rentensystem mit Umlageverfahren zukunftsfähig?

Dr. Werner Rügemer: Das staatliche Rentensystem bringt schon jetzt für die Mehrheit der Rentner und vor allem Rentnerinnen nur noch eine

der privaten, teilweise staatlich geförderten weiteren Rentensysteme aus, also vor allem die private Zusatzrente für abhängig Beschäftigte – „Riester-Rente“ –, die privaten und die öffentlichen Betriebsrenten, die privaten Rentensysteme

ciert, ohne dass Verantwortliche und Profiteure politisch benannt werden.

Dann gehen wir die verschiedenen Rentensysteme mal durch: Wie steht's mit dem staatlichen Rentensystem?

Das staatliche, gesetzliche Rentensystem basiert auf dem Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten und den davon abhängigen Beiträgen zur Rentenversicherung. Der Staat organisiert das über die „Deutsche Rentenversicherung Bund“. Gleichzeitig sorgt er aber auch für eine Minderung der Arbeitseinkommen für immer mehr abhängig Beschäftigte. Der bekannteste Eingriff waren Anfang der 2000er-Jahre die „Hartz-Gesetze“: Mit ihnen wurden niedrigere Arbeitseinkommen verrechtlicht und verstetigt. Inzwischen

„Die Mehrheit der abhängig Beschäftigten, insbesondere die der Frauen, wird schrittweise verarmen, auch gesundheitlich, sozial und kulturell.“

Arbeitsrente. Das hängt aber nicht mit der demografischen Entwicklung zusammen, sondern hat mehrere andere Gründe: (1.) die durch die ersten drei „Hartz-Gesetze“ – erweiterte Leiharbeit, Werkvertragsarbeit, geringfügige und befristete Arbeit – vielfach gekürzten Einkommen der abhängig Beschäftigten, (2.) die vermehrte kurz- oder langzeitliche Arbeitslosigkeit, während der nichts in die Rente eingezahlt wird, (3.) die zunehmende Zahl der vorzeitigen Renteneintritte wegen Krankheit, Burn-out oder aussichtsloser Arbeitslosigkeit. Im heftigen Kontrast dazu steht die ebenfalls staatlich organisierte, hoch privilegierte Rente bzw. Pension der Beamten und der Abgeordneten. Daneben breitet sich zudem noch der Flickenteppich

für Bestverdiener wie Topmanager sowie für kammerfähige Berufe wie Notare, Apotheker, Rechtsanwälte, Architekten, Ingenieure und Ärzte. Die Mehrheit der abhängig Beschäftigten, insbesondere die der Frauen,

„Die bereits privilegierten Gruppen werden weiter subventioniert. Die Bevölkerung wird wie in der Arbeit so auch in der Rente sozial aufgesplittert.“

wird systemisch und schrittweise verarmen, auch gesundheitlich, sozial und kulturell. Dagegen werden die bereits privilegierten Gruppen weiter subventioniert. Die Bevölkerung wird wie in der Arbeit so auch in der Rente sozial aufgesplittert. Die soziale, klassenmäßige Ungleichheit wird for-

kam noch die prekäre Schein-Selbstständigkeit hinzu – etwa bei den Fahrern von Lieferdiensten. Unter Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wurde 2011 der bisher von den Jobcentern gezahlte Rentenbeitrag für Arbeitslose gestrichen. Das trifft die mit den sowieso schon



Dr. Werner Rügemer,

Jahrgang 1941, studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Ökonomie, bezeichnet sich als „interventionistischen Philosophen“ und ist als Publizist, Berater sowie Stadtführer in Köln tätig. Er veröffentlichte zahlreiche Bücher, Artikel, Hörfunk- und TV-Reportagen. Zudem ist er Mitglied der Gewerkschaft Verdi, des deutschen PEN-Clubs und des wissenschaftlichen Beirats von At-tac sowie Mitbegründer der Initiativen „Gemeingut in BürgerInnenhand“ und „Aktion gegen Arbeitsunrecht“.

www.werner-ruegemer.de

niedrigsten Einkommen doppelt. Zusätzlich halfen die von der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geführten Bundesregierungen, dass die Zahl der kollektiven, branchenübergreifenden Tarifverträge immer weiter schwanden, während vor allem „christliche Gewerkschaften“ niedrigeren Tarifverträgen zustimmten. Deutschland hat unter Merkel im Vergleich zu anderen EU-Staaten die Einführung eines Mindestlohns um ein Jahrzehnt verzögert. Und der steht, gemessen an der Kaufkraft, im EU-Vergleich weit unten,

wird millionenfach unterlaufen und selbst bei einem 40-Stunden-Job in die Renten-Armut führen. Außerdem werden jährlich etwa 1 Mrd. geleistete Überstunden nicht bezahlt. Gerade Frauen wurden unter der ersten weiblichen Bundeskanzlerin bei ihren Arbeitseinkommen und damit auch Renten besonders geschädigt.

ner 55 % seines durchschnittlichen Arbeitseinkommens als Rente, 2020 waren es nur noch 47,9 %.

Wie hoch sind denn die Renten aktuell?

Bei den Frauen erhalten 69 % eine Netto-Rente zwischen 300 und 900 Euro pro Monat, 20 % eine zwischen 900 und 1.200 Euro, 8 % eine zwi-

„Unter Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) wurde 2011 der bisher von den Jobcentern gezahlte Rentenbeitrag für Arbeitslose gestrichen.“

Unter Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) wurde dann 2007 das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht, was schrittweise bis 2030 umgesetzt wird. Das bedeutet in vielen Fällen eine Kürzung der Rente, weil gegenwärtig etwa 60 % der abhängig Beschäftigten wegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Burn-out immer früher in Rente gehen und Abschläge hinnehmen müssen. Und nicht zu vergessen: Gut ein Fünftel ihres Geldes gibt die gesetzliche Rentenkasse für versicherungsfremde Leistungen aus.

Für welche Leistungen?

Für sozialpolitische Maßnahmen wie z. B. Renten für Spätaussiedler, für Ex-DDR-Bürger, für Opfer des NS-Staates, aber auch für Ex-SS-Mitglie-

schen 1.200 und 1.500 Euro, 3 % eine zwischen 1.500 und 1.800 Euro und 1 % eine zwischen 1.800 und 2.100 Euro. Bei den Männern liegen 49 % unter 1.200 Euro, nur 23 % erreichen eine Netto-Rente zwischen 1.200 und 1.500 Euro. Zur besseren Einordnung dieser Beträge: Die Armutsgrenze liegt in Deutschland für einen 1-Personen-Haushalt bei 1.074 Euro.

Die „Riester-Rente“ wurde eingeführt, um die sinkenden Renten aus dem staatlichen Umlagesystem aufzubessern. Warum funktioniert sie nicht?

Die 2001 unter der rot-grünen Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder eingeführte und nach dem damaligen Arbeitsminister Walter Riester (SPD) benannte private Zusatzrente stagniert seit 2013 bei den

„Gerade Frauen wurden unter der ersten weiblichen Bundeskanzlerin bei ihren Arbeitseinkommen und damit auch Renten besonders geschädigt.“

der aus dem Baltikum, für Arbeitslose, die wegen Aussichtslosigkeit auf eine neue Arbeit frühzeitig in Rente geschickt werden, für Kindererziehungszeiten usw. Für diese Leistungen wurden keine Beiträge bezahlt, sodass sie die Renten zusätzlich absenkten. 1990 bekam ein Rent-

Neuabschlüssen. Und ein Fünftel der Verträge ist auf „ruhend“ gestellt. Es wird nichts mehr eingezahlt, weil die Rentenbeträge zu gering sind. Denn ein Viertel der eingezahlten Gelder kassieren die Anbieter. Der durchschnittliche Auszahlungsbetrag beläuft sich gegenwärtig auf lediglich

55 Euro pro Monat. 2014 wurde ein Reformgesetz beschlossen – ohne Wirkung. Die Anbieter haben die Verzinsungsgarantie auf 0,25 % gesenkt. Nur jeder vierte Beschäftigte hat eine „Riester-Rente“. Und gerade die Niedrigverdiener haben keine. Bilanz nach 20 Jahren: Die „Riester-Rente“ ist gescheitert! Es kommt ja noch ein Effekt hinzu, über den öffentlich nicht gesprochen wird: Der Staat fördert die „Riester-Rente“ steuerlich, erleidet also Haushaltseinbußen. Deshalb kann er die staatliche Rente immer weniger stützen. Und gleichzeitig verteuert er öffentliche Leistungen direkt oder durch Privatisierungen – was wiederum die Bezieher niedriger Renten am stärksten schädigt.

Für Besserverdienende gibt es die „Rürup-Rente“. Funktioniert die besser?

Die läuft besser – auch weil der betroffene Kreis viel kleiner ist. Diese private Zusatzrente wurde 2005, also

„Unter Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD)

wurde 2007 das Renteneintrittsalter von 65 auf 67 Jahre erhöht, was bis 2030 umgesetzt wird.“

einige Jahre nach der „Riester-Rente“, eingeführt und nach dem Regierungsberater Prof. Bert Rürup benannt. Sie wird vom Staat ebenfalls steuerlich gefördert und zielt auf gut verdienende Freiberufler, leitende Angestellte und Selbstständige wie Anwälte, Apotheker und Ärzte, die schon eine Rentenversicherung in ihrer Versorgungskasse haben. Warum es diese Rente gibt, ist vom System her völlig unsinnig, aber Rürup als Lobbyist hat den Versicherungsunternehmen dieses neue, staatlich subventionierte Geschäftsfeld erschlossen.

Was hat es mit der Erwerbsminderungsrente auf sich?

Beschäftigte können wegen verschiedener Erkrankungen teilweise lange vor dem regulären Rentenein-



Foto: vitaily-m/pixabay.com

tritt eine Erwerbsminderungsrente bekommen. Im Jahr 2020 erhielten immerhin 1,6 Mio. Menschen eine solche. Sie ist naturgemäß niedriger als eine „normale“ Rente. Die volle Er-

werbsminderungsrente beträgt zwischen 492 und maximal 1.000 Euro. Die 87.000 Teil-Renten dieser Art liegen noch niedriger. Das Zugangs-

chen wurde, können immer weniger eigentlich Betroffene die Erwerbsminderungsrente beantragen, denn die Voraussetzung ist weggefallen: vorher in die Rentenkasse eingezahlt zu haben. In der Merkel-Ära ist die Zahl der Erwerbsminderungsrentner mit etwa 1,6 Mio. zwar gleich geblieben, aber es wurden die Eingangsvoraussetzungen verschärft, immer mehr Anträge teilweise einige Jahre lang verzögert und die Hälfte der Anträge schließlich abgelehnt. Diese recht niedrige Rente wird also immer häufiger beantragt, aber auch immer häufiger abgelehnt.

„1990 bekam ein Rentner 55 % seines durchschnittlichen Arbeitseinkommens als Rente, 2020 nur noch 47,9 %.“

alter betrug 2019 durchschnittlich 52,7 Jahre. Die Empfänger müssen bis zum regulären Renteneintritt also mehr als ein Jahrzehnt mit diesen niedrigen Renten auskommen – und ihre reguläre Rente wird dann ebenfalls niedrig sein. Seit unter von der Leyen 2011 der Rentenbeitrag für Arbeitslosengeld-II-Bezieher gestri-

Die „Grundrente“ soll die schlimmsten Ungerechtigkeiten korrigieren. Was bringt sie?

Sie soll die immer häufigeren niedrigsten Niedrigrenten aufbessern. Im Durchschnitt soll dabei für bisherige und neue Rentner ein monatlicher Zuschlag von 80 Euro herauskommen. Die CDU-Unterneh-

merlobby hatte erreicht, dass die ursprünglich geplanten 100 Euro um 20 Euro gekürzt werden. Für dieses Almosen sind die Hürden jedoch hoch: Mindestens 33 Beitragsjahre sind Voraussetzung, wenn auch mit einem Minijob. Schätzungsweise 1,7 Mio. der allerärmsten Rentner

migrantischen Fleischzerlegern zeigt, dass die Gewerbeaufsicht versagt. Weil unter diesen Bedingungen die Berufskrankheiten immer mehr zunehmen – z.B. Erkrankungen des Nerven-, Muskel- und Skelettsystems –, bieten die gleichen Versicherungen, die auch die Riester-Rente anbie-

extra ein Tarifvertrag abgeschlossen werden, was kompliziert ist, da aufseiten der Beschäftigten allermeist der Verhandlungspartner fehlt, weil es nur in 2 % der Unternehmen einen Betriebsrat gibt. Und zweitens befreit das Gesetz die Unternehmen vollständig aus der Haftung: Es dürfen keine Mindest- und Garantieleistungen mehr vereinbart werden. Möglich sind nur unverbindliche „Zielrenten“. Ergebnis des „Stärkungs“-Gesetzes: Die Betriebsrente wurde nicht gestärkt, sondern geschwächt, demontiert und auf eine schon privilegierte Gruppe beschränkt. Deshalb spielt diese private Betriebsrente nur für die Stammbeslegschaften der großen Unternehmen eine Rolle. In über 3 Mio. mitt-

„Bei den Frauen erhalten 69 % eine Netto-Rente zwischen 300 und 900 Euro, 20 % zwischen 900 und 1.200 Euro.“

würden davon profitieren – eine Farce, auch wenn wegen der Existenznöte gerade für diese Betroffenen 80 Euro wichtig sind. Jetzt dauert es aber erst mal viele Monate, bis der Staat den Anspruch für die Betroffenen genau ausgerechnet hat.

Wie sieht es bei Berufskrankheiten aus?

Dafür sind traditionell die Berufsgenossenschaften der verschiedenen Branchen zuständig. Sie sollen gegen beruflich bedingte Erkrankungen vorsorgen und für dann doch eingetretene Berufskrankheiten, die arbeitsunfähig machen, eine Berufsunfähigkeitsrente zahlen. Aber auch dieses System ist weitgehend gescheitert. Die Berufsgenossenschaften haben staatlichen Charakter, werden staatlich beaufsichtigt, aber einseitig von den 3,2 Mio. Privatunternehmen finanziert. Die wollen möglichst niedrige Beiträge zahlen und möglichst wenige Fälle von Berufskrankheiten anerkennen. Unter den Arbeitsministern Ursula von der Leyen und Olaf Scholz wurde die staatliche Aufsicht weitgehend lahmgelegt. Und gleichzeitig haben die Bundesländer die Gewerbeaufsicht ausgedünnt, die eigentlich für Arbeitssicherheit und gesunde Arbeitsplätze sorgen und Berufskrankheiten verhindern soll. Im Sommer 2020 hat die massenhafte Corona-Infektion von

ten, seit einiger Zeit eine Berufsunfähigkeitsversicherung an. Dachdecker z.B. können sich dort für 135,85 Euro pro Monat versichern, Eltern ihre Kinder schon ab dem Alter von 10 Jahren

„Die ‚Riester-Rente‘ stagniert seit 2013 bei den Neuabschlüssen. Weil ein Viertel der eingezahlten Gelder von den Anbietern kassiert wird.“

für 33 Euro pro Monat. Ich beurteile das als geschäftemacherische Anpassung an eine menschenrechtswidrige, pervers gewordene Arbeitswelt.

Was bringen die Betriebsrenten?

Da gibt es zwei verschiedene Systeme: die Betriebsrente des öffentlichen Dienstes und die der privaten Unternehmen. Bei der Betriebsrente privater Unternehmen zahlen diese freiwillig für ihre Beschäftigten einen Beitrag in einen von einem Versicherungsunternehmen angebotenen Rentenvertrag ein. Im Wesentlichen machen das große Unternehmen. Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) wollte dies auch für kleinere Unternehmen und Geringverdiener attraktiv machen – die Unternehmer-Lobby aus CDU/CSU und FDP war dagegen. Deshalb erweist sich das „Betriebsrentenstärkungsgesetz“ von 2017 als Desaster. Denn erstens muss in jedem Unternehmen dazu

leren und kleineren Betrieben gibt es keine Betriebsrente. Und für die befristet und Teil-Beschäftigten, Leih-, Werkvertrags- und migrantischen Beschäftigten spielen Betriebsrenten keine Rolle, ebenso für Crowdworker und Scheinselbstständige, die in Subunternehmerketten arbeiten und mit der Digitalisierung von Plattformkonzernen Aufträge erhalten – z.B. Uber, Lieferando, WeWork, Flaschenpost, Gorillas und Flink.

Wie sieht es mit der Betriebsrente für die öffentlich Beschäftigten aus?

Ein bisschen besser. Im öffentlichen Dienst – und auch in den Großkirchen – gibt es ja aus monarchischen Zeiten die scharfe Trennung zwischen den privilegierten Beamten auf der einen Seite sowie Arbeitern und Angestellten auf der anderen. Beamte sind praktisch unkündbar, verdienen viel mehr, müssen nichts für ihre Rente einzahlen und bekom-

men trotzdem eine, die sich am letzten Nettoeinkommen orientiert. Arbeiter und Angestellte verdienen viel weniger und müssen zudem Beiträge

sehr viel höheres Alterseinkommen. Zudem erhalten sie während ihres Arbeitslebens und während der Pension staatliche Beihilfen zu den Gesund-

Eine Witwe eines Beamten bekommt im Durchschnitt 1.750 Euro, die Witwe eines gesetzlich Versicherten in Westdeutschland 671 Euro und in Ostdeutschland 616 Euro.

Was kriegen denn die Chefs großer Konzerne?

Auch die Spitzenmanager brauchen für ihre Altersversorgung nichts einzahlen, erhalten aber trotzdem eine sehr hohe. Spitzenreiter ist Ex-Daimler-Chef Zetsche mit 210.000 Euro pro Monat. Ihm folgen die Ex-Chefs von BASF, Deutsche Post, HeidelbergCement, E.ON und VW mit etwa 100.000 Euro. Ihre Gesamteinkommen sind aber noch viel höher, weil sie Beraterverträge und Aktien oder andere lukrative Geldanlagen haben.

Und die Abgeordneten?

Die Abgeordneten des Bundestages zahlen wie Beamte und Spitzenmanager nichts für ihre Altersversorgung ein, erwerben aber pro Jahr einen Rentenanspruch von 250 Euro. Mit Renteneintritt können das dann 65,5 % ihrer Abgeordneten-Einkommen sein: 6.500 Euro pro Monat. Bei den Europa-Abgeordneten ist es noch üppiger. Schon nach einem

„Der Staat fördert die ‚Riester-Rente‘ steuerlich, erleidet also Haushaltseinbußen und kann deshalb die staatliche Rente immer weniger stützen.“

ins staatliche Rentensystem einzahlen. Um diese Ungerechtigkeit zumindest ein bisschen auszugleichen, richteten der Staat, staatliche Institute, aber auch die Großkirchen eine Zusatzversorgung ein. Die staatliche Rente wurde auf etwa 92 % des letzten Nettoeinkommens aufgestockt – doch dann unter der rot-grünen Re-

heitskosten. 2.793 Euro sind aber nur der Durchschnitt. Beamte im höheren Dienst erhalten 4.870 Euro, Oberstudiendirektoren 5.072 Euro, Ministerialdirigenten und -direktoren 6.600 bzw. 7.800 Euro, Staatssekretäre, Generäle und Bischöfe 9.500 Euro – Zahlen noch aus dem Jahre 2016. Zum Vergleich: Selbst die bestbe-

„BlackRock & Co. sorgen als führende Eigentümer der wichtigsten Unternehmen dafür, dass die Arbeitseinkommen und Renten der Beschäftigten sinken.“

zahlung Schröder wieder gekürzt. Seither müssen Arbeiter und Angestellte 1,71 % ihres Bruttoeinkommens einzahlen. Die Aufstockung der Rente hängt von den Arbeitsjahren ab. Die höchstmögliche Aufstockung beträgt 84 % des letzten Nettoeinkommens. Gegenwärtig beträgt diese Zusatzrente im Durchschnitt 289 Euro pro Monat. Zusammen mit der Nettorente von durchschnittlich 861 Euro ergibt das 1.150 Euro. Das ist nur knapp über der Armutsgrenze von 1.074 Euro.

Wie sieht es mit den Pensionen der Beamten aus?

Die müssen keine Beiträge aus ihren Arbeitseinkommen bezahlen. Und gegenwärtig betragen ihre Pensionen im Durchschnitt 2.793 Euro pro Monat, also mehr als das Doppelte der privat und öffentlich Beschäftigten. Da Beamte auch länger leben, erhalten sie insgesamt ein nochmals



Foto: roman023/iStock.com

Jahr können sie einen „Goldenen Fallschirm“ kriegen. Und wenn sie durchhalten, können sie schon im Alter von 63 Jahren mit 70 % ihres Abgeordneten-Einkommens in Pension gehen: mit etwa 6.000 Euro. Und immer bekommen sie Beihilfen für ihre Gesundheitskosten dazu. Die Abgeordneten der Landesparlamente sind nicht ganz so üppig ausgestat-

et, aber auch sie gehören nicht zum gesetzlichen Rentensystem und sind ungleich besser gestellt als Normalverdiener.

„So haben gerade diejenigen, die am nötigsten ihre Renten aufbessern müssten, nicht das Geld, um ETF zu kaufen.“

et, aber auch sie gehören nicht zum gesetzlichen Rentensystem und sind ungleich besser gestellt als Normalverdiener.

Wie sieht es bei den Freiberuflern und Selbstständigen aus?

Wirtschaftsprüfer, Notare, Anwälte, Ärzte, Apotheker, Architekten, Ingenieure, Unternehmens- und Steuerberater, Therapeuten, zusammen etwa 1 Mio. meist gut Verdienende, zahlen in private berufsständische Versorgungswerke ein. Sie könnten sich gesetzlich versichern, und einige machen das, aber sie sind von dieser Pflicht befreit. Wer in Westdeutschland mehr als 7.100 Euro und in Ostdeutschland mehr als 6.700 Euro pro Monat verdient, ist von der gesetzlichen Rentenversicherung befreit. Versicherungen und Fondsverwalter wie AXA, Allianz und PIMCO bieten für diese Besserverdiener „renditestarke Sicherungsvermögen“ an, die z. B. in Luxushotels angelegt werden. Da wird das Prinzip „Kapitaldeckung“ mit dem Prinzip „Umlage“ kombiniert, weshalb auch die Versorgungswerke ständig neue Mitglieder brauchen. Die Höhe der Rente kann schwanken, im Durchschnitt beträgt sie aktuell etwa 2.000 Euro pro Monat. Auch hier sind im Alter zusätzliche Einkommen aus

Aktien, Immobilien und anderen Vermögensanlagen verbreitet.

Das ist ein sogenannter „Indexfonds“: Man kauft damit nicht die Aktie eines bestimmten Unterneh-

mens, sondern einen Anteil an allen Unternehmen eines Index. Einen Index bilden z. B. die 500 führenden US-Aktiengesellschaften im S&P 500 an der New Yorker Börse oder die 30 bzw. jetzt 40 führenden Aktiengesellschaften Deutschlands im DAX an der Frankfurter Börse. Dabei wird als Vorteil versprochen, dass das Risiko gestreut ist. Wenn etwa die Aktie der Deutschen Bank oder von Siemens im Wert fallen sollte, wirkt sich das im Gesamtwert aller Aktien kaum aus und der Verlust ist nur gering. Weil der Verwaltungsaufwand für ETF aufgrund der fast vollkommenen Digitalisierung nur minimal ist, fallen für die Käufer auch nur Gebühren von 0,2 % an, während die traditionelle

„Lobbyisten wie Friedrich Merz (CDU) werben in Deutschland dafür, dass die Menschen für die Altersvorsorge und überhaupt mehr Aktien kaufen.“

Vermögensverwaltung mehr als 2 % kostet. Für BlackRock verkauft dessen Tochtergesellschaft iShares die ETF in großen Paketen an Versicherungen, Banken, Sparkassen und Vermögensverwalter. Und die verkaufen sie dann in kleinen Teilen an ihre Endkunden.

Was ist daran schlecht?

BUCHTIPPS

Werner Rügemer
BlackRock & Co. enteignen!
Auf den Spuren einer unbekannteren Weltmacht
Nomen, August 2021
176 Seiten, 12,00 Euro
978-3-939816-82-9



Werner Rügemer
Imperium EU
ArbeitsUnrecht, Krise, neue Gegenwehr
PapyRossa, November 2020
319 Seiten, 19,90 Euro
978-3-89438-726-6



Werner Rügemer
Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts
Gemeinverständlicher Abriss zum Aufstieg der neuen Finanzakteure
PapyRossa, September 2018
357 Seiten, 19,90 Euro
978-3-89438-675-7



Die ETF können zwar zeitlich begrenzt sicher sein, nämlich in Phasen des allgemeinen oder jedenfalls durchschnittlichen Aufstiegs der börsennotierten Aktien. Aber es gibt keine Sicherheit, dass die Gesamt-

Aktienwerte und damit die ETF-Werte dauerhaft ansteigen. Das Hauptproblem ist aber: BlackRock & Co. sorgen als führende Eigentümer der wichtigsten Unternehmen wie Amazon, Deutsche Post, Bayer mithilfe von Entlassungen, Leiharbeit und Auslagerungen gleichzeitig dafür,

dass die Arbeitseinkommen und die Renten der abhängig Beschäftigten sinken. So haben also gerade diejenigen, die am nötigsten ihre Renten aufbessern müssten, nicht das Geld, um ETF zu kaufen. Deshalb sind es die Besserverdiener wie Ärzte, Anwälte, Architekten und Apotheker, die über ihre Versorgungswerke die meisten ETF kaufen.

Dient die Kopplung der Rente an Aktienkurse auch dazu, in der Bevölkerung eine „wirtschaftsfreundliche“ Grundhaltung zu erzeugen?

Ja, wobei „wirtschaftsfreundlich“ schon eine Verschleierung darstellt: „Wirtschaft“ heißt in diesem Fall: BlackRock, Vanguard und State Street, die „Big Three“ der Kapitalorganisatoren der Superreichen,

die auch vier Fünftel des ETF-Marktes beherrschen. Und Lobbyisten wie Friedrich Merz (CDU) werben in Deutschland dafür, dass die Menschen nicht nur für die Altersvorsorge, sondern überhaupt mehr Aktien

Wohnen ist ein Menschenrecht. Bei einer gerechten Verteilung muss das Renten-Eintrittsalter nicht auf 70 Jahre erhöht werden. Es könnte und sollte stattdessen auf 60 Jahre gesenkt werden! Dann kann die Rentenzeit als

„Die Menschen sollen nicht dafür kämpfen, dass ihr Arbeitseinkommen steigt, sondern stattdessen darauf hoffen, dass die Aktienkurse steigen.“

kaufen. Die Menschen sollen nicht dafür kämpfen, dass ihr Arbeitseinkommen steigt, sondern stattdessen darauf hoffen, dass die Aktienkurse steigen. Sie sollen sich nicht organisieren, nicht protestieren und nicht streiken, sondern gebannt auf die Börsennachrichten glotzen.

Wie sollte unser Rentensystem reformiert werden?

Nach der bisherigen Logik wird das Renten-Eintrittsalter immer weiter hinausgeschoben – auf 68 Jahre, 70 Jahre und noch weiter –, während

eine neue kreative Lebensphase gestaltet werden. Bekanntlich gibt es in anderen Staaten wie der Schweiz und Österreich schon bessere Lösungen. Die Sonderregelungen für Besserverdiener und Selbstständige, aber auch für Beamte und Abgeordnete müssen abgeschafft werden. Ziel: Ein gemeinsames Rentensystem für alle Erwerbstätigen, wie es ansatzweise etwa in der Schweiz und Österreich schon besteht. Versicherungsfremde Leistungen müssen aus dem allgemeinen Haushalt, nicht aus der Ren-

„Bei gerechter Verteilung muss das Renten-Eintrittsalter nicht auf 70 Jahre erhöht werden.

Es könnte und sollte auf 60 Jahre gesenkt werden!“

gleichzeitig die Arbeitseinkommen für die Mehrheit weiter abgesenkt werden. So ähnlich läuft es übrigens in der ganzen EU, noch viel schlimmer in den USA. Die wichtigste Maßnahme besteht deshalb darin, die Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten erheblich zu erhöhen, an die Produktivität anzubinden und die Arbeitszeiten gerecht zu verteilen. Die Arbeitseinkommen müssen, so heißt es in den Universellen Menschenrechten, ein menschenwürdiges Leben für die ganze Familie ermöglichen, einschließlich Bildung, Kultur, Gesundheit und sozialer Teilhabe. Auch bezahlbares und sicheres

tenkasse bezahlt werden. Die großen Finanz- und Versicherungskonzerne, die Besser- und Bestverdiener sowie die Unternehmerparteien fördern die soziale Zersplitterung und Unübersichtlichkeit – auch bei den Renten. Dagegen muss die große Mehrheit der inzwischen vielfältig Benachteiligten sich endlich eine Übersicht verschaffen und für gleiche Rechte und soziale Gerechtigkeit kämpfen – bei den Arbeitsverhältnissen, bei der Bildung, bei der Gesundheitsversorgung, beim Wohnen und eben auch bei der Rente.

Herr Dr. Rügemer, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Eltern kontra Kinderlose

Woran krankt unsere gesetzliche Rentenversicherung?

Die „vertikale“ Ungerechtigkeit unseres gesetzlichen Rentensystems führt dazu, dass dessen „horizontale“ Ungerechtigkeit kaum wahrgenommen, kritisiert und diskutiert wird: die Vermögensumverteilung von den Eltern zu den Kinderlosen. Die ist durchaus eklatant und führt oft zur Verarmung. Der Konstruktionsfehler ist dringend zu beheben.

von Dr. Johannes Resch

In der Diskussion um unser Rentensystem ging immer mehr das Bewusstsein dafür verloren, was eigentlich der Beitrag für den gewünschten Rentenanspruch ist. Das hängt mit dem Übergang von der Kapitaldeckung zum Umlageverfahren zusammen, weil nicht beachtet wurde, dass in beiden Systemen dem Begriff „Beitrag“ eine völlig unterschiedliche Bedeutung zukommt.

Kapitaldeckungsverfahren: auf Wohlhabende zugeschnitten

Das Kapitaldeckungsverfahren ist übersichtlich. Es besteht eine klare Beziehung zwischen eingezahlten Geldbeträgen und der später ausgezahlten Rente. Eine Umverteilung zwischen den Einzahlern findet nur aufgrund der Dauer des Rentenbe-

erhält dagegen mehr. Das ist aber ein gewollter Versicherungseffekt, um das Risiko „Rentenalter“ auszugleichen. Wer lange lebt, soll nicht deshalb verarmen. Dieser Effekt ist nicht ungerecht, sondern der Ausgleich eines unterschiedlichen Risikos, was eigentliche Absicht einer Versicherung ist.

Der Nachteil der Kapitalversicherung ist, dass sie auf Wohlhabende zugeschnitten ist, die über genügend Kapital verfügen. Wer durchschnittlich oder weniger verdient, könnte sich keine Kinder leisten oder müsste sie vernachlässigen, wenn er eine zufriedenstellende Rente ansparen wollte. Solange es keine gesetzliche Rente gab, wurde daher diese Art der Versicherung fast nur von sehr Wohlhabenden oder eben von kinderlosen Erwerbstätigen beschränkt. Durch-

Im Umlageverfahren gibt es keinen angesparten Kapitalstock. Er wird durch die Kinder ersetzt. An die Stelle von Geldkapital tritt das „Humankapital“.

zugs, also in der Regel aufgrund des Lebensalters, statt. Wer kurz nach der Berentung stirbt, erhält viel weniger Rente, als er eingezahlt hat. Wer überdurchschnittlich alt wird,

schnittlich oder unterdurchschnittlich verdienende Eltern hatten sich darauf zu verlassen, im Alter und bei Krankheit von ihren erwachsen gewordenen Kindern versorgt zu werden.

Umlageverfahren: „Humankapital“ statt Geldkapital

Beim Umlageverfahren können von vornherein alle Erwerbstätigen einbezogen werden, weil die Zahlung der eigenen Renten auf die nächste Generation verschoben und damit die Gegenwart nicht belastet wird. Die laufenden Rentenbeiträge entsprechen dagegen dem Aufwand, den die Erwerbstätigen früher zum Unterhalt der eigenen alten oder kranken Eltern aufzubringen hatten. Das Umlageverfahren ähnelt also den früheren Verhältnissen in einer intakten Familie: Eltern sorgen für ihre Kinder. Und als Erwerbstätige sorgen die dann später für ihre alten Eltern.

Im Umlageverfahren haben die eingezahlten Beiträge keine echte Beziehung mehr zur späteren Rente der Einzahler, denn sie werden vollständig zur Auszahlung der laufenden Renten verwendet. Sie stehen daher zur Finanzierung der Rente der Einzahler nicht mehr zur Verfügung. Diese Rentenbeiträge haben damit eine völlig andere Funktion als beim Kapitaldeckungsverfahren. Sie finanzieren nicht die Renten der Beitragszahler, sondern die Renten der vorangegangenen Generation – aber eben nicht nur der Eltern, sondern aller früher Erwerbstätigen.

ONLINETIPPS

Interview mit Werner Rügemer
BlackRock & Co. enteignen!
Telepolis, 30.09.2021
www.heise.de/-6203954

Werner Rügemer
Eine Bilanz der Ära Merkel – Teil zwei
NachDenkSeiten, 15.07.2021
www.nachdenkseiten.de/?p=74289

Werner Rügemer
Arbeits-Armut, Renten-Armut: Bisheriger Höchststand in Deutschland
NachDenkSeiten, 12.07.2021
www.nachdenkseiten.de/?p=74156

Werner Rügemer
BlackRock und private „Europa-Rente“
NachDenkSeiten, 18.06.2021
www.nachdenkseiten.de/?p=73481

Interview mit Werner Rügemer
„Der größte Mitorganisator von globaler Steuerflucht“
ÖkologiePolitik 185, 28.03.2021
www.t1p.de/jfpw

Obwohl die eingezahlten Beiträge also in Wirklichkeit nichts zur eigenen Rente beitragen, wurden und werden sie dennoch zur Grundlage des Rentenanspruchs gemacht. Damit wird eine Beziehung vorgetäuscht, wie sie nur beim Kapitaldeckungsverfahren besteht. Dies wurde vom Sozialwissenschaftler Oswald von Nell-Breuning schon vor Jahrzehnten als „Denkfehler“ bezeichnet. Die meisten Erwerbstätigen betrachten ihre „Beiträge“ so, als würden sie im Rahmen einer Kapitalversicherung angespart und später wieder ausgezahlt. Sie betrachten ihre Rente irrtümlicherweise als durch diese Beiträge „selbst verdient“.

Der Kern des Umlageverfahrens besteht damit darin, dass mit den eigenen Geldbeiträgen die Verpflichtung gegenüber der Elterngeneration abgegolten wird. Zur eigenen Rente wird damit nichts beigetragen. Es gibt keinen angesparten Kapitalstock. Er wird vielmehr durch die Kinder ersetzt. An die Stelle von Geldkapital tritt das „Humankapital“. Das „Humankapital“ muss aber ähnlich wie Geldkapital durch Verzicht „angespart“ werden. Verzicht müssen jedoch vor allem die Eltern.

Am Umlageverfahren wäre nichts auszusetzen, wenn die tatsächlichen Beiträge zur Finanzierung des „Humankapitals“ dem Rentenanspruch an die Kinder entspräche, wie es früher in der Familie der Fall war: je mehr Kinder, desto größer die soziale Sicherheit. Aber leider ist das nicht der Fall.

Betrug gegenüber Eltern und nachwachsender Generation

Heute werden die Unterhaltskosten der Kinder zu etwa zwei Dritteln von den Eltern und zu einem Drittel von der Allgemeinheit getragen. Der „Ertrag“ des „Humankapitals“ in Form der Rente kommt jedoch den erwerbstätigen Eltern weniger zugute

als den erwerbstätigen Nicht-Eltern, weil der Rentenanspruch nicht an die Kinderkosten, sondern vor allem an die Erwerbsarbeit gebunden wurde.

Das führt zu einer gewaltigen Umverteilung zulasten der Eltern. Denn die erarbeiten durch Kinder-

Das „Humankapital“ muss aber ähnlich wie Geldkapital durch Verzicht „angespart“ werden. Verzichten müssen jedoch vor allem die Eltern.

erziehung die gesamte Rentenlast – auch für diejenigen, die keine Kinder haben. Doch ihnen selbst werden in der Regel sogar geringere Rentenansprüche zugestanden, weil sie aufgrund der für die Kindererziehung notwendigen Zeit weniger erwerbstätig sein können. Die Eltern werden durch die gesetzliche Rentenversicherung geradezu enteignet. Das führt zu einer fortschreitenden relativen Verarmung der Familien in einer sonst immer reicher werdenden Gesellschaft.

Es ist auch naheliegend, dass hier die Hauptursache für die gleichzeitige schrittweise Veränderung aller familienbezogenen Wertvorstellungen liegt, die nicht zuletzt zum mas-

Die Unterhaltskosten der Kinder werden heute zu etwa zwei Dritteln von den Eltern und zu einem Drittel von der Allgemeinheit getragen.

siven Geburtendefizit geführt hat. Die „Pille“ hat hier sicher beschleunigend gewirkt, ist aber wohl nicht die wichtigste Ursache. Denn neben der Geburtenzahl hat sich auch der Kinderwunsch vermindert. Gewünschte Kinder aber werden durch die „Pille“ nicht verhindert, nur die sowieso nicht gewünschten Kinder.

Das Geburtendefizit untergräbt nun wiederum das gesetzliche Ren-

tensystem weiter, weil die nachwachsende Generation die relativ steigende Alterslast immer schwerer tragen kann. So besteht neben der Enteignung der Eltern auch eine Überforderung und Enteignung der nachwachsenden Generation, von der mehr

zurückgefordert wird, als in sie investiert wurde. Unter moralischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist sowohl die Enteignung der Eltern als auch die Enteignung der nachwachsenden Generation nur als Betrug zu werten.

Strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien

Der Konstruktionsfehler ist in der Vergangenheit von fachkundiger Seite durchaus festgestellt worden. So spricht z.B. der 1994 erstellte 5. Familienbericht von einer „strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft gegenüber Familien“ und begründet dies mit der Umvertei-

lung zulasten von Eltern und Kindern durch unser Sozialsystem, besonders durch unser Rentensystem.

In den folgenden, 2006, 2012 und 2021 erschienenen Familienberichten wurde dann allerdings nicht mehr die Frage gestellt, ob eine Besserung erreicht worden sei. Vielmehr waren von der Bundesregierung jeweils solche Wissenschaftler beauftragt worden, die von vornherein die

subjektive Sicht der Regierung übernahmen und die tatsächliche Enteignung von Eltern und Kindern einfach ignorierten.

Sogar das Bundesverfassungsgericht stellte eine Enteignung der Eltern fest und verwies ausdrücklich darauf, dass die verschiedenen Leistungen im Rahmen des Familienlastenausgleichs – Erziehungsgeld, Kindergeld, Kinderfreibetrag, Ausbildungsförderung – die Einbußen, die Eltern gegenüber Kinderlosen insgesamt erleiden, nicht wettmachen.

Familienfremde Ideologien als Träger der Familienpolitik

Trotz der Feststellungen von wissenschaftlicher und juristischer Seite orientiert sich die deutsche Familienpolitik seit Jahrzehnten mehr an wirklichkeitsfremden Ideologien als an den Forderungen des Grundgesetzes nach dem Schutz der Familie. Allerdings ist es zu kurz gedacht, dafür nur linke Sichtweisen verantwortlich zu machen. Karl Marx wollte die Kindererziehung „vergesellschaften“, allerdings gab es zu seiner Zeit weder eine Enteignung der Eltern noch der Kinder. Vielmehr kam die Erziehungsleistung wirtschaftlich den Eltern selbst zugute, weil sie sich innerhalb der Familie auszahlte. Kinder waren nur ihren Eltern verpflichtet, Erwerbstätige ohne Kinder mussten durch Ansparen von Kapital für sich selbst vorsorgen.

Neben linken Ideologien ist es heute vor allem die Profitideologie der Wirtschaft, die dem Irrtum unterliegt, die Kindererziehung sei keine wertschöpfende Arbeit, weil sie keinen raschen Profit abwirft. So wird die Erziehungsarbeit der Eltern von beiden Seiten gering geschätzt und ignoriert. Beide Denkweisen orientieren sich an arbeitsmarktpolitischen Zielen. Elternrechte und die Entwicklung der Kinder bleiben unbeachtet.

„Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist keine Lösung

Allerdings wird die zunehmende relative Verarmung der Familien als solche auch von Linken und Wirtschaftsführern erkannt. Aber sie sehen die Lösung nicht in einer An-

immer noch erhebliche Mehrarbeit. Das vermeintlich erlösende Mantra „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist nichts anderes als eine Sonderbelastung für Eltern, denn wer keine Kinder hat, dem wird keine „Vereinbarkeit“ abverlangt. Diese Sonderbelastung zwingt Elternschaft



erkennung und Aufwertung der elterlichen Erziehungsarbeit, sondern in einer zunehmenden Verstaatlichung der Kinderbetreuung durch Kinder-

immer mehr zur Fronarbeit für die Gesamtgesellschaft und macht Elternschaft mehr und mehr zu einem abschreckenden Hamsterrad.

Der „Ertrag“ des „Humankapitals“ kommt Eltern weniger zugute als Nicht-Eltern, weil der Rentenanspruch an die Erwerbsarbeit gebunden wurde.

rippen, Ganztagskindergärten und Ganztagschulen, um alle Eltern für eine möglichst volle Erwerbsarbeit freizustellen.

Im Ergebnis mag das tatsächlich zu einer Entlastung der Eltern beitragen. Aber zum einen kann das immer nur unvollständig sein, denn Kinder müssen auch am Abend, nachts, am Wochenende und im Urlaub betreut werden. Es verbleibt also den Eltern

Zum anderen fördert diese Politik die Entfremdung zwischen Kindern und Eltern, weil Eltern weniger Zeit und Mühe finden, sich mit ihren Kindern zu beschäftigen. Dabei zeigen seriöse Studien, dass die Risiken für soziale Fehlentwicklungen steigen, je früher und je länger U3-Kinder fremd betreut wurden. Die daraus folgenden sozialen und gesundheitlichen Probleme führen darüber hinaus zu

erheblichen Kosten, mit denen später Schäden korrigiert werden sollen, die aber nicht mehr zu beheben sind. Die politisch erzeugte zeitliche und finanzielle Spannung in den Familien ist eine zentrale Ursache von Streit zwischen den Eltern und oft auch mit

Frauen geringer schätzten als die eigene Erwerbsarbeit. Solange diese Minderbewertung nur innerhalb der Familie erfolgte, aber deren „Ertrag“ ebenfalls in der Familie verblieb, konnte das nicht zu einer relativen Verarmung der Familien in der Ge-

ler Bewertung einerseits und ideellen Auswirkungen andererseits. Von dieser Seite wird Familie nach wie vor als überwiegend ideale Angelegenheit betrachtet, für die die wirtschaftlichen Verhältnisse wenig Bedeutung haben – eine folgenschwere Fehleinschätzung. Andererseits ist den oben genannten familienfremden Ideologien dieser Zusammenhang sehr bewusst und wird zur Propagierung ihrer Auffassungen genutzt. Ihnen steht also nur eine konservative Ideologie gegenüber, die noch gar nicht begriffen hat, wie sich Wertvorstellungen am „goldenen Zügel“ manipulieren lassen.

Kann ein Umlagesystem gerecht funktionieren?

Ein Umlagesystem zwischen den Generationen bei der Alterssicherung lässt sich nur dann rechtfertigen,

würde aber allein nicht weiterführen, weil die Enteignung von Eltern und Kindern unverändert bliebe.

Zusatzversicherungen für einzelne Gruppen wie Beamte oder Selbstständige könnten freilich durchaus daneben bestehen. Aber eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung ist vordringlich. So kann etwa von den Freiberuflern nicht erwartet werden, dass sie ihre eigenen, immerhin noch besser funktionierenden Alterssicherungssysteme aufgeben, solange die gesetzliche Rentenversicherung keine seriöse Grundlage hat.

Elternrechte müssen wiederhergestellt werden

Allerdings darf eine gemeinschaftliche Finanzierung der Kinderkosten (Sach- und Betreuungskosten) nicht zu einer Einschränkung der verfassungsrechtlich den Eltern zustehenden Wahlfreiheit bei der Kindererziehung führen. Die gemeinschaftliche Finanzierung der Kinderkosten folgt aus der gemeinschaftlichen Finanzierung der Renten, also der Alterskosten. Aber ebenso wenig, wie der Gesetzgeber über die Verwendung der Renten bestimmen darf, darf er das bei der Verwendung der Kinderkosten.

Das Mantra „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist eine Sonderbelastung, die Elternschaft zu einem abschreckenden Hamsterrad macht.

Ein sachgerechtes Umlagesystem zugunsten der Eltern darf nicht an eine bestimmte Betreuungsform gebunden werden, wie das heute durch die einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung geschieht. Vielmehr ist den Eltern ein Betrag in Höhe der Kosten eines Krippenplatzes auszuhandigen. Erst dann können sie wirklich frei entscheiden, ob sie damit die

Eigenbetreuung oder eine Fremdbetreuung ihrer Wahl, also auch z. B. einen Krippenplatz, finanzieren wollen. Was würden wohl die Rentner

verfahrens zwischen den Generationen können nur die Kinderkosten als echter Beitrag für die eigene Rente gelten, weil die Renten durch das

Seriöse Studien zeigen, dass die Risiken für soziale Fehlentwicklungen steigen, je früher und je länger U3-Kinder fremd betreut wurden.

sagen, wenn ihre Rente erst gezahlt würde, wenn sie sich in einem Altersheim betreuen ließen?

Aktuelle Lösungsvorschläge der Rentenkommission

Um Lösungsvorschläge für eine Reform der gesetzlichen Rentenversicherung zu erarbeiten, wurde vor einigen Jahren eine Rentenkommission beauftragt, die im Frühjahr 2020 ihre Vorschläge vorlegte. Danach sollen die Renten ab 2025 abgesenkt und die Beiträge erhöht werden, um dem Ungleichgewicht zwischen Beitragszahlern und Rentnern wieder gerecht zu werden. Der hier beschriebene Konstruktionsfehler der gesetzlichen Rentenversicherung wurde dabei gar nicht angesprochen. Die Vorschläge würden also dazu führen, dass ein von Grund auf fehlerhaftes System fortgeschrieben wird, was eher zu

„Humankapital“ finanziert werden. Wer keine Kinder hat – gleich aus welchem Grund –, muss sich dann an den Kinderkosten beteiligen oder eine eigene Rente ansparen, wie das im Rahmen einer Kapitalversicherung möglich ist.

Freilich lassen sich beide Wege auch kombinieren. So ist vorstellbar, lediglich eine Grundversorgung für Kinder und für Rentner gemeinsam zu finanzieren. Dann hätten Eltern aufgrund ihrer höheren Kinderkosten einen zusätzlichen Anspruch auf eine Elternrente. „Nur-Erwerbstätige“ hätten dann den ergänzenden Rentenanteil über eine Kapitalversicherung selbst zu finanzieren, was ihnen wegen der geringeren Kinderkosten auch zumutbar wäre. Ziel muss sein, in jedem Fall eine klare Beziehung zwischen echtem Beitrag und Anspruch wiederherzustellen. ■

Eltern werden durch das Rentensystem geradezu enteignet. Das führt zur fortschreitenden Verarmung der Familien und zum Geburtendefizit.

den Kindern. Das fördert auch viele Trennungen und Scheidungen mit all den bekannten Folgeproblemen.

Eine Korrektur der Benachteiligung von Eltern und Kindern wird heute durch die politisch herrschenden Ideologien von Linken und Wirtschaftslobby verbaut. Beide propagieren eine Überbewertung der Erwerbsarbeit gegenüber der elterlichen Erziehungsarbeit. Die elterliche Erziehungsarbeit, die für die nachhaltige Funktion einer Gesellschaft genauso wichtig ist wie die Erwerbsarbeit, findet so keine einflussreichen Fürsprecher.

Falscher Feminismus verhindert Gleichberechtigung

Diese heute politisch vorherrschenden Ideologien behaupten, für eine Gleichberechtigung der Geschlechter einzutreten. Die Überbewertung der Erwerbsarbeit gegenüber der nach wie vor überwiegend von Frauen geleisteten familiären Arbeit verfestigt aber die Diskriminierung von Frauen weiter. Alle diesbezüglichen Untersuchungen zeigen, dass Mütter schon aus biologischen Gründen und aufgrund ihrer eigenen Motivation meist stärker dazu tendieren, die Erziehungsarbeit zu übernehmen als die Väter.

Sicher gab es früher schon Männer, die die Erziehungsarbeit ihrer

sellschaft führen. Erst die massive Abwertung der Erziehungsarbeit durch den Gesetzgeber, wie sie besonders bei der Rentenreform 1957 erfolgte, hat zur Verarmung und gesellschaftlichen Abwertung der Familien auf breiter Ebene geführt.

Aber selbst wenn die Erziehungsarbeit auf Mütter und Väter gleich

Den Eltern werden in der Regel geringere Rentenanprüche zugestanden, weil sie aufgrund der Kindererziehung weniger erwerbstätig sein können.

verteilt würde, bliebe das eigentliche Problem, nämlich die Sonderbelastung der Eltern, unverändert bestehen. Wenn die Erziehungsarbeit der Eltern zu einer Rente für alle Erwerbstätigen führen soll, kann eine Lösung nur darin bestehen, dass sich zuvor auch alle Erwerbstätigen angemessen an den Erziehungskosten der Kinder beteiligen.

Konservative missachten Existenzgrundlagen der Familie

Eigentlich sollte erwartet werden, dass konservative Politiker oder auch die Kirchen zur Fehlbewertung der elterlichen Erziehungsarbeit Stellung beziehen. Aber leider besteht hier ein weitgehendes Unverständnis für den Zusammenhang zwischen finanziel-

wenn es dabei auch ein Umlagesystem für die Kinderkosten gibt, bei dem sich alle Erwerbstätigen an den Kosten der Kindererziehung beteiligen. Wenn die gesetzliche Rente Armut im Alter verhindern soll, dann muss eine gesetzliche Kindersicherung eine Verarmung durch Elternschaft verhindern. Das ist eine Beziehung wie zwischen Arbeit und Lohn oder zwischen Ware und Preis.

Da die Kinder von Arbeitern, Beamten und Selbstständigen nicht unbedingt wieder Arbeiter, Beamte oder Selbstständige werden, kann ein Umlagesystem zwischen den Generationen nur dann sachgerecht sein, wenn alle Erwerbsgruppen einbezogen werden. Die Einbeziehung von Beamten und Selbstständigen ins bestehende System ist also erforderlich,

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als leitender Arzt eines Versorgungsamtes.

Von 2008 bis 2010 war er Sprecher der Bundesprogrammkommission der ÖDP. Zurzeit ist er unter anderem Vorsitzender ihres Bundesarbeitskreises „Familie, Soziales und Gesundheit“.

www.johannes-resch.de



Eckpfeiler des neuen ÖDP-Rentenkonzepts

Die g.u.t.e. Rente: gerecht, unbürokratisch, transparent, existenzsichernd

Der ÖDP-Bundesvorstand beauftragte die Bundesprogrammkommission, das deutsche Rentensystem zu untersuchen und Lösungskonzepte für ein besseres Rentensystem zu entwickeln. Diese Aufgabe ist zwar noch lange nicht abgeschlossen, hier aber schon mal ein noch grober Entwurf, der aufzeigt, in welche Richtung es gehen sollte.

von Kurt Rieder

Bevor mit dem Konzept und den Detailfragen begonnen wird, sind die Ziele zu definieren, die erreicht werden sollen. Die Anfangsfrage lautet: Durch welche Eigenschaften soll sich das künftige Rentensystem auszeichnen – und vom aktuellen Rentensystem unterscheiden? Antwort: Es soll gerecht, unbürokratisch, transparent und existenzsichernd sein.

Eigenschaft 1: gerecht

Gerecht soll das neue Rentensystem sein, damit nicht nur eine einfalllose und ungerechte Einheitsrente für jeden dabei herkommt. Die Lebensarbeitsleistung eines jeden Menschen soll als fester Bestandteil berücksichtigt werden und damit gewährleistet sein, dass ein gerechtes Rentenabstandsgebot zwischen Rentengrundpauschale und selbst erwirtschafteter Arbeitsrente gewahrt bleibt. Ein wichtiges Anliegen ist hierbei, dass nicht nur abhängige oder selbstständige Beschäftigten als Arbeitsleistung für die Rente berücksichtigt werden. Insbesondere die vielen Menschen, die Tag für Tag die gesellschaftlich so wichtigen Erziehungs- und Pflegearbeiten in der Familie, im sozialen Umfeld und im

Ehrenamt leisten und denen bislang eine adäquate finanzielle Anerkennung ihrer Tätigkeiten versagt und in Bezug auf ihre zukünftige Rente nicht oder nur marginal anerkannt wurde,

sollen in das neue System gleichberechtigt einbezogen werden. Eine solide Stützung durch private Pflege von Angehörigen und Nachbarn bedarf einer vollumfänglich und nachhaltig gesicherten finanziellen Absicherung der Pflegenden.

Eigenschaft 2: unbürokratisch und transparent

Unbürokratisch und transparent soll das neue Rentensystem sein, weil bei der Vielzahl an Zuständigkeiten und Bedingungen zur Gewährung diverser gesetzlich geregelter und staatlicher Renten und Altersgrundversicherungen, betrieblicher Absicherungsmöglichkeiten und privater Vorsorgevarianten ein unüberschaubares Dickicht an grundsätzlich zur Verfügung stehenden Förderstrukturen überwunden werden muss. Ein Wirrwarr, welches kaum ein Ex-

perte überblickt und der Betroffene auch nicht ansatzweise nachvollziehen und verstehen kann. Die zu beachtenden Vor- und Nachrangigkeitsregeln, diverse Ausschlussstat-

bestände sowie Bedingungen und Fördervoraussetzungen sind dabei ebenso verwirrend wie die Zahl der Behörden, Ämter und Institutionen, Fachberatungsstellen und Informationsbroschüren. In diesem über Jahre und Jahrzehnte gewachsenen „Zuständigkeitsdschungel“ ist die notwendige Transparenz zum Thema „Rente“ völlig verloren gegangen und ein „Renten-Bürokratie-Monster“ entstanden. Das zukünftige Rentensystem muss so verständlich und einfach gestaltet werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Rente sie erwarten und mit welchen einfachen Entscheidungen sie ihre Gesamrente positiv und sicher gestalten können, ohne einen Dauervertrag auf Lebenszeit mit einem spezialisierten Renten-Steuerberater abschließen zu müssen. In diesem Zusammenhang

Die Lebensarbeitsleistung eines Menschen soll als fester Bestandteil berücksichtigt werden.

kommt der Umwandlung des bisher praktizierten ungerechten und unzeitgemäßen Sicherungssystems nach sogenannten „Bedarfsgemeinschaften“ hin zu einem Individualanspruchsrecht bei allen Sozialleistungen ein besonderer Stellenwert zu. Die Rente muss unabhängig davon sein, wer mit wem wie im Alter zusammenlebt und deshalb vorrangig versorgungsverpflichtend ist („Individualisierungsprinzip“). Durch den Wegfall von behördlichen Prüfungen von Unterhaltsverpflichtungen wird ein erheblicher Schritt in Richtung Bürokratieabbau, Verwaltungskostenersparnis, Transparenz und Bürgerfreundlichkeit gegangen.

Eigenschaft 3: existenzsichernd

Existenzsichernd soll das neue Rentensystem sein, weil es eine Schande für einen Sozialstaat Deutschland ist, dass Menschen sich im Alter komplizierten Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie demütigenden amtlichen Grundsicherungsprüfungen bis zu ihrem Tod unterziehen müssen, um ihr Überleben sichern zu können. Insbesondere für alle Menschen im Rentenalter braucht es eine steuerfreie Grundversorgungspauschale (Grundrente), die überwiegend durch Klimadividenden und ökologische Abgaben sowie eine gerechtere und sozial ausgewogenere Steuerreform finanziert werden soll. Die Grundrente für alle soll so hoch sein, dass weder betriebliche noch private Vorsorge unabdingbar ist, um ein finanzielles Überleben und die Möglichkeit an gesellschaftlicher Teilhabe zu garantieren. Darüber hinaus muss es Zuschläge für die besonderen Personengruppen geben, die aufgrund ihrer individuellen Rahmenbedingungen nicht die Möglichkeit hatten oder haben, durch Arbeit und betriebliche sowie private Absicherung die Grundversorgungspauscha-



Foto: Bruno Germany/pixabay.com

le aufzustocken. Letztlich gilt es, im neuen Rentensystem das Recht auf Teilhabe am Leben zu betonen. Denn „der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, sondern auch davon, wertvoller Teil der Gesellschaft zu sein. Das gilt unabhängig vom Lebensalter. Jeder Mensch muss deshalb ein solches Recht auf Teilhabe haben, z. B. über eine sinnvolle Beschäftigung, die ihm soziale Kontakte und Selbstbestätigung ermöglicht, auch über das Renteneintrittsalter hinaus.

Das aktuelle Rentensystem

Um den eben beschriebenen Änderungsbedarf zu verdeutlichen, ist es notwendig, das aktuelle Rentensystem in Deutschland kurz zu skizzieren. Es fußt auf 3 Säulen: (1) dem gesetzlich geregelten, staatlichen Rentensystem, (2) betrieblichen Ver-

sorgungssystemen und (3) diversen privaten Vorsorge- und Versicherungssystemen. Das scheint nur auf den ersten Blick transparent und klar. Beim zweiten nicht mehr.

Säule (1) – das staatliche Rentensystem: In ihm verbergen sich rund 50 verschiedene Einzelrentenarten. Grob unterschieden werden 5 Gruppen: die Rente wegen Alters,

wegen verminderter Erwerbsfähigkeit, wegen Todes, sonstige renten- oder rentenähnliche Leistungen sowie auslaufende Rentenarten und die Grundsicherungen im Alter. Unter die Altersrenten fallen neben der Regelaltersrente die Altersrente für langjährig Versicherte, für besonders langjährig Versicherte, für schwerbehinderte Menschen, für langjährig unter Tage beschäftigte Versicherte und die Auslaufmodelle Altersrente wegen Arbeitslosigkeit, die Altersrente nach dem Altersteilzeitgesetz und Altersrente für Frauen. Die gesetzlichen Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit bis zur Erreichung der Regelaltersgrenze beinhalten die teilweise Erwerbsminderungsrente, die volle Erwerbsminderungsrente, die Rente für Bergleute und sonstige Übergangs-

geldleistungen der Rentenversicherung. Daneben gibt es „todesbedingte Renten“ wie die kleine und die große Witwen- und Witwerrente, die Erziehungsrente und die Waisenrente, die sich wiederum in Voll- und Halbwaisenrente untergliedert.

Dann wären da noch „Spezialrenten“ wie die Witwenrente an vor dem 1. Juli 1977 geschiedene Ehegatten

Die wichtigen Erziehungs- und Pflegearbeiten sollen gleichberechtigt einbezogen werden.

(auslaufend) und die Wiederauflebensrente. Zu den wenigen Auslaufmodellen gehören weiterhin die Knappschaftsausgleichsleistungen und die teilweise Erwerbsminderungsrente wegen Berufsunfähigkeit nach § 240 SGB VI und die Witwenrente an vor dem 1. Juli 1977 geschiedene Ehegatten. Darüber hinaus gibt es das Rentenpaket der ehemaligen DDR in Form von Sonderversorgungsrenten, Zusatzversorgungsrenten, zusätzlichen Vergütungen und Arbeitsentgeltregelungen nach einem alten DDR-Prämiensystem und sonstigen Sonderregelungen. Opferrenten, Unfallrenten, spezielle Alterssicherungen der Landwirte, in Forstwirtschaft und Gartenbau, Mütterrente, Frührenten, Renten für Geringverdiener, Invalidenrente, Überschlagszuschläge, Vorruhestandsgeld, Zwangsrenten, Geschiedenenrente usw. runden das „heitere gesetzliche Renten-Raten“ ab.

Letztlich gibt es, weil alle diese Rentenarten eine Vielzahl an Bürgerinnen und Bürger tatsächlich nicht vor Altersarmut schützen, noch die sozialen Sicherungssysteme, die im

die breiteste Basis dieser Grundsicherungsart. Fast jährlich, garantiert aber immer dann, wenn ein neuer Arbeits- und Sozialminister den Kabinettsstuhl besetzt, kann davon ausgegangen werden, dass weitere neue „Spezialrenten zur Rettung und Vervollkommnung des gesetzlichen Rentensystems für immer neue Nischen-Bevölkerungsgruppen hinzukommen und damit zu noch mehr Intransparenz und Bürokratisierung führen. Auf die aktuellen beamten-, soldaten-, richterlichen und sonstigen besoldungsrechtlichen Altersversorgungen wird hier nicht näher eingegangen, sie seien nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Säule (2) – die betriebliche Altersvorsorge (bAV): In Deutschland partizipieren nur gut die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (2019: 53,9%) von einer betrieblichen Altersvorsorge, nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bis auf wenige Ausnahmen gar nicht. Der Versorgungsgrad ist zwar gegenüber der Jahrtausendwende (48,7%) leicht gestiegen, allerdings ist er seit 2015 wieder

barungen allerdings ausgenommen. Fakt ist jedoch: Es sind viel zu wenige Arbeitgeber und Beschäftigte eingebunden, das System ist gerade für kleine und teilweise auch mittelständische Unternehmen zu kompliziert (Versorgungsverträge mit Versorgungsträgern unter Beachtung entsprechender Vorschriften und Ausnahmetatbestände). Zudem sind langjährige bzw. dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse bei ein und demselben Arbeitgeber heutzutage eher die Ausnahme geworden. Häufige Arbeitsplatzwechsel oder Unterbrechungszeiten erschweren jedoch die Umsetzung der bAV. Eine allgemeine arbeitgeber- und arbeitnehmerseitige Verpflichtung besteht nicht. Nicht tarifgebundene Arbeitgeber sind auch bei der bAV ungebunden – immerhin fast 4 von 5 Unternehmen in Deutschland. Nicht abhängig Beschäftigte kommen ohnehin nicht in den Genuss einer Betriebsrente. Dies führt dazu, dass bei dieser grundsätzlich wichtigen Rentensystem-Säule immer noch viel zu viele Menschen in Deutschland außen vor sind.

Säule (3) – die private Altersvorsorge: Sie ist ein ebenso vielschichtiger wie heiß diskutierter und umstrittener Themenbereich, sodass sie an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber Erwähnung finden soll. Fest steht, dass die bisherigen Versuche des Aufbaus einer privaten Altersvorsorge, durch staatliche Anreize unterstützt (Beispiele: Riester, Rürup), nicht von Erfolg gekrönt waren. Denn gerade die Bevölkerungskreise, die aufgrund eines faktisch und weiter zu erwartenden sinkenden Rentenniveaus und daraus resultierender weiter wachsender Altersarmutsgefahr besonders unterstützt werden sollten, profitieren von der privaten Altersvorsorge nicht. Im jetzigen System bleibt oftmals kaum ein Euro zur Investition hierfür übrig. Die private Altersvorsorge ist bislang so-

mit weitestgehend ein Rentenfinanzierungsmodell für Menschen, die auch ohne diese Säule in aller Regel anderweitig schon gut, zumindest aber ausreichend für ihr Alter abgesichert sind. Zudem ist sie krisenbetroffen und bietet von ihrer Grundanlage her nicht die Systemverlässlichkeit, auf die die meisten Bürger und Bürgerinnen angewiesen sind.

Schlussfolgerungen und Anforderungen

Die Umstellung auf ein neues gesetzliches, steuerbasiertes Rentenversicherungssystem erfordert Übergangszeiten zur System-Anpassung und zur Befriedigung bereits erworbener Ansprüche.

Dennoch gilt es, die bisher nahezu ausschließlich durch Sozialversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer getragene gesetzliche Rentenversicherung auf breitere, transparente und sichere Füße zu stellen. Alle Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und „Gewinn-Erwirtschaftende“ müssen einbezogen werden. Den Grundsockel bildet eine steuerfinanzierte, antragsfreie Grundrente für alle, die die Grundbedürfnisse des Lebens in ausreichendem Maße sichert und damit die antrags- und bedarfsgemeinschaftsgebundene Grundsicherung („Armen-geld“) im Alter entfallen kann.

Die betriebliche Altersvorsorge muss als zweite wichtige Säule ebenfalls für alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie für Erziehende und Pflegende nach einheitlichen „Spielregeln“ verbindlich festgelegt und damit gegenüber dem jetzigen System entscheidend aufgewertet werden. Das betriebliche Altersversicherungssystem ist so aufzubauen, dass die Entwicklungen der letzten Jahrzehnte, beispielsweise häufigere Stellenwechsel oder vermehrte kurzfristige Unterbrechungszeiten,

Berücksichtigung finden. Eine verpflichtende und zuverlässige betriebliche Altersvorsorge einschließlich entsprechender Regelungen für Selbstständige, Freischaffende und Freiberufler, pflegende und erziehende Angehörige etc. übernimmt die Rolle eines lebensleistungsgerechten Abstandsgebots zwischen steuerfinanzierter Grundrente für alle und durch Arbeit im zu

betreiben. Dadurch wird auch die betriebliche Altersvorsorge entscheidend gestärkt.

Wichtig ist außerdem die sehr viel striktere Bekämpfung von Schattenwirtschaft und illegaler Beschäftigung, durch die der öffentlichen Hand rund 344 Mrd. Euro (10,5% des gesamten Bruttoinlandsprodukts) verloren gehen. Mittel, die insbesondere auch in die zuvor ge-

Im jetzigen System bleibt oftmals kaum ein Euro zur Investition in die private Altersvorsorge übrig.

anfangs beschriebenen erneuerten und erweiterten Sinne. Durch die Wandlung von einer sozialversicherungspflichtigen hin zu einer steuerfinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung wird das hierfür benötigte Kapital frei.

Private Altersvorsorge als Säule (3) hingegen, das beweisen alle bisherigen Versuche anschaulich, dient entgegen der beiden erstgenannten Säulen nicht einer Grundsicherung für jedermann, sondern vor allem denjenigen, die auf eine verlässliche Rente und Sicherung im Alter nicht angewiesen sind, sich aber ein „Mehr an privater Absicherung im Alter“ wünschen. Die private Vorsorge (in welcher Form auch immer) mag sich der leisten, der es kann, um damit eine über dem Durchschnitt der Gesellschaft liegende Altersvorsorge zu erzielen. Als gleichberechtigte oder gar Ersatz-Alternative taugt sie nicht.

Wichtige Rahmenbedingungen

Ein entscheidender Aspekt des neuen Rentenkonzepts ist die allgemeinverbindliche Bindung ausgehandelter Tarife durch die bestehenden Tarifpartner, da es hierdurch mehr Beschäftigten als bisher ermöglicht wird, auch private Altersvorsorge zu

nannte Rentenreform investiert werden sollten. Im Vergleich dazu erzielen die zuständigen Behörden mit ihren derzeit nicht vorhandenen Kapazitäten im Rahmen von Straf- und Ordnungswidrigkeitsverfahren noch nicht einmal 1 Mrd. Euro als Rücknahmen in den Staatshaushalt.

Mit der vorgeschlagenen Entlastung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch die Umstellung hin zu steuerfinanzierten Sozialversicherungen für alle Bürgerinnen und Bürger ist zudem eine starke Eindämmung von Schwarzarbeit beabsichtigt. ■

Die Rente muss unabhängig davon sein, wer mit wem wie im Alter zusammenlebt.

Alter dafür sorgen sollen, dass die Deckung des Lebensgrundbedarfs im Alter gewährleistet werden soll. Das neue, im August 2020 verabschiedete „Gesetz zur Einführung der Grundrente für langjährige Versicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung mit unterdurchschnittlichem Einkommen und für weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Alterseinkommens“ (Grundrentengesetz) gehört dazu. Die kommunal gesteuerte Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII (Sozialhilfe im Alter, da offiziell nicht mehr erwerbsfähig) bildet jedoch weiterhin

kontinuierlich rückläufig. Damit haben nur rund 20 Mio. Menschen in Deutschland eine aktive Anwartschaft auf eine betriebliche Rente, die zudem oftmals bescheiden ausfällt. Sie wird in der Regel über Pensionsfonds, eine Pensionskasse oder eine Direktversicherung abgewickelt. Mit dem Betriebsrentenstärkungsgesetz ab 1. Januar 2022 ist vorgesehen, dass auch für ältere Verträge die Arbeitgeberzuschüsse für die Entgeltumwandlung (eingesparte Sozialversicherungsbeiträge) auf mindestens 15% steigen müssen – konkrete andere Tarifverein-

Kurt Rieder,
Jahrgang 1960,
studierte Verwaltungswirtschaft und arbeitet seither für die Arbeitsagentur als Vermittlungs- und



Beratungsfachkraft sowie Führungskraft, zudem als Praxisberater für Ministerien sowie andere öffentliche Einrichtungen und Institutionen. In die ÖDP trat er 2011 ein. Von 2018 bis 2020 war er Mitglied des Bundesvorstands, seit 2018 ist er Mitglied der Bundesprogrammkommission und des Bundeshauptausschusses.

kurt.rieder@oedp.de

Eigennutz kontra Gemeinwohlorientierung

„Die innerseelische Situation ist das eigentliche Motiv“

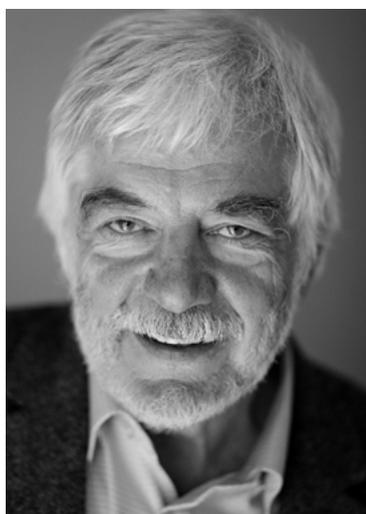
Wer die Welt primär als Bühne für Auftritte seines „grandiosen Selbst“ betrachtet, dem ist der Zustand der Welt ziemlich egal. Unsere gesellschaftlichen Verhältnisse erzeugen narzisstische Persönlichkeiten – und diese gestalten unsere gesellschaftlichen Verhältnisse. So sind wir in eine fatale Abwärtsspirale geraten, diagnostiziert ein Psychiater.

Interview mit Dr. Hans-Joachim Maaz

ÖkologiePolitik: Herr Dr. Maaz, Sie haben viele Bücher zu unterschiedlichen Themen geschrieben. Gibt es in denen einen „roten Faden“?

Dr. Hans-Joachim Maaz: Ich habe in fünf Jahrzehnten psychiatrischer und psychotherapeutischer Praxis etwa 15.000 Menschen ambulant und stationär in Therapie gehabt. Da-

der Eltern „betreut werden“, die zualtermeist den nicht mehr kritisch hinterfragten gesellschaftlichen Werten folgen. Die traumatisierende Manipulation der Kinder geschieht dadurch, dass Kinder nicht um ihrer selbst willen, je nach ihrer Einmaligkeit verstanden und bestätigt werden, sondern sich so zu verhalten und zu



Dr. Hans-Joachim Maaz, Jahrgang 1943, studierte Medizin und war ab 1974 als Facharzt für Neurologie und Psychiatrie sowie ab 1980 auch als Psychotherapeut tätig, von 1980 bis 2008 als Chefarzt für Psychotherapie und Psychosomatik im Diakonie-Krankenhaus Halle. Er war zudem lange Vorsitzender der „Deutschen Gesellschaft für analytische Psychotherapie und Tiefenpsychologie“ (DGAPT) und ist Vorsitzender des „Choriner Instituts für Tiefenpsychologie und psychosoziale Prävention“ (CIT) sowie der „Hans-Joachim Maaz Stiftung Beziehungskultur“.

www.hans-joachim-maaz-stiftung.de

„Eine narzisstische Störung entsteht vor allem durch Mütter, die keine wirkliche Empathie oder keine ausreichende Zeit für ihr Kind haben.“

bei war ausnahmslos ihr seelisches, psychosomatisches und soziales Leiden auf lebensgeschichtlich frühe traumatisierende und defizitäre Beziehungserfahrungen zurückzuführen. Wir dürfen allerdings das Traumatisierende nicht nur als offensichtliche Gewalt oder ähnliche schwerwiegende Einzelereignisse verstehen, sondern als grundsätzliche Eltern-Kind-Beziehungsstörungen, die von den Eltern selbst meist nicht als belastend und entwicklungsstörend verstanden und schon gar nicht von der sozialen Umwelt als Problem erkannt werden. Es sind also auch die „normalen“, durchschnittlichen Familien, in denen die Kinder nach den Erziehungsvorstellungen

entwickeln haben, wie es die Eltern wollen, und wie es später in den Kitas und Schulen als gesellschaftliche Norm erwartet wird. Kinder erfahren auf diese Weise eine ihre Persönlichkeitsentwicklung prägende Selbst-Entfremdung. Einfach ausgedrückt: Kinder erfahren sich nicht wirklich verstanden und geliebt, sondern nur für Anpassung, Gehorsam und geforderte Leistungen anerkannt. Im Laufe des Lebens werden an dieser Selbst-Entfremdung viele Menschen krank. Psychotherapie ist die medizinische und psychologische Disziplin, die bemüht ist, Beschwerden, Symptome und Erkrankungen aus ihrer Lebensgeschichte zu verstehen. Die aufgezwungene und erlittene Ent-

fremdung erinnern, verstehen, emotional verarbeiten und neues, weniger entfremdetes Handeln erlernen, sind die therapeutischen Mittel. Viele Betroffene weigern sich lange, einen Zusammenhang ihrer Erkrankung mit der frühen Kindheit, mit dem Einfluss der Eltern, der Erzieher und Lehrer anzuerkennen, weil die Erfahrungen der Vergangenheit verständlicherweise sehr schmerzhaft, traurig, bedrohlich sein können und deshalb seelisch bis ins Unbewusste verdrängt worden sind. Leider werden auch viele Erkrankungen gar nicht als seelisch verstanden, weil sie mit körperlicher Symptomatik auftreten, dann in medizinische Fachgebiete getragen werden und dort gar nicht als psychogen und psychosomatisch erkannt werden – was vielen Kranken eine tragische Patienten-Odyssee mit vielen sinnlosen bis schädlichen Behandlungen beschert. Diese Erkenntnis ist die wesentliche Motivation für meine publizistische Tätigkeit: dieses Wissen „populärwissenschaftlich“ so aufzubereiten, dass es auch außerhalb der Fachwelt möglichst gut verstanden werden kann – mit der Hoffnung, Betroffenen, Eltern, Lehrern und Politikern gut verständliche Informationen zur Verfügung zu stellen, um die Psychotherapie besser

„Da die eigene Not in den Mittelpunkt gestellt wird, sind Narzissten egoistisch, selbstgefällig, überheblich, empathielos und sozial auffällig.“

zu verstehen, die psychosomatische Medizin zu stärken und die Betreuung von Kindern weniger traumatisierend zu gestalten.

Im Jahr 2012 erschien Ihr Buch „Die narzisstische Gesellschaft“. Wie sieht das Weltbild und Lebensgefühl von Narzissten aus?

Es muss zwischen einem gesunden und einem gestörten Narziss-



mus unterschieden werden. Gesund ist eine realitätsgerechte Selbstliebe, Selbsterkenntnis und Selbstgewissheit: Menschen, die gut wissen, wer

für ihr Kind haben oder aus beruflichen Gründen nicht haben können oder wollen. Auch ein mangelndes Interesse des Vaters am Kind und

„Selbstüberschätzung, Größenwahn und Realitätsverlust gehen einher mit Abwertung, Verachtung und Diffamierung allen anderen Lebens.“

sie sind und wer nicht, was sie können, verstehen und wissen und was nicht. Menschen, die ihre Möglichkeiten und Begrenzungen, Kompetenzen und Schwächen kennen und akzeptieren. Dies setzt Elternliebe,

ausbleibende väterliche Bestätigung verstärken das Defizit. Das Kind erlebt sich ungeliebt, unverstanden und beginnt, sich „Liebe“ verdienen zu wollen, indem es elterliche Erwartungen abspürt und zu erfüllen bemüht ist. Die dadurch initiierte Selbstentfremdung bekommt Suchtcharakter, weil Liebe eben nicht verdient werden kann, sondern geschenkt wird oder nicht. Da das illusionäre Bemühen keinen wirklichen Erfolg hat, wuchert die narzisstische Störung zu grenzenlosen Anstrengungen, die auch tatsächlich großartige Erfolge in der Bewertung durch Eltern, Schule, Gesellschaft bringen können. So können die durch Liebesmangel verursachte Unsicherheit und Minderwertigkeit im „Größenselbst“ einen Scheinerfolg feiern, der durch Anerkennung, Karriere, Macht, Reichtum sozial und äußerlich bestätigt wird.

Der Narzisst erwartet und verlangt als Ersatz für die nie erfahrene Liebe soziale Anerkennung. Da die eigene Not in den Mittelpunkt gestellt wird, sind Narzissten egoistisch, selbstgefällig, überheblich, empathielos und sozial auffällig. Bei besonderen Leistungen werden sie gefeiert, verehrt und in höhere Funktionen gewählt und setzen ihre Ansprüche mit allen Mitteln durch. Selbstüberschätzung, Größenwahn und Realitätsverlust gehen einher mit Abwertung, Verachtung und Diffamierung allen anderen Lebens. Anerkannt wird nur, wer den eigenen narzisstischen Bedürfnissen dient. Doch die äußeren Erfolge können das innerseelische Defizit nicht wirklich stillen. Narzissten können zu Macht und Ansehen gelangen, in Führungsfunktionen aufsteigen, wollen aber insgeheim nur das tiefe Minderwertigkeitsgefühl befriedigen. Sie brauchen und nutzen Partner, Untergebene, Ab-



Foto: adossy/pxabay.com

Wachstums-, Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft der ideale Antreiber und die ideale Bühne für den eigenen Erfolg. Immer dann, wenn die eigene Position hervorgehoben wird und andere Positionen abgewertet werden, führt der Narzissmus Regie. Er per-

wieder eine entsprechende Gesellschaftsfehlentwicklung.

Wie lässt sich diese Entwicklung bremsen, stoppen und umkehren?

Eine narzisstische Normopathie ist kaum zu stoppen. Am ehesten im Zusammenbruch der politisch-ökonomischen Verhältnisse. Eine Chance, die Voraussetzungen für narzisstische Fehlentwicklungen zu beenden, liegt in einer besseren Frühbetreuung von Kindern. Doch aktuell findet eher das Gegenteil statt: Die Bedeutung von Elternschaft, von Mütterlichkeit und Väterlichkeit wird abgewertet, missverstanden und ideologisch belastet. Es findet zunehmend eine viel zu frühe Fremdbetreuung von Kindern statt, deren zwangsläufiges Liebesdefizit narzisstische Störungen befördert. Wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse sind schon längst vorhanden, doch es fehlt der politische Wille. Warum wohl? Die Chance für eine Änderung ist gering, weil bei gesellschaftlichen Veränderungen in aller Regel nur andere Narzissten an die Macht kommen.

In Ihrem 2020 erschienenen Buch „Das gespaltene Land“ beklagen Sie eine zunehmende Fragmentierung unserer Gesellschaft. Hat das mit dem Narzissmus zu tun?

„Für den Narzissten ist eine Wachstums-, Leistungs- und Konkurrenzgesellschaft der ideale Antreiber und die ideale Bühne für den eigenen Erfolg.“

hängige, Fans, Mitläufer und Wähler für den äußeren Erfolg, ohne deren Belange zu beachten und zu berücksichtigen. Sie sind Verführer! Dabei werden die Bitterkeit der Anstrengungen und sozialen Beziehungsstörungen sowie die Heuchelei und der Betrug im Dienste der Selbstüberhöhung zumeist nicht erkannt. Erst eine soziale Krise, häufige Konflikte oder eine Erkrankung eröffnen Chancen für eine bittere und schmerzliche Selbsterkenntnis der eigenen Selbst-Entfremdung.

Welche gesellschaftlichen Einflüsse fördern Narzissmus?

Da ein Narzisst äußere Anerkennung braucht, um die innere Minderwertigkeit auszugleichen, ist eine

vertiert gesunde Leistungen zu süchtigen Bemühungen und einen kreativen Wettbewerb zu einer Konkurrenz mit unlauteren, betrügerischen bis kriminellen Mitteln. Es sind aber nicht allein die gesellschaftlichen Einflüsse, die den Narzissmus fördern, sondern eine Mehrheit von narzisstisch gestörten Menschen schafft sich gesellschaftliche Verhältnisse, in denen sich ihr Narzissmus austoben kann. So entsteht eine narzisstische Normopathie als gesellschaftliche Fehlentwicklung. Die gesellschaftlichen Verhältnisse schaffen durch falsche Erziehungsnormen und mangelhafte elterliche Liebe narzisstische Störungen. Und narzisstisch gestörte Menschen gestalten dann

Narzisstische Minderwertigkeit und Unsicherheit brauchen Ersatzbefriedigung: Ansehen, Erfolg, Macht, Geld, Besitz – in süchtiger Grenzenlosigkeit. Gehen die Kompensationsmöglichkeiten durch persönliche Probleme, soziale Krisen oder gesellschaftliche Veränderungen verloren, verliert der narzisstisch belastete Mensch seine Sicherheit

Die Psychodynamik gestörten menschlichen Verhaltens bei erlittener Selbst-Entfremdung ist die entscheidende Ursache. Alles, was politisch, sozial, ökonomisch, religiös, kulturell, medial eine wichtige Rolle spielen kann, ist sekundär – eben abhängig von den entfremdeten Menschen, die alle diese gesellschaftlichen Bereiche inhaltlich und

„Eine Mehrheit von narzisstisch gestörten Menschen schafft sich gesellschaftliche Verhältnisse, in denen sich ihr Narzissmus austoben kann.“

und ist zutiefst innerseelisch wieder mit seiner „Minderwertigkeit“ konfrontiert. Das ist in aller Regel schwer auszuhalten und der Grund, weshalb äußere Verursacher gesucht werden: Partner, Vorgesetzte, Politiker, ein Virus. Denen wird die Schuld zugeschoben. Es entstehen Feindbilder und damit soziale Spaltungen: die „Guten“ und die „Bösen“, die „Richtigen“ und die „Falschen“, die „Mitläufer“ und die „Kritiker“, die Geimpften und die Ungeimpften usw. Narzissmus ist in jeder persönlichen oder gesellschaftlichen Krise der Antreiber für Spaltungen, um das eigene falsche Leben nicht erkennen zu müssen, sondern andere dafür für

formal ausgestalten. Jede politische Entscheidung wird sachlich begründet, oft sogar wissenschaftlich, aber immer ist die innerseelische Situation das eigentliche Motiv. Das bleibt meist unbewusst und verborgen. Ich habe in unzähligen Pro- und Kontrapositionen sogenannte „Zwiegespräche“ führen lassen, in denen nicht mehr Sachargumente angeführt werden, sondern nach dem Einfluss von Gefühlen und verdrängten Bedürfnissen geforscht wird. Oft wurde deutlich, dass die unbewussten seelischen Motive der Konfliktpartner sehr ähnlich sind, nur auf unterschiedlichen Lebensbühnen äußerlich ausgetragen werden.

„Eine Chance, die Voraussetzungen für narzisstische Fehlentwicklungen zu beenden, liegt in einer besseren Frühbetreuung von Kindern.“

schuldig zu erklären. Die gegenwärtige zunehmende Einschränkung der Meinungsliberalität mit einer starken Tendenz in „Richtig“ und „Falsch“ ist ein sicheres Symptom der Krise der narzisstischen Normopathie. Spaltung beendet Demokratie!

Welche anderen Ursachen gibt es für die Fragmentierung noch?

Ein Teil der politischen Linken fällt seit einigen Jahren durch eine aggressive Identitätspolitik auf. Fördert oder bremsst das die Fragmentierung?

Jede aggressive Identitätspolitik – egal ob links oder rechts – ist ein Symptom von Fehlentwicklung und trägt entscheidend zur Spaltung und Fragmentierung gesellschaftlicher

BUCHTIPPS

Hans-Joachim Maaz, Dietmar Czzycholl, Aaron B. Czzycholl
Corona-Angst
Was mit unserer Psyche geschieht
Frank & Timme, Dezember 2020
192 Seiten, 16,90 Euro
978-3-7329-0723-6



Hans-Joachim Maaz
Das gespaltene Land
Ein Psychogramm
C.H. Beck, März 2020
219 Seiten, 16,95 Euro
978-3-406-75087-8



Hans-Joachim Maaz, Ingeborg Szöllösi
Keine Mutter ist perfekt
Der Umgang mit dem Liiith-Komplex
Mitteldeutscher, November 2018
192 Seiten, 12,00 Euro
978-3-96311-143-3



Hans-Joachim Maaz
Der Gefühlsstau
Psychogramm einer Gesellschaft
C.H. Beck, Dezember 2017
272 Seiten, 14,95 Euro
978-3-406-67326-9



Hans-Joachim Maaz
Das falsche Leben
Ursachen und Folgen unserer normopathischen Gesellschaft
C.H. Beck, März 2017
256 Seiten, 16,95 Euro
978-3-406-70555-7



Hans-Joachim Maaz
Die narzisstische Gesellschaft
Ein Psychogramm
C.H. Beck, September 2012
236 Seiten, 17,95 Euro
978-3-406-64041-4



Verhältnisse bei. Je abgrenzender und diffamierender gegen Andersdenkende Politik betrieben wird, desto sicherer darf man annehmen, dass bei den Akteuren der Identitätspolitik eine psychosoziale Störung zugrunde liegt. Gesunde Politik ist niemals ein Kampf gegen, sondern

Angststörung oder gesellschaftliche Fehlentwicklung erkennen, verstehen und heilen zu können.

Wie wirkt sich die Corona-Pandemie aus?

Die Maßnahmenpolitik gegen die Corona-Pandemie erzeugt eine kollektive Angststörung – und eine

gesellschaftliche Leben zunehmend belasten bis zerstören. Eine sehr große Gefahr besteht darin, dass die schon bestehende Krise unserer narzisstisch-finanzkapitalistischen Gesellschaft als Pandemie-Folge behauptet wird und die Fehler der Gesellschaftsentwicklung, die längst vor Corona und ohne Corona entstanden sind und weiterhin bestehen, gar nicht mehr gesehen werden.

Wie sollte künftig agiert werden?

Das ist ganz einfach zu beantworten: auf der Basis demokratischer Prozesse! Alle Entscheidungen und Maßnahmen müssten unbedingt in öffentlicher Diskussion im Pro und Kontra mit allen kritischen Stimmen erörtert werden. Ein Ergebnis sollte als momentaner Konsens eines „runden Tisches“ erreicht werden und nicht im politischen Machtkampf.

„Aktuell wird die Bedeutung von Elternschaft, von Mütterlichkeit und Väterlichkeit abgewertet, missverstanden und ideologisch belastet.“

weitere Spaltung der Gesellschaft in Befürworter und Kritiker. Da ein demokratischer Diskurs verhindert wird, stehen sich die Befürworter und Kritiker zunehmend feindselig gegenüber. Da die Maßnahmen erhebliche psychische, wirtschaftliche

und soziale Folgen haben, die nicht wirklich erfasst, diskutiert und geklärt werden, werden die Folgen wie Erkrankungen, soziale Konflikte, Arbeitslosigkeit, Existenzvernichtung als Gewalt, Hass und Hetze das gesamte

Alle Maßnahmen müssen evidenzbasiert getroffen und überprüft werden. Alle Folgen der Maßnahmen müssen erfasst und berücksichtigt werden. Es kann kein „Richtig“ oder „Falsch“ geben, sondern immer nur eine aktuelle, situative Erkenntnis im Ringen um Konsens. Es darf keine Panik geschürt werden mit dem Ergebnis von Ängstigung, Einschüchterung, Gehorsam, Abhängigkeit, Rettungsfantasien und dem Verzicht demokratischer Regularien. Grundrechte sind Grundrechte! Die können nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden. Und wenn doch, dann wird die Demokratie in ein autoritär-totalitäres System verwandelt mit einer schuldigen Elite und schuldigen Mitläufern.

Herr Dr. Maaz, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

„Es findet zunehmend eine viel zu frühe

Fremdbetreuung von Kindern statt, deren zwangsläufiges Liebesdefizit narzisstische Störungen befördert.“

immer ein Engagement für etwas. Die eigentliche Front ist nicht politisch. Politische Argumente werden benutzt, um Selbst-Entfremdung zu verleugnen und ihre Kompensationen durchzusetzen. Die Fronten liegen zwischen Verstehen und Abwehren, zwischen Integrieren und Ausgrenzen, zwischen Macht und Konsens, zwischen Narzissmus und Empathie. Da soziale Störung, Abnormität und Krankheit nie ausgeschlossen werden können, bleibt schützende Aggression unvermeidbar, doch die ist nicht politisch auszutragen, sondern strafrechtlich. Jede politische Meinung ist erst zu nehmen und nach den zugrunde liegenden unbewussten Motiven zu erforschen, um individuelle Entfrem-



Foto: lumisa/privabay.com

Stadtentwicklung

Leitbild „15-Minuten-Holzbau-Stadt“

„Wir können uns aus der Klimakrise herausbauen“, sagt der renommierte Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber und fordert, Gebäude künftig vornehmlich in Holzbauweise zu errichten. Für die ökologische Transformation unserer gebauten Umwelt sind aber noch weitere Maßnahmen wichtig. Ausgerechnet Paris entwickelt sich hier zum Vorbild.

von Günther Hartmann

Unser Gebäude sind für mehr als 40% der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich.

„Können wir das ändern?“, fragte sich Hans Joachim Schellnhuber, Gründer und langjähriger Leiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK). Nach gründlichen Untersuchungen kam er zu einer klaren Antwort: „Ja. Wir können diese Emissionen weitgehend vermeiden. Wir können sogar so bauen, dass wir CO₂ aus der Atmosphäre herausholen. Das geht, wenn wir organische Materialien einsetzen. Wenn wir unsere Städte wieder aus Holz bauen.“

Initiative „Bauhaus der Erde“ will globale Bauwende einleiten

Zement, Stahl und Ziegel brauchen für ihre Herstellung hohe Temperaturen und setzen dabei viel CO₂ frei. Allein die Betonherstellung ist weltweit für 11% aller CO₂-Emissionen verantwortlich – das Fünffache des Flugverkehrs. Bei Holz ist das völlig anders. Bei seinem Wachstum wird CO₂ nicht freigesetzt, sondern gebunden. Verrottet oder verbrennt das Holz, wird das gebundene CO₂ wieder frei. Wird das Holz jedoch als Baustoff genutzt, so bleibt es gebunden – für Jahrzehnte bis Jahrhunderte. Bauen mit Holz vermeidet also nicht nur CO₂-Emissionen, sondern ist zudem eine hocheffektive und

hocheffiziente CO₂-Speichertechnologie. Holzgebäude sind große oberirdische CO₂-Speicher.

Deshalb kämpft Schellnhuber für eine radikale Bauwende. Zusammen mit 20 weiteren Persönlichkeiten aus Umweltschutz, Klimaforschung und Architektur gründete er die Initiative „Bauhaus der Erde“ und stellte sie im April 2021 auf der Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Obwohl er sich seit Jahrzehnten mit der Klimaerwärmung beschäftigt, sei ihm die Bedeutung von Bauen mit Holz erst vor wenigen Jahren bewusst geworden. „Wie konnte ich nur so blind sein und diesen Elefanten im Klimaraum übersehen?“, fragt er sich.

brandt, Architekturprofessorin und beratendes Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB), auf den Punkt.

CO₂ senken durch nachhaltige Forstwirtschaft und Bauen mit Holz

Das Speichern großer Mengen CO₂ in Holzgebäuden ist allerdings nur in Verbindung mit nachhaltiger Forstwirtschaft sinnvoll: wenn anstelle der geernteten Bäume neue Bäume nachgepflanzt werden, die bei ihrem Wachstum neues CO₂ aus der Atmosphäre holen und binden. Und wenn die neu gepflanzten Bäume einen ökologischen Waldumbau beschleunigen:

Zement, Stahl und Ziegel brauchen für ihre Herstellung hohe Temperaturen und setzen dabei viel CO₂ frei. Bei Holz ist das völlig anders.

In Anlehnung an die berühmte Bauhaus-Bewegung des 20. Jahrhunderts vertritt die „Bauhaus der Erde“-Initiative einen ganzheitlichen Reformansatz. Sie will einen breiten gesellschaftlichen Diskurs anstoßen und die intellektuelle Grundlage für eine ökologische Transformation unseres Bauens und unserer gebauten Umwelt erarbeiten. „Müll – damit meine ich auch CO₂ – ist ein Designfehler“, brachte es Annette Hille-

nigen: weg von labilen und artenarmen Monokulturen hin zu robusten und artenreichen Mischwäldern.

Nachhaltig bewirtschaftete Wälder und stoffliche Holznutzung tragen mehr zum Klimaschutz bei als naturbelassene Wälder. Denn beim Verrotten des Holzes abgestorbener Bäume wird das darin gespeicherte CO₂ wieder frei. In einem naturbelassenen Wald stellt sich langfristig ein biologisches Gleichgewicht ein, bei



Foto: Peter Villain

Die Ökologische Mustersiedlung im Süden des Münchener Prinz-Eugen-Parks umfasst 9 Baufelder, auf denen 2 Baugesellschaften, 2 Baugenossenschaften und 5 Baugemeinschaften insgesamt 570 Wohnungen in Holzbauweise errichteten.

dem im Durchschnitt genauso viel CO₂ gebunden wie freigesetzt wird. Die CO₂-Bilanz ist ausgeglichen. Eine positive CO₂-Bilanz lässt sich nur dadurch erzielen, dass Bäume geerntet, ihr Holz stofflich genutzt und junge Bäume nachgepflanzt werden, die dann wieder aktiv CO₂ binden.

Beim Nachpflanzen kann der Wald mit entsprechenden Baumarten an

weiß, was ihn in Zukunft erwartet. Er kann immer nur auf die aktuelle Situation reagieren. Nur ein gezielter, weit vorausschauender Waldumbau lässt relativ schnell robuste Mischwälder entstehen. Dies sichert und erhöht auch die Biodiversität.

In Deutschland wachsen jährlich rund 120 Mio. m³ Holz hinzu und rund 80 Mio. m³ Holz werden gern-

kontinuierlich zu – und die Holzerteilung lässt sich noch steigern. Aufgrund der Klimaerwärmung und den mit ihr einhergehenden Trockenperioden, Stürmen und Insektenplagen wird der Anteil von nicht-sägefähigem Holz wahrscheinlich stark steigen, doch das lässt sich gut zur Herstellung von anderen Holzprodukten nutzen – z. B. für Holzfaser-Dämmstoffe, die dann auch noch jahrzehntelang den Heizenergiebedarf und die mit ihm einhergehenden CO₂-Emissionen senken.

München zeigt, wie sich Bauen mit Holz durchsetzen lässt

Eine Holzbausiedlung zu errichten, finden viele Kommunen gut. Doch meist versanden solche Vorhaben schnell, weil niemand weiß, wie sich

Bauen mit Holz vermeidet nicht nur CO₂-Emissionen, sondern ist zudem eine hocheffektive und hocheffiziente CO₂-Speichertechnologie.

die Klimaerwärmung angepasst werden. Ein naturbelassener Wald dagegen kann dies nicht, weil er – im Gegensatz zu uns Menschen – nicht

tet. EU-weit ist das Verhältnis ähnlich. Nur zwei Drittel des Holzzuwachses werden geerntet. Das Holzvolumen unserer Wälder nimmt also insgesamt

die Holzbauweise eigentlich baurechtlich durchsetzen lässt. Im Bebauungsplan? In einem städtebaulichen Vertrag? Anders? Und schon die Frage, ab welchem Holzanteil ein Gebäude als Holzgebäude zu bezeichnen ist, lässt sich gar nicht so einfach beantworten. Denn gerade bei Mehrfamilienhäusern wird aus Brandschutz- und Schallschutz-

Ruhr-Universität Bochum, die eine umfangreiche Untersuchung durchgeführt. Es galt zu klären, welche Anforderungskriterien sinnvoll sind und wie sie sich praxisnah definieren und umsetzen lassen.

„Das Baugesetzbuch bietet für so konkrete bauliche Fragen wenig Spielraum. Ein städtebaulicher Vertrag nach § 11 soll in erster Linie die

Bei seiner Ökologischen Mustersiedlung knüpfte München die Holzbauweise an die Ausschreibung und Vergabe der Grundstücksflächen.

gründen oft eine Mischbauweise aus Stahlbeton und Holz gewählt.

Diese Fragen stellte sich auch das Münchener Stadtplanungsreferat, als der Stadtrat beschlossen hatte, auf dem Gelände der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne eine Ökologische Mustersiedlung mit 600 Wohnungen in Holzbauweise zu bauen. Zur schlüssigen Beantwortung ließ es sich fachlich beraten, vor allem von Annette Hafner, Professorin für Ressourceneffizientes Bauen an der

Aspekte regeln, die das äußere Erscheinungsbild und die Nutzungsstruktur eines Baugebiets prägen. Die Baumaterialien sind für den zukünftigen Städtebau aber nicht relevant. §9 regelt die möglichen Inhalte eines Bebauungsplans. Dazu gehören z. B. Art und Maß der baulichen Nutzung, die Bauflächen und Freiflächen sowie die Stellung der zukünftigen Gebäude. Baumaterialien für Rohbau und Innenausbau gehören jedoch nicht dazu“, erläutert



Foto: Günther Hartmann

2- und 3-geschossige Reihenhäuser der Baugemeinschaft „Der kleine Prinz“: Hohe Bebauungsdichten lassen sich auch mit niedrigen Geschosshöhen erreichen.

BUCHTIPPS

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (Hrsg.)
Wohnquartier in Holz
Mustersiedlung in München
Detail, November 2020
120 Seiten, 49,90 Euro
978-3-95553-527-8



Günther Moewes
Weder Hütten noch Paläste

Architektur und Ökologie
in der Arbeitsgesellschaft
Nomen, Neuaufgabe
Oktober 2021
240 Seiten, 20,00 Euro
978-3-939816-78-2



Wolf Optisch, der im Stadtplanungsreferat für die Realisierung der Ökologischen Mustersiedlung zuständig war. „Die Holzbauweise haben wir daher an die Ausschreibung und Vergabe der Grundstücksflächen geknüpft. Das war möglich, weil das Gelände der Stadt gehörte.“

Dass das ehemalige Kasernengelände der Stadt gehörte, lag daran,

dass nur die Stadt die baurechtlichen Voraussetzungen für eine Umnutzung schaffen kann. Sie könnte eine Umnutzung blockieren und damit das Grundstück wertlos machen. Das ist ein gutes Druckmittel, um Grundstücksbesitzer zum Verkauf an die Stadt zu motivieren. Und beim Weiterverkauf gehen die Grundstücke dann nicht an die Erst- oder Meistbietenden, sondern an die Bewerber mit dem besten Baukonzept. „Konzeptionelles Vergabeverfahren“ heißt dies im Fachjargon.

Welches Baukonzept das beste ist, wird mit einem transparenten Punktesystem ermittelt. Welche Kriterien dabei wie stark gewichtet werden, bestimmt die Stadt. Für die Ökologische Mustersiedlung war die Holzbauweise das wichtigste Kriterium. Die Bewerber mussten auf einem standardisierten Formular verbindlich erklären, welche „NawaRo-Stufe“ sie erreichen wollen. Diese beschreibt die Masse nachwachsender Rohstoffe bezogen auf die Wohnfläche. Die meisten Bewerber kreuzten die höchste Stufe an. Die mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhielten die Grundstücke. Ein Förderprogramm ergänzte das Vergabeverfahren: Jedes verbaute kg Holz wurde bei 2- und 3-geschossigen Gebäuden mit 70 Cent und bei 4- bis 7-geschossigen Gebäuden mit 2 Euro bezuschusst.

So entstand in der Ökologischen Mustersiedlung eine große Bandbreite unterschiedlicher Holzgebäude. Sie speichern bis zu 284 kg CO₂ pro m² Wohnfläche. Bezogen auf die deutsche Durchschnittswohnfläche von 47 m² pro Person sind das 13,5t CO₂ pro Bewohner. Zum Vergleich: Das entspricht der Menge CO₂, die ein Passagier bei 27 Hin- und Rückflügen von München nach Mallorca freisetzt.

Kommunen, die ebenfalls Holzbausiedlungen errichten wollen,

empfiehlt Optisch drei Dinge: „Erstens saubere Definitionen, zweitens ein Förderprogramm, das einen positiven Anreiz für die Bauherren setzt, und drittens Qualitätssicherung.“ Letztere bedeutet: kompetente fachliche Beratung während aller Projektphasen sowie erfahrene Holzbau-Architekten oder Teams aus Architekten und Holzbauunternehmen.

Weitere Handlungsfelder: Flächenfraß und Verkehrslawine

Beim Vorhaben, „uns aus der Klimakrise herauszubauen“, spielt der Baustoff Holz zwar die zentrale Rolle, doch Bauen verbraucht auch immer Bodenfläche und erzeugt Verkehr. Beides hängt zusammen: Je weniger dicht eine Fläche bebaut ist, desto länger werden die Wegstrecken und desto mehr wird gefahren.

Bis Ende des 18. Jahrhunderts waren unsere Städte innerhalb ihres Mauerrings hochverdichtet und alle Wege konnten bequem zu Fuß zurückgelegt werden. Im 19. Jahrhundert begannen die Städte nach außen zu wachsen – aber immer noch hochverdichtet. Im 20. Jahrhundert ermöglichte dann das Auto die großflächige Zersiedlung des Umlands. Die „aufgelockerte, durchgrünte und autogerechte Stadt“ wurde zum Leitbild, viele Menschen zogen jedoch lieber gleich weit raus, weil da das Bauen und Wohnen billiger ist.

Dieser Trend veränderte die Raumstrukturen grundlegend: Zum einen fand eine Vermischung von Stadt und Natur statt, zum anderen eine Entmischung der Funktionen. Dadurch verschwand etwas Wichtiges: Nähe. Nähe bedeutet einen geringen Aufwand an Zeit, Energie, Rohstoffen und Bodenfläche für Transporte von Menschen und Gütern.

Das Wohnen „im Grünen“ treibt den ökologischen Fußabdruck in die Höhe. Zum einen steigt der Boden-

ONLINETIPPS

Bauhaus der Erde gGmbH
Bauhaus der Erde
April 2021
www.bauhausererde.org

Potsdam-Institut für
Klimafolgenforschung
**Gebäude können zu einer
globalen CO₂-Senke werden**
28.01.2020
www.t1p.de/9ivz

Informationsdienst Holz
Ökologische Mustersiedlung
September 2020
www.t1p.de/9qdw

Landeshauptstadt München
Ökologische Mustersiedlung
Mai 2020
www.t1p.de/w201

Bayerische Gemeindezeitung
Holzbau for Future
Februar 2020
www.t1p.de/3ua6

Philipp Rode
Stadtentwicklung und Verkehr
Vortrag, 30.09.2019
www.t1p.de/5no1

Stefan Bendiks
**Verkehrsinfarkt oder
Verkehrswende?**
Vortrag, 06.05.2019
www.t1p.de/vrbb

Sebastian Gallander
Holt das Dorf in die City
Spiegel, 04.06.2021
www.t1p.de/fhcj

Kaley Overstreet
15-Minuten-Städte
Architonic, 08.02.2021
www.t1p.de/as1m

Stefanie Eisenreich
**Paris auf dem Weg zur Stadt
der 15 Minuten**
Goethe-Institut, Januar 2021
www.t1p.de/gw2xd

Interview mit Till van Treeck
**„Man kann nicht ganz Deutschland
mit Eigenheimen zubauen“**
Zeit, 12.06.2021
www.t1p.de/7jjj

flächenverbrauch, denn je niedriger die Geschosshöhen der Gebäude, desto höher der Pro-Kopf-Verbrauch ihrer Bewohner. Zum ändern wird mehr Auto gefahren, denn je geringer die Einwohnerdichte, desto länger werden die Wegstrecken und desto unattraktiver wird der ÖPNV. Die Autos wiederum brauchen viel Bodenfläche für Straßen und Parkplätze, zudem viele Rohstoffe und viel Energie.

Durch die Automobilisierung erfolgte die Siedlungsentwicklung gießkannenartig in einer Raumstruktur, die aus landwirtschaftlich geprägten Epochen stammt, deren Einwohner heute aber mehrheitlich Berufen nachgehen, die nichts mehr mit der Landwirtschaft zu tun haben. Da jeder Ort stetig neue Baugebiete auswies, gibt es heute zu viele zu kleine und zu wenig dichte Siedlungsflächen. Zwar war immer bekannt, dass erst ab 20.000 Einwohnern ein attraktives Arbeitsplatzangebot und eine gute Infrastruktur möglich sind, doch durch das Auto können diese 20.000 auch großflächig verteilt sein. Das aber macht vom Auto abhängig und lässt deren Zahl stetig wachsen, denn ein ÖPNV kann hier nicht attraktiv sein.

Der zunehmende Autoverkehr führt an Engstellen zu Stau. Neue und breitere Straßen führen nur kurzfristig zu einer Entlastung, langfristig erzeugen sie noch mehr Autoverkehr. Denn entscheidend ist nicht die Länge einer Fahrstrecke, sondern die Zeit, die zum Zurücklegen benötigt wird. Fließt der Autoverkehr, sind lange Fahrstrecken akzeptabel. „Staus sind nicht ein Teil des Problems, sondern ein Teil der Lösung“, betont deshalb der Stadtplaner Stefan Bendiks.

Staus führen zum Umdenken, wenn es attraktive Alternativen gibt – sowohl groß- als auch kleinräumlich. Nur wenn die zeitlichen Unterschiede nicht allzu groß sind, wird vom Auto auf Bahn und ÖPNV umgestie-

gen. Dabei zählen die Gehstrecken zu den Haltestellen mit. Je kürzer sie sind, desto mehr Fahrgäste, desto kürzer der Takt – ein positiver Regelkreis. Deshalb sind hohe Einwohnerdichten ökologisch effizient.

„Zwischen 100 und 1.000 Einwohner pro Hektar sollten Stadtteile im Umkreis ihrer ÖPNV-Haltestellen aufweisen“, empfiehlt der Stadtforscher Philipp Rode. Weniger als 100 führen dazu, dass die Fußstrecken zu den Haltestellen zu lang sind und der ÖPNV wenig genutzt wird. Mehr als 1.000 sind nur mit Hochhäusern möglich, die einen hohen Ressourcenaufwand pro m² Wohnfläche be-

gilt aber: Je weniger Geschosse die Gebäude haben, desto weniger unbebaute Fläche bleibt zwischen ihnen übrig.

Paris geht seinen Stadtbau entschlossen an

Hohe Bebauungs- und Einwohnerdichten sind wichtig für eine ökologische Transformation. Genauso wichtig ist aber auch eine Dezentralisierung der Infrastruktur, eine kleinteilige Durchmischung der Funktionen, denn das verkürzt die Wegstrecken ebenfalls. Hohe Nutzungsvielfalt auf engem Raum

Je geringer die Einwohnerdichte, desto länger die Wegstrecken, desto unattraktiver der ÖPNV und desto mehr wird mit dem Auto gefahren.

deuten. Deutsche Städte weisen relativ niedrige Einwohnerdichten auf. In den Gründerzeitvierteln wohnen meist 100 bis 150 Einwohner pro Hektar, zum Stadtrand hin sinkt die Dichte stufenweise auf unter 20 ab. In Paris beträgt sie im Durchschnitt über 200, in einigen Stadtteilen über 400.

Dichteaussagen für eine Gesamtstadt sind eher irreführend, denn die Stadtgrenzen verlaufen recht unterschiedlich: In der einen Stadt gehören angrenzende Wälder und Seen noch dazu, in der anderen nicht. Viel sinnvoller ist es deshalb, jeden Stadtteil gesondert zu betrachten. 100 Einwohner pro Hektar sollten als Minimum angestrebt werden, um einen attraktiven ÖPNV und eine Verkehrswende zu ermöglichen.

Die Ökologische Mustersiedlung in München weist 130 Einwohner pro Hektar auf. Sie zeigt, dass vernünftige Dichten mit verschiedenen Gebäudetypologien möglich sind: vom 2-geschossigen Reihenhauses bis zum frei stehenden 7-Geschosser. Dabei

ist ökologisch effizient – taucht allerdings als Ziel so gut wie nie auf, wenn es in der Stadtentwicklung um „Ökologie“ geht. Meist steht dann das „Grün“ im Mittelpunkt – und die Kernaufgabe, das Senken des ökologischen Fußabdrucks der Einwohner durch gezielten Stadtbau, bleibt unbeachtet.

Ist der Zusammenhang zwischen Dichte, Flächenverbrauch, Nutzungsmischung, Autoverkehr und ÖPNV-Attraktivität zu abstrakt und zu kompliziert – und deshalb nicht kommunizierbar? Was bislang fehlte, war ein griffiges, einfaches Leitbild, das sowohl Architekten und Stadtplaner als auch die Bürger sofort verstehen. Seit Kurzem gibt es eines, entwickelt in und für Paris: die „ville de quart d'heure“, die „15-Minuten-Stadt“.

Die Idee stammt von Carlos Moreno, Urbanistik-Professor an der Universität Sorbonne. Mit Nachdruck umgesetzt wird sie von der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo. Läden, Kindergärten, Schulen, Be-



Im Rahmen des Pariser Stadtumbaus soll auch der Place Charles de Gaulle neu gestaltet werden: weniger Platz für Autos, mehr Platz für Radfahrer und Fußgänger sowie eine intensive Begrünung mit Bäumen.

hören und Ärzthäuser, aber auch Cafés, Restaurants, Kinos, Theater- und Konzerthallen, Büchereien, Sportstätten, Jugendzentren und andere Einrichtungen sowie Parkanlagen sollen von jeder Wohnung in nicht mehr als 15 Minuten erreichbar sein – am besten zu Fuß, ansonsten mit dem Fahrrad. Dafür wird die städtische Infrastruktur stark dezentralisiert und die Stadt an geeigneten Stellen nachverdichtet. Radwege werden konsequent ausgebaut, die Fahrspuren und Parkplätze für Autos konsequent rückgebaut und der öffentliche Raum durch weitere gestalterische Maßnahmen aufgewertet. Die Luftverschmutzung nimmt ab – und die Lebensqualität deutlich zu.

Um in die Arbeit zu gelangen, werden viele Menschen dennoch weitere Wegstrecken zurücklegen müssen und dafür den ÖPNV brauchen. Doch der ist in Paris seit jeher sehr attraktiv, denn aufgrund der überall hohen Einwohnerdichten sind auch sein Netz und seine Taktung sehr dicht. So lassen sich auch lange Strecken in relativ kurzer Zeit zurücklegen – deutlich schneller als im Auto.

Hildagos entschlossener Stadtumbau erregte zwar auch Kritik und Protest, überzeugte aber die große Mehrheit der Pariser. Nachdem sie 2014 als erste Frau das Bürgermeisteramt gewonnen hatte, wurde sie 2020 mit 49,3% der Stimmen wiedergewählt.

Dem Vorbild Paris versuchen inzwischen zahlreiche Städte nachzueifern. Auch in Deutschland. Doch als Hamburg-Nord beschloss, in künftigen Bebauungsplänen nur noch hohe Bebauungsdichten und somit keine Flächen für neue Ein-

möglich sein. Man dürfe den Menschen „diesen Traum“ nicht nehmen. Das „Häuschen im Grünen“ sei ein „Wohlstandsversprechen“, das man den Bürgern nicht madig machen dürfe. Und wenn in den großen Städten kein Platz mehr dafür sei, dann sollen eben die kleinen Gemeinden auf dem Land umso mehr Bauland ausweisen ...

Es wurde erst gar nicht versucht, diese Forderung sachlich zu begründen. Anstelle von Argumenten tauchte dagegen auffällig oft das Wort „Traum“ auf. Sicherlich ist für

Eine dezentralisierte Infrastruktur, kleinteilige Funktionsmischung und hohe Nutzungsvielfalt auf engem Raum sind ökologisch effizient.

familienhäuser auszuweisen, war die Empörung groß. „In Hamburg ist ein Traum linker Ideologen wahr geworden“, schimpfte der CDU-Politiker Henneke Lütgerath. Und viele andere Politiker stimmten ihm zu: Der Bau von Einfamilienhäusern müsse in Deutschland auch künftig

viele Menschen das Einfamilienhaus im Grünen ihr „Wohn-Traum“ – genauso wie für viele der SUV das „Traum-Auto“ und der Flug ans andere Ende der Welt die „Traum-Reise“. In der Summe aber werden die vielen „Träume“ einzelner Menschen für die Menschheit zum Albtraum.



Die Avenue des Champs Élysées, bislang vom Autoverkehr dominiert, soll durch eine neue Zonierung, Begrünung und Möblierung eine hohe Aufenthaltsqualität erhalten.

Bauen mit Holz macht den Stadtumbau einfacher

Die Klimaerwärmung, den Flächenfraß und die Verkehrslawine zu stoppen, ist nicht zum Nulltarif möglich. Der Preis dafür ist, die Hauptursachen künftig konsequent zu unterlassen. Die baulichen Hauptursachen sind: die Baumaterialien Beton,

Holzbau arbeitet mit Großelementen, die unter optimalen Arbeitsbedingungen in Werkhallen mit hoher Präzision vorgefertigt, dann „just in time“ zur Baustelle transportiert und dort in kurzer Zeit montiert werden. Da es sich um eine trockene Bauweise handelt, kann nach der Fertigstellung des Rohbaus sofort der Innenausbau beginnen. Die Dauer

Bestandsgebäuden das Versiegeln neuer Bodenfläche. Ein zusätzliches Geschoss auf Bestandsgebäuden ist durch die Leichtigkeit der Holzbauweise so gut wie immer möglich, oft sogar mehr.

Flächeneffizienz statt Flächenexpansion! Das ist wichtig, wenn wir uns – wie Schellnhuber es fordert – „mit Holz aus der Klimakrise herausbauen“ wollen. Jedes Bauprojekt muss immer auch Teil eines schlüssigen Stadtumbaus hin zur 15-Minuten-Stadt sein. ■

Für den ökologischen Stadtumbau fehlte bislang ein griffiges Leitbild. Seit Kurzem gibt es eines, entwickelt für Paris: die „15-Minuten-Stadt“.

Ziegel und Stahl, zu geringe Bebauungsdichten und monofunktionale Nutzungsstrukturen. Wege aus dem Dilemma zeigen die „Bauhaus der Erde“-Initiative und die Stadt Paris. Und glücklicherweise ergänzen sich deren Konzepte geradezu ideal.

Für mehr Bebauungsdichte, Nutzungsvielfalt und eine bessere Nahversorgung braucht es gezielte Nachverdichtungsmaßnahmen. Und die lassen sich in Holzbauweise einfacher realisieren. Der moderne

der Baustellen ist erheblich kürzer und es fallen kaum Lärm- und Staubemissionen an.

Die warme Anmutung sichtbarer Holzoberflächen sorgt zudem für positive Resonanz. Neue Gebäude oder Gebäudeerweiterungen werden nicht als Bedrohung, sondern als Bereicherung empfunden. Das Schließen von Baulücken spart das Ausweisen und Erschließen neuer Baugebiete, der Ausbau von Dachräumen und das Aufstocken von

Günther Hartmann,

Jahrgang 1965, studierte Architektur und arbeitete nach dem Diplom zunächst in verschiedenen Architektur- und Stadtplanungsbüros. Seit 2008 ist er hauptberuflich als Journalist tätig. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 verantwortlicher Redakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

An alle Mitglieder von Christian Rechholz

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde der ÖDP!

Es ist die Zeit der Jahresrückblicke. Was, ein Jahr ist es erst her, dass wir das Mandat für den Bundesvorstand erhielten? Gefühlt sind es schon zwei, so viel ist in der Zwischenzeit passiert. Andererseits fühlt sich die Zeit auch viel kürzer an. Für so manches hätten wir gerne mehr Zeit gehabt, zum Beispiel zur Vorbereitung der Bundestagswahl. Einstein hatte recht mit der Relativität der Zeit.

Zunächst einmal beschäftigten uns viele interne und organisatorische Fragen. Darüber hatte ich bereits berichtet. Nun, nach einem Jahr, denke ich, es ist da viel Gutes entstanden. Und wo gearbeitet wird, passieren auch Fehler. Zu dem Guten, was entstanden ist, zähle ich zum Beispiel das konstruktive Miteinander im Vorstand und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch den Pflegeflyer und das Hochwasserschutzkonzept. Das Faltblatt, das sich explizit den Bedürfnissen von Pflegekräften widmet, ist in einer Untergruppe des Corona-Beirats in kürzester Zeit entstanden. Wir haben hier eindeutig Stellung genommen und widmen uns dieser systemrelevanten Berufsgruppe, die sonst kaum jemand im Blick hat. Ich hoffe, der Flyer bringt unsere Botschaft dieser Zielgruppe näher und schafft Zuversicht. Das Hochwasserschutz-Konzept entstand aus aktuellem und traurigem Anlass. Dank der Expertise und des hohen Einsatzes der Beteiligten, allen voran Dr. Otto Feldmaier, konnte das fundierte Werk in kurzer Zeit entstehen.

Die Bilder von der Hochwasserkatastrophe, die wir aus NRW und vor allem Rheinland-Pfalz bekommen haben, waren entsetzlich. Dieses Hochwasser kam nicht aus heiterem Himmel – solche Unwetter-Ereignisse sind laut den Warnungen der Klimaforscher häufiger zu erwarten, werden gar befeuert durch die kaum gebremsten Emissionen von Klimagasen. Und sie sind Ergebnis unserer weiter voranschreitenden Flächenversiegelung. Wir machen immer weiter so und das empfinde ich als katastrophal. Gleichzeitig werden wir laut neuem Grünbuch bald in weiten Teilen Deutschlands Trinkwassermangel haben. Die Einschläge kommen immer näher, doch es reicht den etablierten Politikern und der Gesellschaft noch nicht, um grundsätzlich und in ganzer Breite über unsere Art des Wirtschaftens, über die Ausbeutung von Menschen und den Raubbau an der Natur nachzudenken, wirklich umzudenken.

Denn es ginge auch anders. Es muss anders gehen. Was wir da propagieren, sind keine wirren Utopien, sondern es ist der wirklich notwendige Weg. Herr Altmaier irrt gewaltig, wenn er meint, Klimaschutz könne man sich nur erlauben, wenn dieser bezahlbar bliebe und nicht den Wohlstand gefährde, dem aber nicht die Folgekosten und Lebensgrundlagen zerstörenden Veränderungen fehlender Klimaschutzmaßnahmen gegenüberstellt.

„Auf gutem Boden
wachsen wir zu neuer Stärke.“

Christian Rechholz

Aber auch Herr Laschet bekundete, man könne doch nicht wegen einer Flutkatastrophe die ganze Politik ändern. – Doch, genau das ist nötig! Den Wohlstand kann man nur bewahren, wenn man jetzt mit allen Mitteln das Klima schützt. Das ist die *Conditio sine qua non* – die notwendige Bedingung.

Allerdings müssten wir uns dann auch ernsthaft darüber unterhalten, was wir unter Wohlstand verstehen: ein Leben im Konsumrausch einer Wegwerfgesellschaft oder ein glückliches Leben mit den notwendigen Dingen und mehr Zeit und Blick für die richtigen Dinge? Dazu würde auch die Einsicht gehören, dass unser Wohlstand nicht weiter auf Ausbeutung und Ungerechtigkeiten weltweit beruhen kann. Das ist nicht nur eine Frage der Moral und Fairness, das ist auch eine Frage der Sicherheit und des Friedens.

Gesellschaftlichen Wohlstand durch Klimaschutz absichern

Was unsere Ideen für eine andere Politik betrifft, da haben unsere Bundesarbeitskreise (BAKs) und die Bundesprogrammkommission viel beigetragen. Unser Wahlprogramm kann sich wirklich sehen lassen und geht auch konzeptionell sehr in die Tiefe. Auch nicht zu vergessen ist das 2. Coburger Symposium unter der Ägide von Günther Brendle-Behnisch und Christoph Raabs. Die ÖDP hat abermals unter Beweis gestellt, wie fundiert sie arbeitet. Das zeigt schon der Reigen der Teilnehmer. Hier konnten wir namhafte Experten gewinnen. Besonders gefreut hat mich die interessierte Teilnahme von Olaf Bandt vom

BUND. Sie war das Ergebnis eines Verbandsgesprächs. Mittlerweile haben wir die Chefs fast aller Umweltverbände gesprochen, Greenpeace folgt noch. Herr Bandt adelt dabei die ÖDP als einzige Partei der Wachstumskritik. Ja, mit dem BUND haben wir große Schnittmengen. Leider haben die Verbände – manche hatten es uns explizit versprochen – die ÖDP wieder nicht in ihre Wahlempfehlungen und -prüfsteine mitaufgenommen. Zwischen den Zeilen klang durch, dass es viel Druck hinter den Kulissen gibt, das nicht zu tun. Wir vermuten mal aus Richtung der Grünen. Die Gründe für diesen Druck verstehen wir – viele setzten alle Hoffnung auf diese Partei. Es bleibt aber ärgerlich und undemokratisch.

Im zurückliegenden Jahr konnten wir uns wegen der Covid-Beschränkungen leider nicht so häufig persönlich treffen, wie wir das gewohnt waren oder uns wünschen. Aus zwei angedachten Präsenz-Parteitag wurden ein regulärer und ein Sonderparteitag, beide online. Hier waren wir gezwungen, einen großen Digitalisierungsschritt zu gehen, was uns vorangebracht hat. So mussten wir in Folge auch Landesparteitage, Wahlen und Abstimmungen online durchführen. Das ging nur mit neuen Software-Lösungen, die Geld und Einarbeitungszeit gekostet haben. Aber hier sind wir nun zeitgemäß aufgestellt. Die

und günstiger online durch. Dabei spart man nicht nur eine Menge CO₂ ein, sondern kann sich auch sehen und den Bildschirm teilen, was eine Verbesserung gegenüber Telefonkonferenzen ist.

Die erweiterten Kommunikationsmöglichkeiten sind eine deutliche Verbesserung in der Zusammenarbeit, sie sollen und werden aber die physischen Begegnungen nicht völlig ersetzen. Ich selbst freue mich auf die persönlichen Zusammenkünfte und bin deswegen auch gerne und viel durch das Land gereist. Damit soll es weitergehen. Die persönliche Begegnung, der Austausch sind wichtig. Ich will hineinhören in unsere Partei und deswegen weiter durch die ÖDP reisen, lauschen, diskutieren, gemeinsam Ideen entwickeln. Wir haben so viele kreative Mitglieder, so viel Energie und Motivation. Die Mitgliederdynamik erfordert es, dass wir uns häufiger vernetzen, untereinander kennenlernen, austauschen und gemeinsam weiterdenken und handeln. Das stärkt uns.

Gemeinschaft stärken

Gestärkt hat uns auch die Radtour von München nach Potsdam/Berlin. Rund 1.100 Kilometer waren die Teilnehmer im Sattel, die von Anfang an mit dabei waren. Bis zum erfolgreichen Abschluss der Tour vor den ausgestellten Artikeln des Grundgesetzes hinter dem Bundestag in Berlin brachten sich insgesamt 200 Leute ein. Das alles ist eine Basis-Aktion gewesen. Petra Hennecke hat diese Tour geplant und organisiert. Es brauchte viel Energie, Umsicht und Durchhaltevermögen, um diesen Traum in die Wirklichkeit umzusetzen. Ganz besonders herzlichen Dank dafür. Die Tour hat eine Menge Leute mitgenommen, neue Erfahrungen, Begegnungen, Kontakte ermöglicht und neue Motivationsenergie freigesetzt – mehr noch als auf Parteitagen.

Die zentral geplante Wahlkampf-Tour startete im August mit unserem Bauwagen. Den taufen wir Demokratie-Wagen, weil wir für eine Stärkung der Demokratie eintreten. Er transportiert die Botschaften der ÖDP, erzählt eine Geschichte und fungiert als Sympathieträger. Er brachte uns nicht nur Aufmerksamkeit in den sozialen Medien, sondern auch in der Presse. Wir bekamen an seinen Standorten Zeitungsartikel und manchmal auch Berichterstattung in Radio oder Fernsehen. Doch das ist



Christian Rechholz (l.) und der BUND-Vorsitzende Olaf Bandt beim 2. wachstumskritischen ÖDP-Symposium in Coburg am 22. Mai 2021

Qualität persönlicher Begegnungen auf Präsenzveranstaltungen lässt sich dadurch natürlich nicht ersetzen, aber die digitalen Werkzeuge werden uns in Zukunft weiter behilflich sein. Von Vorteil wären etwa Hybrid-Parteitage, an denen Delegierte und Gäste von zu Hause aus teilnehmen können. So manche BAK-Treffen oder sonstige Sitzungen führen wir bereits heute schneller, einfacher

und günstiger online durch. Dabei spart man nicht nur eine Menge CO₂ ein, sondern kann sich auch sehen und den Bildschirm teilen, was eine Verbesserung gegenüber Telefonkonferenzen ist.

nur der eine Nutzen. Der Demokratie-Wagen wirkte ganz stark auch in die Partei hinein. Das berichten alle, die mitgefahren sind und denen mein herzlicher Dank gilt. Es war auch für mich eine schöne Erfahrung, Land und Leute kennenzulernen. Geplant ist, den ausgestatteten Demokratie-Anhänger den ÖDP-Verbänden zur Verfügung zu stellen – als Anker für kommende Wahlkämpfe, Mitglieder-Werbeaktionen, das Sammeln von Unterschriften oder als Hingucker auf der nächsten Demonstration.

Im vergangenen Jahr haben wir vier neue Mitarbeiter bekommen: in Würzburg Carolin Rinke, in Mainz Dr. Claudio Caballero und in München Anja Kistler und Fenyä Kirst. Das ist immerhin ein Drittel der hauptamtlich Angestellten. Bei den „Regios“, deren Aufgabe die Unterstützung beim Strukturaufbau von Untergliederungen ist, gab es einen Wechsel in Niedersachsen: Yorck Müller-Dieckert kam hinzu und Bastian Michel verabschiedete sich. Zudem ging Walter Konrad (Mainz) in den Ruhestand, unser erster ÖDP-Pensionär, und Andrea Reitzenstein verließ die Geschäftsstelle in Würzburg. Wir bedanken uns bei allen herzlich für ihr Engagement und wünschen ihnen einen guten weiteren Lebensweg.

Einen nach außen deutlich wahrnehmbaren Effekt hat die Verstärkung im Social-Media-Bereich: Anja und Fenyä wurden als Spezialistinnen dafür eingestellt. Hier hatten wir viel Nachholbedarf und nach einem halben Jahr kann man schon feststellen: Es hat sich gelohnt. Wir haben hier enorme Fortschritte gemacht. Als kleine Partei mit kleinem Budget, aber guten Ideen können wir gut mit den anderen mithalten. Den Fortschritt sieht man in der gesamten Partei. Davor wurde häufig kritisiert, es sähe bei der ÖDP aus wie Kraut und Rüben – das ist nun nicht mehr der Fall. Dank der Arbeit unseres Social-Media-Teams, dank Unterstützung und Fortbildungen, dank des Sharepic-Generators auf unserer Mitgliederplattform „orangeaktiv“ und eines detaillierten Redaktionsplans sind wir hier richtig professionell geworden. Unsere Videos kamen sehr gut an, weil sie authentisch wirkten. Manche Videos wurden im sechststelligen Bereich angeschaut.

Weiterbildung als Schwerpunkt des nächsten Jahres

Zu den Erfolgen in der Außenwirkung trug auch unser Wahlkampf-Camp für Kandidatinnen und Kandidaten am ersten Juliwochenende bei. Die guten Erfahrungen und Rückmeldungen aus Neuendettelsau nutzen wir nun, um ein komplettes Schulungsprogramm aufzusetzen. Die Schulungen werden einer der Schwerpunkte des nächsten Jahres sein. Rhetorik, Gründung und Organisation von Kreis- und Ortsverbänden, Finanzen, Ak-

tionsplanung, Mitgliedergewinnung, Social-Media- und Pressearbeit, um nur ein paar Themen zu nennen. Solche Fortbildungen sollen künftig teils online und teils in Präsenz stattfinden. Außerdem in allen vier Himmelsrichtungen, um die Anfahrswege einigermaßen kurz zu halten.

Der zweite Schwerpunkt wird die Mitgliedergewinnung sein, erfreulicherweise haben wir auch 2021 wieder einige neue Mitglieder gewonnen. Im Oktober gehörten



Petra Hennecke (l.) und weitere Umweltfreunde radelten von München bis nach Potsdam. Von dort ging es zu Fuß nach Berlin.

8.250 Mitglieder der ÖDP an. Der dritte Schwerpunkt wiederum soll sein, auch unsere interne Organisation zu verbessern. Wir müssen Fehler analysieren und abstellen, Prozesse und Zuständigkeiten optimieren, als Organisation effektiver dazulernen. Nach der Wahl haben wir mit dem Bund-Länder-Rat bereits einen konstruktiven Prozess eingeleitet. Den möchten wir fortsetzen und dabei Lernfortschritte absichern. Die Richtung und das Tempo unserer Weiterentwicklung werden wir gemeinsam ausloten.

Ein erstes Zwischenfazit von mir an dieser Stelle: Wir haben zu wenig fokussiert. Das ist für mich die wichtigste Aufgabe. Wir brauchen ein langfristig relevantes Überthema, einen Kern, der die ÖDP ausmacht, eine Lücke, eine Funktion im Parteienspektrum, die den Zuspruch verstärkt. Das wird die schwerste Herausforderung, gerade weil wir so viele Themen und ein ausgereiftes Programm haben. Wir waren bei dieser Wahl zu breit aufgestellt. Aber wir müssen auch konkretisieren, vom Abstrakten zum begreifbaren Beispiel aus dem Alltag kommen. Wir müssen personalisieren. Wir müssen in jedem Bundesland gezielt und langfristig ÖDP-Persönlichkeiten aufbauen. Wir müssen emotionalisieren: Welche Themen berühren die Menschen? Zu häufig sprechen wir nur den Verstand an und erreichen die Herzen oder den Bauch nicht. Und wir müssen visualisieren, also eindrückliche Bilder sprechen lassen. Nicht zuletzt müssen wir an unse-

rer Mobilisierung der eigenen Mitglieder arbeiten, aktions- und kampagnenfähiger werden, etwas frischer und frecher in der Kommunikation und Außenwahrnehmung.

Strategien für externe Faktoren

Und auch wenn wir in all diesen Punkten besser werden, bleibt die Frage, ob wir bei der Bundestagswahl bessere Chancen haben, da sie immer mehr als Kanzlerwahl verkauft wird, da das Wahlrecht die Kleinen benachteiligt und das Märchen von der verlorenen Stimme schwer auszuräumen ist. Eine Chance sehe ich in den neuen Mehrheiten im Bundestag. Zum einen gibt uns eine grüne Regierung die Chance, als ökologisches Gewissen den Finger in die Wunde zu legen. Auf der anderen Seite könnten die neuen Regierungsparteien uns mit einer Reform des Wahlrechts helfen. Sie alle haben bei jungen Wählerinnen und Wählern gepunktet und haben vielleicht selbst ein Interesse, das Wahlalter zu senken. Andere hilfreiche Überlegungen, wie etwa das Konzept der Alternativstimme, halte ich für leider nicht durchsetzbar. Schlicht, weil die Parteien, die das beschließen müssten, Angst haben, dadurch selbst Wähler zu verlieren. Die 5%-Hürde könnte man angesichts einer immer pluraleren Gesellschaft, des steigenden Anteils nicht berücksichtigter Stimmen und abnehmender Bindungskräfte der einstigen Volksparteien erneut verfassungsrechtlich überprüfen lassen. Hier kann ich mir eine Zusammenarbeit mit anderen „Kleinen“ gut vorstellen. Einen ersten Aufschlag haben wir in der letzten Woche vor der Wahl mit gemeinsamer Pressemitteilung und Video schon unternommen.

Das kam in und außerhalb der Partei gut an. Im Großen und Ganzen haben wir einen professionellen Wahlkampf

geführt, der extern, aber auch intern gewirkt hat. Unsere Beiträge in Social Media, insbesondere einige Videos, brachten uns deutlich mehr als die angestrebten 40 Millionen Kontakte. Jan-Philipp van Olfen kam im ZDF, Emilia Kirner war in der ARD zu sehen und fast wären wir noch in der heute-show gelandet. Franz Alt interviewte mich für zwei Sendungen. Wir sind bundesweit angetreten, haben in 16 Bundesländern aktive Landesverbände. Eine Qualität der ÖDP zeigt sich auch wieder nach diesem mäßigen Wahlergebnis: Die Motivation in der Partei bleibt hoch und das ist gut so. Im Jahr 2022 stehen im Saarland, in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen Landtagswahlen an. Hier werden wir gestärkt und auf frische Weise angreifen. Außerdem wird die ÖDP nächstes Jahr 40 Jahre alt. Und dann gilt unser Blick auch schon der heranziehenden Europawahl 2024.

Nun aber stehen erst einmal Weihnachten und das Jahresende vor der Tür. Ein ereignisreiches, spannendes Jahr geht zu Ende. Ich danke allen Mitgliedern für ihren Einsatz und ihre Treue, ihre zustimmenden und konstruktiv-kritischen Rückmeldungen. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit, auf die es ganz besonders in Wahlkampfzeiten ankommt. Ich danke aber auch den Mitgliedern des Bundesvorstands für die ausgesprochen gute und freundschaftlich-konstruktive Zusammenarbeit.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest sowie besinnliche Stunden im Kreis der Lieben. Möge das Jahr 2022 für uns alle gesund und friedlich werden. Möge es ein Jahr für mehr enkeltaugliche Politik werden.

Mit ökologischen Grüßen
Christian Rechholz



Ein Highlight im Wahlkampf war der ÖDP-Demokratie-Wagen. Dieser Hingucker hat noch lange nicht ausgedient.

Aus dem Europaparlament von Manuela Ripa

Im Kampf gegen Krebs: mehr Prävention und Vorsorge

Im Jahr 2020 starben 1,3 Millionen EU-Bürger*innen an den Folgen einer Krebserkrankung. Das sind ein Viertel aller Todesfälle. Vergangenes Jahr wurde deshalb vom Europäischen Parlament der Sonderausschuss für Krebsbekämpfung ins Leben gerufen, in dem ich Mitglied bin.

Im Krebsausschuss wird der EU-Plan zur Krebsbekämpfung behandelt, der von der Europäischen Kommission kurz vor dem Weltkrebstag am 4. Februar 2021 veröffentlicht wurde. Positiv zu vermerken ist, dass die Kommission in dem Bericht die Krebsprävention betont, denn rund 40% aller Krebserkrankungen sind vermeidbar.

Die Ansätze der EU-Kommission zur Prävention sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Es werden u.a. die Gefahren durch Alkohol, Tabak und Luftverschmutzung angesprochen. Ich begrüße insbesondere die Verpflichtung, auf 80% der Vorder- und Rückseite von Zigarettenpackungen Warnhinweise anzubringen. Doch Krebsprävention geht weiter als das. Tagtäglich sind wir und unsere Kinder gesundheitsschädlichen und möglichen krebs-erregenden Stoffen ausgesetzt, die in Alltagsgegenständen enthalten sind. Zum Beispiel in bestimmten Lebensmittelverpackungen, Kosmetika und sogar in Kinderspielzeug und Babyartikeln. Die sogenannten „endokrinen Disruptoren“, wie beispielsweise Parabene, stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Entstehung hormoneller Krebsarten und sind in

unserem Alltag noch viel zu stark vertreten. Deshalb lautet eine meiner wichtigsten Forderungen im Krebssonderausschuss: das Verbot von krebs-erregenden Inhaltsstoffen in Alltagsprodukten! Rücksichtnahme auf Chemiekonzerne darf es nicht mehr geben.

Schutz der Verbraucher*innen und besonders unserer Kinder

Bis das Verbot kommt, brauchen wir eine klare Kennzeichnung krebs-erregender Produkte, damit Verbraucher*innen in der Lage sein können, sich selbst zu schützen. Insbesondere dürfen Produkte, die fragliche Inhaltsstoffe enthalten, nicht als „sehr gut“ gekennzeichnet werden, wie ich es kürzlich bei einer Kinderzahn- pasta erlebt habe, die Parabene enthält. Dies habe ich explizit im Krebs- ausschuss angesprochen.

Neben dem Verbot von krebs-erregenden Substanzen liegt mein Fokus auch auf dem Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Fettleibigkeit durch zu fett-, salz- und zuckerhaltige Produkte. Übergewicht bei Kindern ist mit einer Reihe schwerwiegender gesundheitlicher Folgen verbunden, zu denen auch ein höheres Krebsrisiko zählt.

Kinder sind besonders anfällig für die Manipulationen der Werbewirtschaft. Studien haben ergeben, dass Kinder häufiger zu Süßigkeiten greifen, wenn sie davor eine Werbung zu diesem Produkt gesehen haben. Deshalb fordere ich eine EU-weite



strenge Regulierung für Werbung und Marketingstrategien für ungesunde Lebensmittel, die sich speziell an Kinder richten. Krank machende Nahrungsmittel dürfen nicht von Comic-Helden, welche unsere Kinder verehren, beworben werden!

Neben Prävention ist auch die Krebsvorsorge entscheidend. Denn Früherkennung rettet Leben. Krebsvorsorge muss allen Bürger*innen in Europa gleichermaßen offenstehen. Leider ist das bisher noch nicht der Fall. Darüber hinaus muss die EU grundsätzlich sicherstellen, dass alle Krebspatient*innen einen gleichberechtigten, bezahlbaren Zugang zu hochwertiger Krebsbehandlung haben. Der europäische Plan zur Krebsbekämpfung muss Sorge dafür tragen, dass der soziale Hintergrund von Patient*innen nicht über eine gute oder schlechte Krebsbehandlung entscheidet.

Für all dies kämpfe ich im Europäischen Parlament und werde mich weiter besonders für die Kleinsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft einsetzen.

<https://manuela-ripa.eu/>
 Facebook: @ripamanuela
 Twitter: @RipaManuela
 Instagram: @manuela.ripa

Aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler

Professionalisierung der ÖDP-Arbeit

Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser, während ich diese Zeilen schreibe, ist die Bundestagswahl 2021 gerade drei Wochen her. Wir sind noch mitten in den laufenden Wahlanalysen und werden auf dem bevorstehenden Bundeshauptausschuss am 20. November 2021 darüber weiter beraten haben. Auf dem Bund-Länder-Rat vom 2. Oktober 2021 wurden allerdings bereits nächste Schritte in Richtung einer weiteren Professionalisierung der ÖDP-Arbeit vom Bundesvorsitzenden Christian Reholz angekündigt.

Stärkung der kleineren Landesverbände

Die Stärkung der kleineren Landesverbände ist uns ein wichtiges Anliegen. Durch die begrenzten finanziellen Mittel ist es uns aber leider nicht möglich, überall Regionalbeauftragte oder Geschäftsführer seitens des Bundesverbandes zu finanzieren. Trotzdem werden wir jetzt noch einmal die Konzeption der Regionalbeauftragten überprüfen und schauen, was gut und was schlecht gelaufen ist und wie man den Einsatz dieser aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Landes- und Kreisverbände effizienter gestalten kann. Sicherlich wird dabei auch die bundesweite Mitgliederwerbung helfen.

Bundesweite Mitgliederwerbung

Zunächst werden wir ein Mitgliederwerbekonzept auflegen und dazu auch den Mitgliedern entsprechende Schulungen anbieten. Auch bei

dieser Wahl mussten wir feststellen, dass wir zu wenige Mitglieder und Aktive haben. Wir sind zwar in den vergangenen zwei Jahren von ca. 6.000 auf über 8.000 Mitglieder gewachsen, aber dies ist leider immer noch zu wenig, um bei bundesweiten Wahlen bestehen zu können. Während der Wahlkampagnen haben wir immer ein organisches Wachstum, das wir aber auch zwischen den Wahlen brauchen, weil in dieser Zeit bisher das Mitgliederwachstum abflacht. Bei diesen Aktionen wird auch der ÖDP-Bauwagen, der ja sehr erfolgreich im Bundestagswahlkampf eingesetzt wurde, eine Rolle spielen – auch im Kontext der anstehenden Landtagswahlen in einigen Bundesländern im Frühjahr 2022.

Schulungskonzept für die ÖDP

In den Jahren 2020 und 2021 konnte die ÖDP zahlreiche neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit wichtigen Fähigkeiten für die politische Arbeit begrüßen. Mit den eigenen Kräften sowie auch dem ein oder anderen externen Fachmann möchten wir für alle relevanten politischen und organisatorischen Parteibereiche Schulungen anbieten. Dies wird mein neuer Kollege in der Geschäftsstelle Mainz, Dr. Claudio Caballero, koordinieren und organisieren. Hier sollen sowohl Online- als auch physische Schulungen angeboten werden. Gerade in den Jahren 2022/23, also vor der wichtigen Europawahl 2024, wollen wir allen Mitgliedern sowie allen Haupt- und Ehrenamtlichen die Möglichkeit bieten, sich entsprechend fortzubilden.

Optimierung der inhaltlichen Arbeit der ÖDP

In der Öffentlichkeitsarbeit spielen Parteiprogramme leider eine untergeordnete Rolle, genügend Programme hat die ÖDP. Das Problem scheint viel eher zu sein, die richtigen Botschaften an die Menschen zu bringen. Dazu soll die inhaltliche Arbeit der Bundespartei auf den Prüfstand gestellt werden. Möglicherweise sind neben den Bundesarbeitskreisen und der Bundesprogrammkommission, die die politische Grundsatzarbeit leisten, auch kleine, mit Experten besetzte Teams erforderlich, die auf tagesaktuelle Themen mit kompakten Stellungnahmen reagieren können. Einsetzen könnten solche Teams die politischen Gremien wie Bundesparteitag, Bundeshauptausschuss oder Bundesvorstand.

Ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Ideen für diese vier Arbeitsbereiche zuschicken würden. Gerne können diese dann als Diskussionsgrundlagen in die Beratungen des Bundesvorstands einfließen.

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär,
im Team der
ÖDP-Bundes-
geschäftsstelle

Bundespolitisches
und Kommunalpolitisches Büro,
Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (06131) 67 98 20
Fax: (06131) 67 98 15
Mobil: (0160) 87 10 542

politik@oedp.de



Baden-Württemberg

Teilnahme an Bundestagswahl trotz schwacher Wahlergebnisse sinnvoll

Bei der Bundestagswahl hat die ÖDP in Baden-Württemberg 0,3 % (Erststimmen: 0,3 %) erzielt. Am besten waren die Ergebnisse in den Wahlkreisen Biberach (1,9 % Erststimmen / 0,9 % Zweitstimmen), Ravensburg (1,3 % Erststimmen / 0,7 % Zweitstimmen) und Rottweil - Tuttlingen (1,0 % Erststimmen / 0,6 % Zweitstimmen). Wir danken allen Aktiven und Direktkandidat(inn)en!

Insgesamt ist das Ergebnis enttäuschend, zumal die Ausgangslage – trotz mehr Konkurrenz – gut war. Es stellt sich nach Bundestagswahlen immer wieder die Frage, warum wir zu diesen antreten, wenn die Ergebnisse doch recht bescheiden sind. Grundsätzlich sprechen einige Argumente dafür: Zum einen ist die Wahlkampfkostenerstattung durchaus erreichbar. Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Zum anderen können wir mit dem Wahlkampf unsere Partei und Ziele bekannt machen und neue Mitglieder gewinnen – in Baden-Württemberg waren es in den letzten Monaten etwa 25. Die Direktkandidat(inn)en

wiederm können wertvolle Erfahrungen sammeln und eine persönliche Note in den Wahlkampf bringen. Aber sicher: Die meiste Energie und das meiste Geld sollten nicht in die Bundestagswahl gesteckt werden.

Bauwagen-Stationen in Reutlingen und Karlsruhe

Eine besonders schöne Erfahrung war der Bauwagen, der in Baden-Württemberg in zwei Städten haltgemacht hat: in Reutlingen und in Karlsruhe. Es waren zwei ganz verschiedene Standorte: in Reutlingen am Rande des Publikumsverkehrs auf einem kleinen Platz unter Bäumen, in Karlsruhe mitten in der Stadt auf einem großen Platz in der prallen Sonne, neben Wasserfontänen und planschenden Kindern. Massen an Menschen haben wir weder in Reutlingen noch in Karlsruhe erreicht. Da hätten wir uns mehr Interesse am Bauwagen und dann auch an der Partei erhofft. Dennoch war der Bauwagen ein reizvoller Blickfang, es gab einige gute Gespräche und wir haben Flyer verteilt. Insbesondere Sympathisant(inn)en und Mitglieder sind gekommen, um zu schauen und sich Werbematerial abzuholen. Und schließlich gab es auch etwas Resonanz seitens Lokalfernsehen und Zeitungen.



Gespräche am ÖDP-Bauwagen in Reutlingen

Eine Nachlese zur Bundestagswahl gab es insbesondere beim Landesparteirat, über den wir in der nächsten ÖkologiePolitik berichten werden.

Parteiaufbau von unten erforderlich

Die besten Ergebnisse gibt es stets dort, wo wir kommunal aktiv sind und wo Sympathisant(inn)en und Mitglieder persönlich für die ÖDP werben. Das zeigt, dass Parteaufbau von unten erfolgt, von der Arbeit in den Kommunen aus. Daher ist es wichtig, dass wir in möglichst vielen Gemeinden bei Kommunalwahlen antreten und uns vor Ort engagiert und kompetent einbringen. In Baden-Württemberg findet die nächste Kommunalwahl 2024 statt. Bis dahin gilt es zu sondieren, wo Chancen auf einen Wahlantritt bestehen, und Wahllisten aufzubauen. Für einen möglichst guten Informationsfluss ist ein Landesarbeitskreis Kommunalpolitik in Gründung.

Kontakt: ÖDP Baden-Württemberg

Uli Stein, Landesgeschäftsführer

Tel.: (07 11) 63 64 64 4, info@oedp-bw.de

Matthias Dietrich, Regionalbeauftragter

Tel.: (0 71 21) 88 01 04, matthias.dietrich@oedp-bw.de

Bayern

Spatenstich für Bahnausbau mit Andi-Scheuer-Double

Seit Jahrzehnten klagen die Bürgerinnen und Bürger über die lange Bahnfahrzeit zwischen München und dem niederbayerischen Bahnknotenpunkt Plattling. Immer wieder habe Minister Andreas Scheuer Besserung durch einen zweigleisigen Ausbau zwischen Plattling und Landshut versprochen. „Doch weder als Minister noch zuvor als Staatssekretär hat er seinen Worten Taten folgen lassen. Das haben mehrere ÖDP-Kreisverbände vor der Bundestagswahl thematisiert: mit einer „Andi-Scheuer-Spatenstich-Tour“ vor den Bahnhöfen Landshut, Dingolfing, Plattling und Passau.

Die niederbayerische Spitzenkandidatin Johanna Seitz und Bezirksrat Urban Mangold ließen ein Andreas-Scheuer-Double vor den vier Bahnhöfen zum symbolischen Spatenstich antreten. Motto: Die Wahl wirft ihre Spaten voraus. Ein Schaffner in historischer Uniform verteilte Fahrkarten für eine schnelle Bahnfahrt nach München, die aber erst ab dem 01.01.2050 gültig sind, denn „vorher wird des eh nix“.



Spatenstich vor dem Dingolfinger Bahnhofsgebäude für den zweigleisigen Bahnausbau mit (v. l.) Bezirksrat Urban Mangold, Spitzenkandidatin Johanna Seitz, der Straubinger Bundestagsdirektkandidat Michael Hirtreiter, Scheuer-Double, Schaffner, ÖDP-Kreisvorsitzender Klaus Seufzger, die Bundestagsdirektkandidatin im Wahlkreis Dingolfing, Daniela Blankenburg, und der Dingolfing-Landauer Kreisrat Alois Aigner. Passanten erhielten von ihnen eine fiktive Fahrkarte für eine bessere Bahnverbindung.

Das Theaterstückchen war aber nur die Verpackung. Johanna Seitz forderte eine Investitionsoffensive in die Bahn, eine Stärkung des ÖPNV, die Abschaffung aller Fossilsübvventionen und den Ausbau der E-Mobilität. „Genauso notwendig wird aber auch eine Veränderung einzelner Gewohnheiten sein, die mit dem Klimaschutz nicht vereinbar sind“, sagte Seitz.

Hinweis der Landesgeschäftsstelle: Andi-Scheuer-Masken wären noch unter (08 51) 2009-1963 bestellbar, werden aber vermutlich nicht mehr gebraucht.

Klimawandel setzt Hopfenanbau und bayerischem Bier zu

Hitze, Trockenheit und Hagel: Die Klimaüberhitzung wird auch gravierende Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben. „Wissenschaftler befürchten, dass der weltweit bedeutende Hopfenanbau in der Hallertau vor größten Problemen steht. Wird also bald das Bier in Bayern knapp? Diese Frage ist nur ein Beispiel dafür, wie die Klimakrise unser Leben verändert“, sagt Johanna Seitz, die neue stellvertretende Vorsitzende der ÖDP Niederbayern. In mehreren Städten zapfte Seitz jetzt demonstrativ ein Fass Freibier an – mit drei Schlägen.

Die ÖDP will mit dieser Aktion wachrütteln: „Wenn die Politik und die Gesellschaft nicht noch die Kurve zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens schaffen, wird sich vieles ändern und es wird mit Stürmen und Überflutungen wesentlich Gefährlicheres geben als die

Bierfrage. Dass der Ausbau der erneuerbaren Energien trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse immer noch aufgrund überbordender bürokratischer Hindernisse stockt, ist unfassbar. Das ist eine Realitätsverweigerung der etablierten Politik“, kritisiert Johanna Seitz.

Die Anzapfaktion kann überall in Bayern durchgeführt werden. Weitere Details im Intern-Teil/Bayern unter www.oedp.de. Infos bei Urban Mangold (s. unten).

Neuer Vorstand der ÖDP Niederbayern

Die niederbayerische ÖDP hat einen neuen Bezirksvorstand gewählt. Die Delegierten bestätigten Bezirksrat Urban Mangold einstimmig als Vorsitzenden. Neu sind die beiden stellvertretenden Vorsitzenden: Dipl.-Biologin Daniela Blankenburg aus dem Kreis Dingolfing-Landau und die Passauer Grundschul-Lehramtsstudentin Johanna Seitz (20) als „vermutlich jüngste stellvertretende Bezirksvorsitzende aller Parteien“.

Neu im Vorstand ist Heiko Helmbrecht (LA). Die weiteren Ämter im niederbayerischen ÖDP-Vorstand bleiben unverändert: Brigitte Baueregger (REG), Bernd Wimmer (KEH), Michael Schöffberger (PA), Dr. Michael Röder (SR), Schatzmeister Jörn Rüter (PA), Dr. Helmut Pix (DGF), Rolf Sihl (DEG) und Christian Iro (PAN).

*Kontakt: ÖDP Bayern
Urban Mangold, Presseanfragen/
Mandatsträgerbetreuung, Tel.: (08 51) 93 11 31
urban.mangold@oedp-bayern.de, www.oedp-bayern.de*



Neu gewählter Vorstand der ÖDP Niederbayern. Vordere Reihe v. l. n. r.: Heiko Helmbrecht, Brigitte Baueregger, Daniela Blankenburg, Johanna Seitz, Bernd Wimmer, Michael Schöffberger; 2. Reihe v. l.: Dr. Michael Röder, Jörn Rüter, Dr. Helmut Pix, Rolf Sihl, Christian Iro und Urban Mangold.



Anzapfen, bevor der Hopfen klimabedingt knapp wird: Zum ersten Mal versuchte sich Johanna Seitz in dieser Disziplin – erfolgreich, wie die stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker (rechts) und Bezirksrat Urban Mangold (Mitte) feststellten.

Nachruf auf Bernd Scheibner

Die bayerische ÖDP trauert um ihren ehemaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Bernd Scheibner.

Bernd war ein unermüdlicher Mahner vor den Gefahren der Atomkraft. Mit einer übergroßen Einsatzbereitschaft trat er für eine zukunftsverträgliche Energieversorgung ein und warnte engagiert und kenntnisreich vor den Gefahren des grenznahen tschechischen Pann-Atomreaktors Temelin. Lange Zeit war er stellvertretender Vorsitzender der Anti-Temelin-Plattform.

In der ÖDP engagierte sich Bernd auf verschiedenen Ebenen: als Landesvorstandsmitglied, von 2003 bis 2007 als stellv. Landesvorsitzender in Bayern. Ebenso vor Ort im Kreisverband Passau, wo er mehrmals als wichtiger Repräsentant der Anti-Temelin-Bewegung auf der ÖDP-Stadtratsliste kandidierte und lokale Vorstandsämter wahrnahm. Lange Zeit war er auch Delegierter und regelmäßiger Teilnehmer an den Landesparteitagen der ÖDP Bayern.

Bernd Scheibner hat Wirtschaftspädagogik studiert und als Berufsschullehrer gearbeitet. Vor seiner Pensionierung war er fünf Jahre Leiter der kaufmännischen Berufsschule in Passau.

Die ÖDP Bayern ist Bernd Scheibner für seinen langjährigen Einsatz zu größtem Dank verpflichtet. Unsere Anteilnahme gilt seinen Angehörigen.

Klaus Mrasek, Landesvorsitzender
Urban Mangold, Bezirks- und Kreisvorsitzender



Bernd Scheibner, ehemaliger Landesvorsitzender der ÖDP Bayern, ist im Alter von 83 Jahren gestorben.

Zur Wahl von kleinen Parteien

Rote Karte beim Klimaschutz – Beobachtungen von der Ersatzbank

Die „erste 11“ bringt es nicht – nun müssen die frischen Kräfte von der Ersatzbank ran und es richten! Warum ein „Weiter so“ mit den etablierten Parteien vergebens ist. Ein Plädoyer für echten Klimaschutz und die Wahl der sogenannten sonstigen Parteien – geschrieben zur Bundestagswahl 2021, aber von Bedeutung auch für die Landtagswahlen 2022.

von Dr. Claudio Caballero

Als sogenannte kleinere politische Partei fühlt man sich oft wie eine Spielerin, die auf der Ersatzbank auf ihre Einwechslung hofft: Sie wartet auf ihre Chance, zu zeigen, was sie kann. Diese Spielerin ist in ihrer Beurteilung nicht unvoreingenommen – natürlich glaubt sie, dass sie es besser kann und dass mit ihr auf dem Platz die Wende kommt!

Als politische Partei ist man selbst auch nicht unvoreingenommen: Unser Thema, der konsequente Klimaschutz, soll mit Vorrang behandelt werden! Natürlich! Und selbstverständlich sind wir davon überzeugt, dass wir im Unterschied zu anderen Parteien die besseren Inhalte, die besseren Argumente und die besseren Ideen haben. Welche Partei würde das denn nicht über sich denken?!

Klimaschutz bei den etablierten Parteien: ungenügend!

Umso bemerkenswerter war für uns vor diesem Hintergrund eine Meldung, die am letzten Donnerstag durch die Medien ging: Keine der im Bundestag vertretenen Parteien wird mit ihrer Politik die gesetzlich festgelegten deutschen Klimaschutzziele erreichen. Urheber dieser Aussage

ist das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dem man zumindest bei diesem Thema wenig Voreingenommenheit unterstellen dürfte.

Das DIW hatte in einer Studie die Wahlprogramme der Parteien einer wissenschaftlichen Plausibilitätskontrolle unterzogen. Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am DIW, stellt fest, dass sich zwar alle Parteien

bezeichnen – ein klarer Platzverweis! Gerade, wenn man bedenkt, dass Klimaschutz ja das große Thema bei dieser Wahl sein soll.

Was allerdings zu wenig thematisiert wurde und eigentlich weitaus schlimmer zu bewerten ist, ist der Schluss aus der folgenden Überlegung: Glaubt man den Umfragen, dann werden die Grünen keine absolute Mehrheit erreichen. Deutschland wird von einer Koalition aus mehre-

Die kleineren Parteien können die konsequente Umsetzung von dem, was notwendig ist, stärker einfordern!

zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens bekennen und lange Passagen der Klimapolitik widmen, letztendlich aber die Ziele verfehlen werden. Nicht verwunderlich ist, dass der Untersuchung zufolge die Grünen den Zielen zumindest am nächsten kommen, gefolgt von der Linkspartei, Union und SPD liegen gleichauf, die FDP landet auf dem letzten Platz.

Noch mal: Die Klimaschutzpolitik aller großen Parteien ist ungenügend! Das darf man dann schon als einen ganz schönen Paukenschlag

ren Parteien regiert werden – nicht sonderlich überraschend. Momentan scheinen die Chancen nicht schlecht zu stehen, dass die Grünen in einer Regierungskoalition mit CDU und FDP oder mit SPD und FDP oder mit SPD und Linken regieren könnten – um drei Konstellationen zu nennen, die medial sehr häufig thematisiert werden. Und eine Regierungsbeihilfe ist nicht sicher (Stand: 16.09.2021, Anm. d. Redaktion).

Was bedeutet das für den Klimaschutz? Die ohnehin nicht ausreichenden klimapolitischen Maßnah-



Foto: vallej123/stock.adobe.com

men der Grünen würden vermutlich in einer Koalition, egal welcher, weiter aufgeweicht, da die Programme der anderen Parteien deutlich schlechter abschneiden – sofern die Grünen überhaupt mitregieren. Das zeitnahe Erreichen der Klimaschutzziele wird also immer unwahrscheinlicher.

Parteien mit konsequenter Klimapolitik

Im Gegensatz zum DIW ist der Solarenergie-Förderverein nicht unbefangenen bei dieser Bundestagswahl. Sein Hauptziel ist die rasche und vollständige Umstellung der Energiebereitstellung auf die erneuerbaren Energien, insbesondere auf Sonnen- und Windenergie. Er hat sich intensiver mit zwei kleineren Parteien beschäftigt und bescheinigt diesen „ambitionierte Klima-Programme“. So seien die Programme von Klimaliste und ÖDP „allen im Bundestag etablierten Parteien – also auch den Grünen und den Linken – haushoch überlegen“.

Nein, die Wahl einer kleinen Partei ist nicht vergebens!

Also scheint doch alles klar! Wer konsequenten Klimaschutz will, findet also dort prinzipiell eine Wahlmöglichkeit. Leider beobachten wir, dass

ein Meinungsklima vorherrscht, in dem suggeriert wird, dass jede Stimme für eine kleine, nicht im Bundestag vertretene Partei vergebens sei. Wir hören oft den Vorwurf: Wer eine kleine Partei wählt, der schadet den Grünen, da ihnen dann genau diese Stimmen fehlen.

Stimmt das so? Ernsthafte Veränderungen werden nicht dadurch erzielt, dass man die wählt, die bereits in der Vergangenheit bewiesen haben, dass sie zu wenig tun. Dazu genügt ein Blick nach Baden-Württemberg. Dass dies so ist, liegt auch daran, dass die Automobilindustrie hier sehr erfolgreich Lobbyarbeit betreibt, was sicherlich zum legitimen, demokratischen Prozess gehört, aber eben zulasten eines konsequenten Klimaschutzes geht. Ist also nicht in Wahrheit hier die Stimmabgabe für Klimaschutz „vergebens“?

Wir stehen vor schweren Zeiten, die einen ernsthaften Wandel erfordern – ein „Weiter so“ wird nicht helfen. Wir müssen uns die Frage gefallen lassen, ob wir tatsächlich unseren Planeten retten können, ohne dass wir unsere Konsumgewohnheiten überdenken.

Die kleineren Parteien können die konsequente Umsetzung von dem, was notwendig ist, stärker einfor-

dern! So wie einst auch die Grünen mit ihrem Einzug in den Bundestag die „Politik“ aufgewühlt haben, können nun auch andere, neue Spielerinnen konsequente Klimapolitik im Bundestag auf die Agenda setzen und die Regierung bei diesem Zukunftsthema vorantreiben!

Geht wählen! Ihr seid mehr, als ihr denkt!

Geht wählen! Macht den ersten Schritt und besucht die Wahlplattformen, wie z. B. den Wahl-O-Mat, und schaut, welche Partei man euch am Ende vorschlägt. Und nach der ersten Überraschung schaut euch auch deren Programm genauer an! Sicher ist, dass jede nicht abgegebene Stimme garantiert eine Stimme für ein „Weiter so“ ist. Würden aber all die Wahlberechtigten, die bei der letzten Bundestagswahl nicht wählen gegangen sind – immerhin rund ein Viertel – ihre Stimme einer sonstigen Partei geben, wäre diese momentan die stärkste Partei im Bundestag!

Gebt den „Kleinen“ unbedingt eine Chance! ■

Hinweis: Dieser Beitrag erschien am 16.09.2021 auf energiezukunft.eu – einem Portal für erneuerbare Energien und bürgernahe Energiewende. Link zum Artikel: <https://t1p.de/t6v6>

Dr. Claudio Caballero

arbeitet als politischer Referent im Team des ÖDP-Bundesverbands. Er ist zuständig für politische Analysen, Schulungen und eine Regionalbetreuung der Landesverbände Rheinland-Pfalz und Saarland.

claudio.caballero@gst.oedp.de



Foto: Fotostudio Das Atelier, Mainz

Sprout-Zukunftsfestival

Erstes Zukunftsfestival der JÖ: „Sprout 2021“ war ein voller Erfolg!

Mit dem Ziel, die nächste Generation der ÖDP aufzubauen und junge ÖDP-Mitglieder für eine aktive Mitarbeit in Projekten zu gewinnen, startete Jan-Philipp van Olfen Ende 2020 das Projekt „Next Generation ÖDP“, kurz NGÖ. Dies erwies sich als Ausgangspunkt für das erste Zukunftsfestival in der Geschichte der ÖDP-Jugendorganisation JÖ – jung.ökologisch. Nächstes Jahr wird es eine Fortsetzung geben.

von Anastasia Kühn

Next Generation ÖDP

Ein fünfköpfiges Kernteam, bestehend aus Jan-Philipp van Olfen, Anastasia Kühn, Tobias Raffelt, Franziska Graf und Carmen Hügemann erschuf am Schloss Tempelhof eine ideale Plattform für den Austausch junger Menschen mit Zukunftsthemen.

Angesichts der globalen Herausforderungen stand im Fokus, sich gemeinsam über Lösungen auszutauschen und mit neuem Selbstbewusstsein in die Umsetzung zu gehen. Neben zahlreichen Freundschaften und tiefgehenden Erinnerungen hat sich auch die Bereitschaft einiger ÖDP- bzw. JÖ-Mitglieder, in der Partei aktiv zu werden, deutlich erhöht. Auch viele Nicht-Mitglieder ließen sich für die nachhaltige Politik der ÖDP begeistern, wie zum Beispiel diese Rückmeldung zeigt: „Ich fand es total schön, in einer ungezwungenen Atmosphäre die Themen der ÖDP kennenzulernen, und muss sagen: Ich bin begeistert und am Festival direkt Mitglied geworden.“

Zukunft gestalten

Inhaltlich bot das Zukunftsfestival Vorträge und Workshops unter dem Motto „Gemeinschaft erleben, Blick weiten, persönlich wachsen und Zu-



Das Organisationsteam mit (v. l. n. r.) Tobias Raffelt, Carmen Hügemann, Anastasia Kühn, Franziska Graf, Jan-Philipp van Olfen voller Vorfreude am Tag vor dem Festival

kunft gestalten“. Zu den Highlights zählten die Vorträge von Niko Paech und Christian Felber, den Begrün-

dern der Postwachstums- bzw. Gemeinwohlökonomie. Außerdem hat der Workshop zu methodischer Gemeinschaftsbildung von Wolfgang

Sechser und das zweiteilige Seminar von Sophia Kumpmann zum Thema „Dialog mit Andersdenkenden“

neben vielen weiteren für Begeisterung bei den Teilnehmern gesorgt. Abgerundet wurde das Programm mit Konzerten, Sportangeboten und

„Ich bin begeistert und
am Festival direkt Mitglied geworden.“

leckerem vegetarischen bzw. veganen Essen der Tempelhof-Küche. Die Gemeinschaft Tempelhof bot allen Teilnehmern Inspiration, wie theoretische Lösungen praktisch umgesetzt und gelebt werden können. Auf Führungen konnten die Teilnehmer*innen erfahren, wie vielschichtig und herausfordernd der Aufbau einer

„So viele Menschen kennenzulernen, die ähnliche Werte teilen, war eine unbeschreibliche Erfahrung und macht mir Mut für die Zukunft.“

Gemeinschaft ist, welche Etappen sie gemeistert haben und in welche Richtung sie sich weiterentwickeln wollen. Besonders im Fokus des allgemeinen Interesses standen zum einen die Solidarische Landwirtschaft, die über 450 Menschen mit saisonalem und regionalem Gemüse versorgt, und zum anderen das sogenannte „Earthship“ – ein energieautarkes Haus, das in dieser Bauweise das erste ist, das in Deutschland gebaut werden konnte.

Wie verschiedene Rückmeldungen zeigten, wurden das vielfältige Programm und die gezielte Vernetzungsarbeit von den jungen Leuten gerne angenommen. So äußerte eine Teilnehmerin: „Ich konnte nach langer Zeit endlich mal wieder Leute persönlich treffen und mich mit anderen JÖlern vernetzen. So viele Menschen kennenzulernen, die ähnliche Werte teilen, war eine unbeschreibliche Erfahrung und macht mir Mut für die Zukunft.“

Nach dem Festival ist vor dem Festival

Vom 03.–07.06.2022 geht Sprout in die zweite Runde. Neben einem gesunden Wachstum der Teilnehmerzahl wird das Festival auf vier volle Tage entzerrt, was einen ganzen zusätzlichen Tag im Vergleich zur ers-

ten Auflage bedeutet. Es wird mehr Zeit bleiben, Themen zu vertiefen und gezielt Fertigkeiten und Fähigkeiten von jungen Politiker*innen zu fördern. Alle Organisator*innen im Kernteam machen weiter: Denn nicht nur das Festival war ein tolles Erlebnis, auch der Prozess dorthin hat viel Freude bereitet. Wir haben

als Team nach dem Konzept des „agilen Arbeitens“ zusammengearbeitet. Einzutauchen in diese spannende, bereichernde Methode, miteinander im digitalen Raum das Festival zu planen und Einblick in verschiedene andere Tools und Methoden zu erhalten, war eine bereichernde Erfahrung. Wir freuen uns, wenn sich noch weitere junge Leute dem Team

anschließen und Sprout 2.0 möglich machen. Schreibt einfach eine E-Mail an: info@sprout-zukunftsfestival.de.

Wir sagen Danke!

Das Sprout-Zukunftsfestival war ein unvergessliches Erlebnis und gehört sicher zu den Höhepunkten von vielen jungen Erwachsenen im Sommer 2021. Möglich gemacht haben das viele Spender*innen aus ÖDP-Kreisen, die das Festival finanziell getragen haben. Ein ganz besonderes Dankeschön möchten wir Thommy Prudlo (ÖDP München) und Agnes Schuster (Tempelhof) aussprechen, die uns so tatkräftig, herzlich und großzügig unterstützt und begleitet haben. Aber auch allen anderen Unterstützer*innen gilt unser herzlicher Dank. Mit eurer Hilfe haben wir enormen Schwung in die Jugendarbeit unserer Partei gebracht. Wir freuen uns darauf, wenn ihr uns auch bei der zweiten Auflage zur Seite steht. Ihr werdet von uns hören! ■

Verspätete Zustellung der ÖkologiePolitik

Die Sommerausgabe der ÖkologiePolitik (ÖP) wurde leider erst Mitte Oktober mit über zwei Monaten Verspätung zugestellt. Eigentlich hätte sie vor der Bundestagswahl noch Impulse setzen sollen und mit dieser Intention wurden auch einige der Beiträge verfasst. Eine überraschende Kündigung des Auslieferungsvertrags führte jedoch dazu, dass die fertig gedruckte ÖP nicht zum geplanten Zeitpunkt Anfang August versandt werden konnte. Dass unser Mitglieder-Journal ÖkologiePolitik – mitsamt der ersten eigenen Beilage von Manuela Ripa, der Ökologie & Europa (Ö&E) – so lange ein unglückliches Dasein im Lager fristen musste, war für uns schwer zu ertragen. Darum hatten wir unsere Mitglieder auch zweimal per E-Mail auf die online bereits verfügbaren Ausgaben der beiden Hefte hingewiesen und auf einen möglichst baldigen Versand gehofft. Der Abschluss eines neuen Vertrags machte dann aber erforderlich, dass alle ÖP-Hefte neu etikettiert werden mussten, was zu einer noch größeren Verspätung führte. Wir bitten Sie vielmals um Entschuldigung und setzen alles daran, dass dies nicht noch einmal vorkommt. Die nun vorliegenden Ausgaben von ÖP und Ö&E haben Sie hoffentlich in der Vorweihnachtszeit in Ihren Briefkästen gefunden oder von der Webseite oekologiepolitik.de heruntergeladen können.



Potenziale entfalten

Ab und zu ein Paddelschlag? Wir können und wollen deutlich mehr bewirken!

Eine Partei ist wie ein Ruderboot: Alle paddeln mit, um gemeinsam möglichst schnell und kräfteschonend politische Ziele zu erreichen. Schließlich sitzen ja alle in einem Boot und teilen dasselbe Schicksal. Dieses Ideal erreichen wir in der ÖDP leider noch nicht. Aber wir können etwas tun, um unsere Chancen beim nächsten politischen Wettbewerb zu verbessern. Und das müssen wir auch, wenn uns die Zukunft des Lebens auf dieser Erde am Herzen liegt.

von Jan Altnickel

Im Ruderboot der ÖDP sitzen mit Stand Oktober 2021 insgesamt 8.225 Menschen. Stellen wir uns also vor, gut 1.000 Mitglieder stehen für einen Ruderer. Damit füllen wir als ÖDP symbolisch einen Ruder-Achter aus. Leider können wir als Partei längst nicht von der Tatkraft aller acht Ruderer profitieren. Da die Gründe für diese Tatsache sehr unterschiedlich sind, sollte man sie nicht pauschal bewerten. Manch einer kann etwa aus zeitlichen Gründen nicht politisch aktiv sein, möchte aber trotzdem die ÖDP gerne mit der eigenen Mitgliedschaft unterstützen. Dafür sind wir sehr dankbar, denn der Unterhalt unseres Partei-Bootes kostet ja auch Geld. In diesem Beitrag soll veranschaulicht werden, dass es darüber hinaus Gründe eher technischer Natur gibt, weshalb manche der ÖDP-Ruderer nicht das Paddel schwingen.

Haben Sie in den letzten zwei Monaten von uns eine E-Mail erhalten?

Über die Jahre hat das Medium E-Mail für die Kommunikation der ÖDP mit ihren Mitgliedern immer weiter an

Bedeutung gewonnen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Im Vergleich zu postalischen Briefen sparen wir einiges an Geld, Zeit, Arbeitskraft und Papier. Das kommt uns als Um-

werden unsere Chancen im politischen (Ruder-)Wettkampfausfallen.

Von unseren 8.225 Mitgliedern erreichen wir heute allerdings nur ca. 5.200 per E-Mail, das sind gut 63 %.



Gelesen werden unsere E-Mails im Durchschnitt von ca. 1.500 Parteimitgliedern – das sind etwa 18 %.

weltpartei, die keine Gelder aus der Wirtschaft annimmt, sehr entgegen. Unser Ziel ist es daher, möglichst viele Mitglieder per E-Mail zu erreichen. Dann könnten wir sie kurzfristig informieren, wenn wir zu einer Bootstour aufbrechen. Oder wir könnten uns bei einem Ruder-Wettbewerb eng abstimmen und unter Einsatz aller verfügbaren Ressourcen einen Platz auf dem Siegestreppchen ergattern. Je mehr Mitglieder wir also per E-Mail erreichen, desto mehr können wir mobilisieren und desto besser

Gelesen werden unsere Mitglieder-Infos im Durchschnitt von ca. 1.500 Mitgliedern, das entspricht einem Anteil von 18%. Übertragen auf unser ÖDP-Ruderboot, würden noch nicht einmal zwei der acht Ruderer aktuelle Informationen lesen und die darin enthaltenen Impulse umsetzen können. Sie bekommen also den Austausch zwischen Steuermann und Team zu aktuellen Geschehnissen während der Fahrt gar nicht mit.

Manche Rundmails, die wir versenden (Mitglieder-Infos und News-

letter), kommen nicht an, weil z. B. das Postfach voll oder die E-Mail-Adresse nicht mehr aktuell ist. Wenn Sie – als Mitglied oder Nicht-Mitglied – länger als zwei Monate keine Nachricht vom ÖDP-Bundesverband erhalten haben, nehmen Sie doch bitte Kontakt mit uns auf. Sie können uns eine E-Mail an newsletter@oedp.de senden oder das Formular auf Seite 59 ausfüllen und uns per Post zukommen lassen. Wir tragen dann gerne eine aktuelle E-Mail-Adresse von Ihnen ein und versorgen Sie mit interessanten Informationen aus Politik und Partei. ÖDP-Mitglieder erhalten in der Regel einmal die Woche eine Mitglieder-Info und ÖDP-Interessenten einmal im Monat einen Newsletter.

Wie können wir zu einer sportlichen Partei werden?

Seit gut einem Jahr haben wir mit *orangeaktiv* eine parteieigene Online-Mitgliederplattform. Dieses Portal dient der Vernetzung der Parteimitglieder untereinander, der Bereitstellung von Informationen und Materialien, der Erleichterung der Zusammenarbeit in vielen Parteigremien, aber auch dem Dialog zwischen ÖDP-Mitgliedern und ihrer Partei. *orangeaktiv* ist also eine Plattform, die wie ein regelmäßiges Training die Partei in gesunder Bewegung hält, den Aufbau bestimmter Fähigkeiten unterstützt und damit sowohl Kondition als auch Wettkampffähigkeiten fördert. Im Oktober hatten schon

über 930 Mitglieder die Plattform genutzt – das sind gut 11 % der Parteimitglieder oder ein Ruderer, der aber nicht ganz bei Kräften ist.

Je mehr ÖDP-Mitglieder die Möglichkeiten von *orangeaktiv* in Anspruch nehmen, desto besser können wir uns gegenseitig kennenler-

Jedes ÖDP- und JÖ-Mitglied kann einen kostenlosen *orangeaktiv*-Zugang erhalten (JÖ steht für jung.ökologisch – die Jugendorganisation der ÖDP). Damit sind keinerlei Verpflichtungen verbunden, solange die sozialen Standards auf der Plattform eingehalten werden. Ob man jeden Tag



Im Oktober 2021 hatten schon über 930 Mitglieder – gut 11 % – die Plattform genutzt.

nen, gemeinsam Politik entwickeln und öffentlichkeitswirksame Aktionen planen und durchführen. Der Anteil der Mitglieder auf *orangeaktiv* ist also ein Gradmesser für unsere eigene Mobilisierung und Wirksamkeit. Wir sind der Überzeugung, dass wir noch weit mehr Mitglieder haben, die sich an der politischen Willensbildung beteiligen und die Wirkung der ÖDP in der Öffentlichkeit verstärken möchten. Was hätten wir wohl für Chancen, wenn sich zwei oder gar vier Ruderer am regelmäßigen Training und den Wahl- bzw. Wettkampftätigkeiten beteiligten? Mit doppeltem oder vierfachem Engagement könnten wir noch mal in einer ganz anderen Liga fahren.

auf *orangeaktiv* unterwegs ist, einmal im Monat oder nur zu Wahlkämpfen, bleibt jedem selbst überlassen. Die Benachrichtigungen von der Plattform lassen sich individuell einstellen, sodass keiner Angst vor einer Informationsflut haben muss. Möglich ist etwa das Abonnieren bestimmter Schlagwörter und thematischer Bereiche wie „Aktionen“ oder „Landesverband XY“. Wenn Sie nun auf *orangeaktiv* mitrudern möchten, bestellen Sie gerne per E-Mail an orangeaktiv@oedp.de einen kostenlosen Zugang oder kreuzen Sie das entsprechende Feld im Antwortformular auf Seite 59 an. Bei technischen Herausforderungen steht das *orangeaktiv*-Team mit Rat und Tat zur Seite.



Womit machen wir auf unsere Ambitionen aufmerksam?

Am 6. August 2021 machte eine Gruppe von ÖDP-Mitgliedern im Wahlkampf mit einer Fahrradtour von München nach Potsdam und



Nur 0,4% der Mitglieder machten im Wahlkampf durch eine Fahrradtour und eine Wanderung auf die ÖDP aufmerksam.

einer Wanderung nach Berlin auf ihre Ambitionen aufmerksam. Die ÖDP wollte es sich schließlich nicht nehmen lassen, mit einer Schaufahrt mehr Orange in den Wahlkampf zu bringen. Wissen Sie, wie viele ÖDP-Mitglieder beim Einzug nach Berlin teilnahmen? Es waren ca. 30 an der Zahl. Das entspricht 0,4% der Mitglieder – oder einem Ruderer, der ab und zu einen Schlag tut, damit das Boot nicht abdriftet. Natürlich war Urlaubszeit und es gab zeitgleich noch andere Veranstaltungen wie etwa das Zukunftsfestival Sprout. Aber auch dort waren keine tausend ÖDP-Mitglieder. Die Wanderung nach Berlin hatte dementsprechend in der Öffentlichkeit eine überschaubare Wirkung. Mit welcher Ruderkraft hätten wir in der Hauptstadt wohl für Aufsehen gesorgt? Schon ein trainierter Ruderer – stellvertretend für gut 1.000 Mitglieder – hätte zeigen können, dass wir auf ein klares Ziel zusteuern.

Wir als ÖDP möchten gerne ein solches Aktivitätspotenzial erreichen, dass niemand mehr unsere Botschaften übersehen kann. Ja, wir möchten bei politischen Wettkämpfen respek-

table Ergebnisse erreichen. Dabei geht es uns aber nicht um persönliche Anerkennung, sondern um die Zukunft nachfolgender Generationen. Respektable ÖDP-Ergebnisse stehen für eine Anerkennung ihrer Bedürfnisse nach erträglichen Lebensbedin-

gungen. Wir rudern schließlich nicht zum Spaß und auch nicht, weil wir ein Einkommen brauchen, sondern weil die Zukunft von Menschen, Tieren und Pflanzen auf dieser Erde akut bedroht ist. Darum reicht ab und zu

ein müder Paddelschlag nicht aus. Es braucht deutlich stärkere Ruderaktivitäten in unserem ÖDP-Boot. Nur so erkennen die Menschen, dass wir es ernst meinen mit unseren warnenden Worten und unseren politischen Forderungen.

Bei allem Einsatz legen wir aber auch Wert darauf, die Kapazitäten Einzelner zu respektieren. Niemand soll bis zur Erschöpfung rudern. Wenn wir uns gegenseitig im Blick haben, können wir uns mit dem Rudern auch abwechseln. Je mehr Mitglieder sich am Rudern beteiligen, desto eher können Einzelne auch mal durchschnaufen und neue Energie tanken. Mit der Beteiligung vieler Kräfte kommt unser ÖDP-Boot insgesamt also noch schneller voran.

Nicht nur wir von der ÖDP werden Ihnen für das Mitrudern dankbar sein, sondern alle nachkommenden Generationen!

Mit sportlichen Grüßen,
Jan Altnickel

Wenn Sie nun Lust aufs Rudern haben, freuen wir uns im ÖDP-Boot über jede tatkräftige Unterstützung:

- **Lassen Sie sich von uns per Rundmail informieren: Mit einer aktuellen E-Mail-Adresse sind Sie am Start!**
- **Holen Sie sich als ÖDP- oder JÖ-Mitglied einen kostenlosen Zugang zur Mitgliederplattform orangeaktiv: Damit nehmen Sie automatisch am Kennenlernen, Motivieren und Trainieren teil!**
- **Beteiligen Sie sich an öffentlichkeitswirksamen ÖDP-Aktionen: Mit Ihnen an Board verdeutlichen wir unsere Ambitionen für ein dauerhaft gutes Leben auf dieser Erde!**
- **Sprechen Sie ÖDP- oder JÖ-Mitglieder an, ob sie unsere E-Mails erhalten, orangeaktiv nutzen und sich an Aktionen beteiligen möchten: Damit wecken Sie zusätzliche Ruderkräfte im Boot der ÖDP!**
- **Laden Sie Menschen in Ihrem Umfeld ein, ÖDP- oder JÖ-Mitglied zu werden: Mit vereinten Kräften rudern wir für die Zukunft dieser Erde!**



Enttäuscht nach der Wahl?

Sie sind enttäuscht vom Ausgang der Bundestagswahl, von scheinbar vergeblichen Mühen während des Wahlkampfs, von Entscheidungen bestimmter Weggefährten? Viele ÖDP-Mitglieder hätten sich gefreut, nach der Wahl über Erfolge berichten zu können. Nun aber heißt es, die Geschehnisse zu reflektieren und neue Kräfte zu sammeln.

Christian Rechholz schreibt in seinem Beitrag, was ihm neue Kraft und Motivation gibt. Wie ist das bei Ihnen? Was hat Sie nach dem 26. September wieder aufgebaut? Wo konkret möchten Sie ansetzen, um mit der ÖDP bei der nächsten Wahl besser abzuschneiden? **Erzählen Sie doch in einem ÖP-Beitrag anderen Mitgliedern und Interessentinnen Ihrer Partei davon!**

Wir freuen uns über Ihren Text mit einer Länge von ca. 2.000 Zeichen (inkl. Leerzeichen). Teilen Sie uns auch mit, ob Sie namentlich genannt werden möchten. Ein persönlicher Text wirkt durch ein Foto noch ansprechender. Reichen Sie also gerne mit dem Text ein Foto von sich ein und geben Sie an, wer das Foto gemacht hat. Bitte senden Sie Text und Foto entweder per E-Mail an redaktion@oekologiepolitik.de oder per Brief an die Bundesgeschäftsstelle: ÖDP-Bundesverband, Stichwort: „Mitgliedergeschichten“, Pommergasse 1, 97070 Würzburg

Je nachdem, wie viele Beiträge bei uns eintreffen, können manche Mitgliedergeschichten auch per Newsletter veröffentlicht werden. Ein Recht auf eine bestimmte Veröffentlichung gibt es nicht, aber wir bemühen uns, möglichst vielen Berichten aus der Partei Platz zu geben. Die nächste Ausgabe der ÖP erscheint im April 2022.

Sie möchten uns etwas mitteilen?

- Ich möchte eine E-Mail-Adresse von der ÖDP erhalten.
- Ich möchte alle Rundschreiben der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Ich möchte alle Pressemitteilungen der ÖDP per E-Mail erhalten.
- Bitte senden Sie E-Mails zukünftig an diese Adresse:

- Ich möchte einen Zugang zur **ÖDP-Mitgliederplattform „orangeaktiv“** erhalten.
- Ich möchte die **ÖkologiePolitik** in digitaler Form bestellen.
- Ich brauche Unterstützung, und zwar:

- Meine **Kontakt**daten haben sich geändert:

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

- Meine **Bank**verbindung hat sich geändert:

IBAN

BIC

Name der Bank

Kontoinhaber

Ort, Datum

Unterschrift

Hinweis: Sie haben ein Recht auf Auskunft und Löschung und können einer weiteren Nutzung Ihrer Daten jederzeit an datenschutz@oedp.de widersprechen.



Bitte ausschneiden und senden an die ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommergasse 1, 97070 Würzburg

Bundesarbeitskreis KUVE

Führungswechsel in voller Fahrt

Der Bundesarbeitskreis für Klima- und Umweltschutz, Verkehr und Energie (BAK KUVE) blickt auf ein intensives Jahr zurück. Mit Parteitageanträgen wurde das Bundesprogramm auf die Klimathemen der Wahl vorbereitet. Auch das so wichtige Kapitel 1 zum Klimaschutz des Wahlprogramms stammt aus diesem Arbeitskreis. Das Ergebnis: Die ÖDP trat mit dem ambitioniertesten Klimaschutzprogramm aller Parteien an! In der Wahlkampf Vorbereitung kam dann noch die Bearbeitung zweier neuer Flyer hinzu. Es gab also viel zu tun, als im August ein neuer Vorstand gewählt wurde. Philipp-Noah Groß, der als Vorsitzender bis dahin großartige Arbeit geleistet hatte, kandidierte mit Blick auf die bevorstehende Landtagswahl im Saarland nicht noch einmal. Für seine äußerst engagierte Arbeit sei ihm auch an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt!



Im Rahmen einer Video-Konferenz hat der BAK KUVE einen neuen Vorstand gewählt.

Dem neu gewählten Vorstand sitzt nun Markus Taubert aus Dresden vor, unterstützt durch ein erfahrenes Team aus Josef Fortner, Dr. Michael Stöhr, Bernd Wimmer und Martin Schnellinger. Das erklärte Ziel: Durch parallel agierende Arbeitsgruppen sollen mehr Themen aufgegriffen werden. Fokussierte sich die Auseinandersetzung bisher auf große Themen wie Klimaschutz und Energiewende, soll nun auch Raum für ökologisches Bauen, Mobilitätswende, Kreislaufwirtschaft, Müll in den Meeren und weitere Themen geboten werden.

Den Auftakt bildete ein Online-Treffen am 20.10.2021, zu dem auch Parteimitglieder eingeladen waren, die bisher nicht im BAK KUVE angemeldet sind. Hier konnten weitere Themen vorgeschlagen und Arbeitsgruppen ge-

bildet werden. Sollte dieser Termin verpasst worden sein, besteht jederzeit die Möglichkeit, Themen zu ergänzen. Weitere Hinweise zur Beteiligung an der BAK-Arbeit sind auf orangeaktiv.de zu finden oder per E-Mail zu erfragen: markus.taubert@oedp.de.

Markus Taubert,
Vorsitzender Bundesarbeitskreis KUVE

Bundesarbeitskreis Digitalisierung

Ein neuer BAK sucht Verstärkung

Im Mai 2021 hat sich der neue Bundesarbeitskreis „Digitalisierung“ konstituiert – mit derzeit acht Mitgliedern, die aus verschiedenen Berufsfeldern kommen. Damit ergeben sich gute Voraussetzungen, um den Einfluss der Digitalisierung in allen Lebensbereichen – dem sog. Digitalen Wandel – und deren Bewertung im Rahmen des ÖDP-Grundsatzprogramms zu diskutieren. Es soll aber nicht bei der Diskussion bleiben, sondern es sollen konkrete Positionspapiere erstellt werden, die der Partei zur Orientierung in der politischen Szene dienen sollen.

Die rasanten technischen Fortentwicklungen der Digitaltechnik und die damit induzierten Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft (Arbeitsleben, Wirtschaft, Verwaltung, Kommunikation, Freizeitgestaltung, Bildung, Kunst, Gesundheitswesen etc.) erfordern auch eine politische Bewertung, da neben vielen positiven auch negative Entwicklungen (z. B. Cyberkriminalität, Fake-News-Verbreitung, Verlust von Sozialkontakten) zu beobachten sind. Politisch deshalb, weil diese Bewertung von den zugrunde liegenden Kriterien abhängt und diese sich wiederum von den Parteigrundsätzen ableiten. Derzeit erfolgt der Digitale Wandel eher unkontrolliert von



Foto: genalix/pixabay.com

den Parlamenten und Parteien und getrieben vom Markt. Dabei hätte der Digitale Wandel ein großes Potenzial, die Herausforderungen im ökonomischen, ökologischen und sozialen Bereich mit zu meistern – er muss nur nachhaltig und ganzheitlich gedacht werden.

Neben der Erarbeitung von parteipolitischen Positionen (wie z. B. der Argumentationshilfe zum Abschnitt „Digitalisierung“ im ÖDP-Bundestagswahlprogramm) sollte der BAK auch als sog. Thinktank der ÖDP dienen. So könnten dessen Mitglieder auch für parteiinterne Veranstaltungen zur Verfügung stehen und damit eine kongruente Meinungsbildung innerhalb der ÖDP unterstützen.

Neugierig geworden? Bedingt durch das Engagement seiner Mitglieder bei der Bundestagswahl hat der BAK den Start seiner konkreten Arbeit auf die Zeit nach der Wahl verschoben, weshalb jederzeit noch die Möglichkeit zum Mitmachen gegeben ist. Bei Interesse wäre der nächste Schritt das Losschicken einer E-Mail an werner.wolf@oedp.de.

Werner Wolf,
Vorsitzender Bundesarbeitskreis Digitalisierung

Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie

Mitgliedertreffen mit Turmbergblick

Nach langer Corona-Pause – zuletzt trafen wir uns vom 31.01. bis 02.02.2020 im Tagungshaus der Dillinger Franziskanerinnen – konnten wir uns wieder persönlich treffen. Vom 16. bis 18.07.2021 waren wir in der Tagungsstätte Thomashof der Mennoniten in Karlsruhe-Durlach. Leider stand keine kundige Person zur Verfügung, die uns etwas über diese freikirchliche Gemeinde erzählen konnte. Sechs BAK-Freunde trafen in Karlsruhe zusammen. Die Tagesordnungspunkte waren diesmal nicht so zahlreich, aber gewichtig. Wir beschlossen einen Antrag an den Bundesparteitag, er möge folgenden Satz in das Bundespolitische Programm einfügen: „Die ÖDP lehnt jede Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung ab.“ Für uns ist jede/jeder ein Kind Gottes.

Außerdem streben wir eine Änderung unseres BAK-Namens an. Mehrheitlich stimmten wir für „BAK Christen in der ÖDP“. Dieser Name ist – im Gegensatz zum aktuellen – selbsterklärend, sprachlich flüssig und nicht so holperig wie z. B. „BAK Christinnen und Christen in der ÖDP“ oder „Religiöse in der ÖDP“. Außerdem nennen sich fast alle Christengruppen anderer Parteien so oder



BAK-Mitglieder auf dem Turmberg bei Karlsruhe-Durlach

ähnlich, was etwa bei Ökumenischen Kirchentagen sichtbar wird. Mit dem Begriff „Christen“ sind seit jeher Frauen und Männer gleichermaßen gemeint.

Auch die Aktualisierung unseres Faltblattes war ein umfangreiches Thema. Wir beschlossen einige sachliche und redaktionelle Änderungen und tauschten einige Personenbilder aus. Diese sollen um eine Berufsbezeichnung ergänzt werden.

Auch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.02.2020 war ein Thema. Danach hat jeder Mensch das Recht, sein Leben jederzeit zu beenden. Der BAK teilt diese Meinung nicht. Er plädiert stattdessen dafür, Pflegeeinrichtungen und psychiatrische Betreuung zu verstärken und Hospizangebote flächendeckend auszubauen.

Im Verlauf des BAK-Treffens hielten zwei unserer Mitglieder Andachten. Außerdem nahmen wir am Sonntagsgottesdienst der Mennoniten-Gemeinde teil – einer sehr „freien“ Gestaltung eines Gottesdienstes. Auch machten wir wieder einen ortserkundenden Spaziergang und gingen zum Turmberg oberhalb von Karlsruhe-Durlach. Von dort aus zeigte uns unser ortsansässiger Vorsitzender Dirk Uehlein markante Punkte im Karlsruher Stadtgebiet.

Die gemütlichen Abende nach getaner Arbeit wurden durch Kekse von Lisa Graf, der Enkelin von Helmut Graf, bereichert. Nach einem Mittagessen am Sonntag in einem Durlacher Traditionslokal traten wir gottbefohlen die Heimreise an.

Die nächste BAK-Mitgliederversammlung wird vom 12. bis 14. November 2021 in Köln stattfinden. Sie sind herzlich willkommen. Bitte nehmen Sie dazu Kontakt mit unserem Vorsitzenden Dirk Uehlein auf (dirk.uehlein@web.de).

von Helmut Graf,
Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie



Wachstum ohne Grenzen?

Das wollen wir für unsere Wirtschaft nicht!

Dennoch müssen WIR als Partei weiter wachsen. Nur so können wir unsere Anliegen in die Politik tragen. Dafür brauchen wir noch mehr engagierte Mitglieder. Helfen Sie durch Ihren ÖDP-Beitritt mit, den Druck auf die politisch Verantwortlichen zu verstärken, damit der Verbrauch an Energie und Rohstoffen, an Wasser und sauberer Luft, an Natur und Steuermitteln deutlich gesenkt wird.

Beitrittsantrag

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- reguläre Mitgliedschaft Schnuppermitglied

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

X
Name

X
Vorname

X
Straße/Hausnr.

.....
Kreis

X
PLZ/Ort

.....
Tel./Fax

.....
Mobil

.....
E-Mail

.....
Beruf

X
Geburtsdatum

.....
Der Beitritt wurde mir empfohlen von

.....
Frühere Parteimitgliedschaften:

..... von bis
Name der Partei

..... von bis
Name der Partei

.....
Aktuelle Parteimitgliedschaft(en):

.....
Name der Partei(en)

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
- Familienbeitrag von 7,00 Euro pro Monat (bitte Familienmitglieder gesondert auflisten)
- Seniorenbeitrag von 3,50 Euro pro Monat
- ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat (gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)
- Ich zahle freiwillig 18 Euro / Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.
- Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von Euro.
- Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:
 - jährliche
 - halbjährliche Abbuchung

.....
Kontoinhaber(in)

.....
Name der Bank

.....
Konto-Nr. BLZ

.....
BIC

.....
IBAN

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrags vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, der Organisation Scientology oder die Zugehörigkeit zur „Reichsbürgerbewegung“.

- Ich möchte *nicht* automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung JÖ – jung.ökologisch“ sein (nur Personen unter 33 Jahren).

X
Datum

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle | Pommergasse 1 | 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86 - 0 | Fax: - 29 | info@oedp.de | www.oedp.de

Regionale Wirtschaft stärken und internationalen Handel fairer machen!

von Fenya Kirst

Unsere Welt ist längst global zusammengewachsen. Das hat viel Positives hervorgebracht, doch gerade die globalisierte Wirtschaft bringt auch viel Negatives. Nicht nur sind lange Transportwege schädlich für Umwelt und Klima, sondern auch sehr fehleranfällig, wie z. B. der Stau im Suezkanal Anfang dieses Jahres gezeigt hat: Kaum steckt mal ein Schiff quer im Sand, schon kommt es zu Lieferschwierigkeiten. Immerhin wurden, nach Angaben der Allianz-Versicherung, 13% des gesamten Welthandelsvolumens im Jahr 2019 durch den Suezkanal befördert¹.

Außerdem ermöglicht die global vernetzte Wirtschaft, dass Unternehmen regionalen Gesetzen, die z. B. Umwelt schützen sollen, ausweichen können: Großkonzerne verlagern ihre Produktion einfach in Regionen mit niedrigeren Umwelt- und Sozialstandards. Verheerend für Umwelt, Klima und Menschen. Unser stetiges Wirtschaftswachstum hängt mit deren Ausbeutung zusammen. Besonders trifft es Länder, die wirtschaftlich weniger entwickelt sind als wir.

Was muss sich also ändern? Das ÖDP-Konzept² gibt Antworten: Regionale Wirtschaft stärken – und internationalen Handel fairer machen!

Auswirkungen von Kaufentscheidungen verdeutlichen

Durch überregionale Märkte haben wir den Bezug zu den Waren verloren, die wir kaufen, und auch zu den Menschen, die sie herstellen. Wer

hat denn wirklich den Unterschied vor Augen zwischen fair produziertem Kakaopulver und der konventionellen Billig-Variante und was das für die Menschen vor Ort bedeutet? Wer weiß denn wirklich, wie die Ausbeutung der Näherinnen von Fast-Fashion-Mode auf der anderen Seite des Planeten aussieht? Was unendliches Wirtschaftswachstum, das so vehement als notwendig verteidigt wird, für uns eigentlich bedeutet?³

Wenn Produktion und Handel von Konsumgütern in unserer Nähe stattfinden, werden die Auswirkungen unserer Kaufentscheidungen auf Gesellschaft und Umwelt viel deutlicher. Vor dem, was vor unserer Haustür passiert, können wir die Augen nicht verschließen – wir entwickeln mehr Bewusstsein für die Probleme und so auch mehr Willen, gegen sie anzukämpfen, für Mensch und Umwelt.

Wie aber nun die regionale Wirtschaft stärken?

Ein großes Argument gegen eine regionale Wirtschaft ist häufig, sie sei im Vergleich mit internationalen Unternehmen nicht wettbewerbsfähig. Denn viele Unternehmen nutzen das globalisierte Wirtschaftssystem aus, indem sie ihre Produktionsstätten in Billiglohnländern mit niedrigen Sozial- und Umweltstandards verlagern. Natürlich können sie ihre Waren dann preisgünstiger anbieten. Mit höheren Transportkosten und einer CO₂-Grenzsteuer ließe sich dem entgegenwirken. Damit müssten alle Unternehmen die gleichen Klimastandards erfüllen, was einer

regionalen Produktion Auftrieb verschaffen würde. Aber auch Städte und Gemeinden haben verschiedene Möglichkeiten, regionale Unternehmen zu unterstützen.

Weltweiter Handel ja – aber fair und umweltverträglich!

Weltweiter Handel ist nicht per se schlecht, aber er darf auch keine Schlupflöcher für Unternehmen bieten, sich höheren Standards für Umwelt, Klima und Sozialverträglichkeit zu entziehen: Sogenannte Freihandelsabkommen wie CETA, TiSA & Co. müssen gekündigt bzw. Verhandlungen gestoppt und durch wirklich faire Abkommen ersetzt werden, die keine Umwelt- und Tierschutzstandards verwässern, parlamentarische Entscheidungshoheit unterlaufen oder eine Paralleljustiz entstehen lassen.

Außerdem brauchen wir ein Lieferkettengesetz und internationale Vereinbarungen, die Unternehmen durchgängig für Ausbeutung, Menschenrechtsverletzungen, Treibhausgasemissionen und Umweltzerstörung im Herstellungsprozess ihrer Waren verantwortlich machen. Wir sind nicht nur für uns selbst verantwortlich, sondern tragen Verantwortung für die Folgen unseres Konsums auf der ganzen Welt. Das muss sich endlich auch in gesetzlichen Rahmenbedingungen widerspiegeln. ■

Quellen:

- 1 Bericht im Münchner Merkur: <https://t1p.de/61so>
- 2 ÖDP-Konzept: <https://t1p.de/epqi>
- 3 Interview mit Harald Welzer: <https://t1p.de/pavj>

25.06.2021

Der Kardinalfehler im System bleibt

Das vom Landtag beschlossene Transparenzgesetz bleibt nach Ansicht der bayerischen ÖDP auf halber Strecke stehen. „Mit einem Lobbyregister und einem verschärften Abgeordnetengesetz werden die Parlamentsparteien den Ansehensverlust der Politik nicht wieder gutma-



Emilia Kirner, Beisitzerin im bayerischen Landesvorstand

chen, solange der Kardinalfehler im System bleibt: Den Parteien muss die Annahme von Geldgeschenken aus Unternehmenskassen endlich verboten werden“, fordert Landesvorstandsmitglied Emilia Kirner im Bundestagswahlkampf.

15.07.2021

Zwei Jahre nach dem Artenvielfalt-Volksbegehren: „Bitte Hausaufgaben erledigen!“

Zwei Jahre nach der Annahme der Naturschutz-Gesetzesänderungen durch den Bayerischen Landtag am 17. Juli 2019 zog der Trägerkreis des Volksbegehrens Artenvielfalt – „Rettet die Bienen!“ eine weitere Zwischenbilanz. Die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) erstellt im Auftrag des Bündnisses ein regelmäßiges Monitoring. Sie prüft die Auswirkungen der neuen Gesetze anhand von festgelegten Indikatoren. Die Bilanz fiel erneut durchwachsen aus.

So entwickelten sich zum Beispiel die geförderten Flächen entlang von Gewässern tendenziell positiv, allerdings ist dies momentan anhand der vorhandenen Daten und dem gewählten Indikator für das HfWU-Team nicht abschließend belegbar. Die Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftler bemängeln dabei auch, dass bei weiteren wichtigen Themen, wie der Neuanlage von Streuobstwiesen, zu wenige Daten für eine Auswertung zur Verfügung stünden.

Agnes Becker, Beauftragte des Volksbegehrens und stellv. ÖDP-Landesvorsitzende, nahm bei der Pressekonferenz zum zweiten Jahrestag vor allem zur Ökologisierung der Landwirtschaft Stellung: „30% Ökolandbau bis 2030 sind durch das Volksbegehren vorgegeben. Bei den staatseigenen landwirtschaftlichen Flächen, wo dies schon 2020 erreicht sein sollte, liegt man nicht einmal bei 12%. Ähnlich bescheiden sieht es immer noch in staatlichen Kantinen aus. Dort liegt der Anteil von Biolebensmitteln immer noch im unteren einstelligen Prozentbereich. 2020 haben die Menschen bewiesen, dass sie gerne ‚bio‘ kaufen, über 20% Umsatzplus in der Biobranche beweisen das. Auch bei den privaten landwirtschaftlichen Flächen steigt der Bioanteil kontinuierlich an. Nur die Regie-



rung hinkt bisher gewaltig hinterher. Wir sagen: Regional erzeugte Bioprodukte müssen endlich in alle Kantinen der öffentlichen Hand. Bitte Hausaufgaben erledigen.“

Der Monitoring-Bericht kann in der ÖDP-Geschäftsstelle Bayern angefordert werden (bayern@oedp.de).

05.08.2021

ÖDP fordert Neustart der Atommüll-Endlagersuche

Die dritte Teilgebiete-Konferenz zur Atommüll-Endlagersuche war eine Enttäuschung: Einige Bürgerinitiativen und Verbände kritisieren die Intransparenz und verabschieden sich zum Teil aus dem Verfahren. Die ÖDP Bayern sieht die Endlagersuche in einer „Glaubwürdigkeits-Sackgasse“ und fordert einen Neustart nach der Regierungsbildung mit echter Bürgerbeteiligung. „So intransparent, wie es jetzt läuft, kann das nichts werden“, erklärt ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek.

„Immer mehr zivilgesellschaftliche Organisationen

und Initiativen resignieren, weil das Verfahren zu wenig Einblick in fachliche geologische Daten ermöglicht“, so Mrasek. Umso wichtiger sei es, dass die örtlichen Bürgerinitiativen wachsam bleiben. Die ÖDP werde die Initiati-



ven unterstützen. Denn es darf nicht sein, dass der Endlagerstandort am Ende rein politisch ausgewählt wird und der Atommüll dorthin kommt, wo die Behörden den geringsten Widerstand vermuten. Deshalb müsse der Rückhalt für den fachlich begründeten Widerspruch in der Öffentlichkeit sichtbar sein. Und dazu trägt die ÖDP bei.

02.09.2021

Breites Bündnis für raschen Klimaschutz in Bayern

Ein breites Bündnis aus Organisationen, Verbänden, Parteien und Vereinen hat bei einer Pressekonferenz auf der



Die stellv. ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker (3. v. l.) bei der Pressekonferenz auf der Zugspitze pro Klimaschutz mit (v. l.): Max Zitzmann (Parents for Future), Dr. Manuela Troschke (Scientists for Future), Richard Mergner (BN), MdB Carsten Träger, Dr. Norbert Schäffer (LBV), Ludwig Hartmann (Grüne), Michael Schrod (SPD), Dr. Hans Jürgen Fahn (Klimaschutz Bayerns Zukunft e. V.) und Claus Obermeier (Gregor Louisoder Umweltstiftung)

Zugspitze zehn Forderungen für einen effektiven Klimaschutz im Freistaat vorgelegt. Für ein zukunftsfähiges Bayern fordern sie die bayerische Staatsregierung und den bayerischen Landtag auf, endlich zu handeln. Im Einzelnen fordert das Bündnis ein ambitioniertes bayerisches Klimaschutzgesetz, verbunden mit weiteren wirksamen Maßnahmen.

Der Forderungskatalog ist mit einer großen Fotoaktion auf der Zugspitze vorgestellt worden. Seit Jahren schmelzen Gletscher der Zugspitze kontinuierlich ab. Forscher befürchten, dass das Eis auf Deutschlands höchstem Berg bis 2030 komplett verschwunden sein könnte.

Wortlaut des Forderungskatalogs und weitere Informationen unter ÖDP Bayern: <https://t1p.de/pa9y> oder Tel.: (08 51) 20 09 - 19 63.

23.09.2021

„Herr Ministerpräsident, das machen wir gerne noch einmal“

Das Karlsruhe Klimaschutzurteil und das Artenvielfalt-Volksbegehren haben es Markus Söder „erleichtert, in der Regierungskoalition mehr Tempo zu machen“. Das erklärte der bayerische Ministerpräsident am 23. September auf die Interviewfrage, warum das bayerische Klimaschutzgesetz im November letzten Jahres so lasch ausfiel und jetzt schon nachgebessert werden muss. Die stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende und Volksbegehren-Initiatorin Agnes Becker arbeitet deshalb bereits an neuen Impulsen für Söder: „Herr Ministerpräsident, das machen wir gerne noch einmal. Wir sind schon dran.“ Ein neues Klimaschutz-Volksbegehren ist vermutlich notwendig, um das Handeln der Staatsregierung zu beschleunigen. Ein breites Bündnis arbeitet bereits an einem Gesetzentwurf.

27.09.2021

ÖDP sieht ihre Rolle auch nach der Bundestagswahl als Mahnerin

„Zuerst geht unser herzlicher Dank an unsere Wählerinnen und Wähler. In einem polarisierten Wahlkampfumfeld haben mutige und ökologisch überzeugte Frauen und Männer für die ÖDP und damit für eine enkeltaugliche Politik gekämpft. Für diesen Einsatz bedanken wir uns ganz besonders“, sagen ÖDP-Landesvorsitzender Klaus Mrasek und seine Stellvertreterin Agnes Becker. Selbstverständlich sei man enttäuscht über die Ergebnisse, vor allem deshalb, weil es nicht gelungen sei, der

Bevölkerung die Dringlichkeit bei Klimaüberhitzung und Artensterben klarzumachen. Auch wenn dazu nun in nahezu allen Parteiprogrammen irgendetwas stehe, vermieden doch alle eine klare Sprache. Die bayerische ÖDP sieht deshalb gerade nach der Bundestagswahl ihre Rolle weiterhin darin, „die Notwendigkeit der Beschränkung unserer Ansprüche an den Planeten zu thematisieren“.



Stellv. ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker

Mit der voraussichtlichen Regierungsbeteiligung der Grünen sei eine zweite ökologische Oppositionspartei umso notwendiger. Aufgabe der ÖDP sei es, „genau zu beobachten, ob das Handeln der neuen Regierung wirklich eine ökologische Wende bringt“. Becker: „Die ÖDP hat als einzige Partei ein Klimaschutzprogramm verabschiedet, das dem 1,5-Grad-Ziel gerecht wird. Unsere Hauptbotschaft bleibt, dass endloses Wachstum nicht möglich ist. Ohne die richtige politische Rahmensetzung, aber auch ohne eine neue zurückhaltende Konsumkultur gibt es keine gerechte und garantiert keine ökologische Zukunft. Alle anderen Parteien wollen den Wählerinnen und Wählern die Härte dieser Wahrheit ersparen. Dem muss sich jemand entgegenstellen. Und das ist der Auftrag der ÖDP.“

Mehrere Direktkandidatinnen und Direktkandidaten der ÖDP haben trotz des schwierigen Umfelds respektable Ergebnisse erzielt, freut sich Becker, etwa Dr. Maiken Winter (Wahlkreis Weilheim) mit 3,1 %, die erst 20-jährige Passauerin Johanna Seitz, die als Gegenkandidatin von Andi Scheuer 2,9 % im Wahlkreis erhielt, sowie Daniela Blankenburg (Wahlkreis Rottal-Inn) und Bernhard Suttner (Wahlkreis Altötting) mit jeweils 2,0 %, um nur einige Beispiele zu nennen. In einzelnen Städten gab es noch weit höhere Wahlergebnisse. Becker: „Wir danken unseren Kandidatinnen und Kandidaten für ihren großen Einsatz und freuen uns, dass bei dieser Wahl so viele junge ÖDP-Aktive in der ersten Reihe gekämpft haben.“ Mit dem vor Ort bei der Bundestagswahl gewonnenen Be-

kanntheitsgrad können sie sich neuen Herausforderungen bei künftigen Wahlen stellen.

08.10.2021

Tempo 130 muss in den Koalitionsvertrag!

Mehrere ÖDP-Kreisverbände beteiligten sich im September an der bayerischen ÖDP-Aktion pro Tempo 130 auf Autobahnen. Denn einer Klimaschutzpolitik, die sich nicht einmal zu dem längst überfälligen Tempolimit durchringen kann, fehlt es an Glaubwürdigkeit!

Ein Tempolimit reduziert den Schadstoffausstoß und Energieverbrauch, entlastet das Klima, senkt die Zahl tragischer und tödlicher Verkehrsunfälle. Presseberichten zufolge wollen die Grünen diese Forderung in den Koalitionsverhandlungen aufgeben – als Zugeständnis an die FDP. Eine sofort für den Klimaschutz wirksame und auch noch kostenlose Maßnahme darf aber nicht einem irrwitzigen Liberalismus geopfert werden. Freiheit braucht Verantwortung, bekräftigt die ÖDP Bayern.



Die Neumarkter ÖDP mit Bundestagskandidatin Susanne Witt aus Amberg in der Oberpfalz (Bild oben) beteiligte sich an den Aktionen im Wahlkampf, ebenso die Mainburger ÖDP mit Bundestagskandidat Bernd Wimmer (Bild unten).

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint dreimal im Jahr: im April, im August und im Dezember. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im ÖDP-Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 18,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. Februar 2022.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel.: (09 31) 4 04 86-0, Fax: (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Jörg-Hube-Straße 109, 81927 München
guenther.hartmann@oedp.de
Jan Altnickel (ja)
Anrode/Thüringen
kommunikation@oedp.de

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe

Dr. Claudio Caballero, Matthias Dietrich,
Helmut Graf, Anastasia Kühn,
Urban Mangold, Dr. Claudius Moseler,
Christian Rechholz, Dr. Johannes Resch,
Kurt Rieder, Manuela Ripa,
Kristina Roedel (kr), Markus Taubert,
Werner Wolf

Interviewpartner/-innen

Reiner Heyse,
Prof. Dr. Christian Kreiß,
Dr. Hans-Joachim Maaz,
Dr. Werner Rügemer

Satz

Heike Brückner – Grafikstudio Art und Weise
Dr.-Gessler-Str. 12A, 93051 Regensburg
heike.brueckner@grafikstudio-auw.de

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik – Ökologisch-Demokratische Partei
Neckarstraße 27–29, 55118 Mainz
Tel.: (0 61 31) 67 98 20, redaktion@oekologiepolitik.de
www.oekologiepolitik.de

Bankverbindung

Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ: 700 205 00, Kto.-Nr.: 981 52 00
IBAN: DE95 700 205 00 000 981 52 01
BIC: BFSWDE33MUE

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird gedruckt auf 100 % Recyclingpapier, zertifiziert mit dem EU-Ecolabel und dem Blauen Engel.



VORSCHAU

ÖkologiePolitik im April 2022



Was bedeutet Mitte?

Die ÖDP definiert sich als Partei der politischen Mitte. Doch was mit „Mitte“ eigentlich genau gemeint ist, lässt sich gar nicht so einfach erklären. Zumal unsere Gesellschaft ja aus verschiedenen Schichten und Milieus besteht. Blicke auf die rechten und linken Ränder unseres politischen Spektrums helfen da weiter. Dort verbergen sich hinter neuen, wohlklingenden Begriffen äußerst schlichte, holzschnittartige Weltbilder und autoritäre Denkstrukturen. Wie sind diese entstanden? Warum haben sie Erfolg? Wie gefährlich sind sie für Freiheit und Demokratie? Und wie gefährlich für die dringend notwendige ökologische Transformation?

TERMINE

Sa. 29.01.2022	Landesparteitag der ÖDP NRW (in Recklinghausen)
Fr.–So. 11.–13.03.2022	JÖ-Bundesversammlung (in Frankfurt)
So. 27.03.2022	Landtagswahl im Saarland
Fr.–So. 01.–03.04.2022	ÖDP-Bundesparteitag (in Köln)
Sa. 30.04.2022	Landesparteitag der ÖDP Bayern (in Landshut)
So. 08.05.2022	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
So. 15.05.2022	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
So. 09.10.2022	Landtagswahl in Niedersachsen
Sa.–Mo. 01.–03.10.2022	ÖDP-Bundesparteitag (in Würzburg)
Sa. 19.11.2022	ÖDP-Bundeshauptausschuss (tba)

